

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

61. Jahrgang · 39/2011 · 26. September 2011



## Arabische Zeitenwende

*Muriel Asseburg*

Zur Anatomie der arabischen Proteste und Aufstände

*Cilja Harders*

Ende des autoritären Sozialvertrags

*R. Hajatpour · K. Jaeger · R. Jaeger · K. El Ouazghari ·  
K. Brakel · A. M. El Husseini · K. D. Loetzer*

Länder der Region im Porträt

*Gil Yaron*

Israel und der „Arabische Frühling“

*Sonja Hegasy*

Populärkultur als Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen

*Inken Wiese*

Arabische Entwicklungspolitik im Jemen

*Christian Hacke*

Deutschland: Zivilmacht ohne Zivilcourage

*Heinrich Kreft*

Mehr Jobs, mehr Bildung und mehr Demokratie

*Alan Posener*

„Arabischer Frühling“ – Europäischer Herbst?

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

## Editorial

Die Umbrüche in den arabischen Staaten seit Anfang des Jahres 2011 überraschten die Menschen im Nahen Osten, in Europa und auch weltweit. Zeitpunkt und Auslöser der Revolutionen und Aufstände waren nicht vorhersehbar. Dabei herrschten bereits seit Jahrzehnten die Zustände, die jetzt zur Auflehnung der Menschen führten: fehlende Zukunftsperspektiven und gesellschaftliche Teilhabe insbesondere für die sprunghaft anwachsende Bevölkerungsschicht unter 30 Jahren, fehlende politische Repräsentation, fehlende gesellschaftliche Räume zur Artikulation von Bedürfnissen. Der Sturz despotischer Regimes, die seit Jahrzehnten mit „eiserner Hand“ ihre Gesellschaften kontrollierten und entrechteten, läutet aus der Perspektive vieler Araberinnen und Araber eine Zeitenwende ein.

Die postrevolutionären Gesellschaften stehen vor der Herausforderung, ihre politischen Systeme im Sinne demokratischer Rechts- und Sozialstaaten zu reformieren. Die Menschen im Nahen Osten fordern ein Leben in Sicherheit, Würde und ohne Angst. Dazu gehören politische Grundrechte und Freiheiten. Politische Entscheidungsträger müssen gezwungen sein, regelmäßig Rechenschaft abzulegen. Selbstbestimmung und Selbstentfaltung setzen ökonomische Sicherheit, Bildungschancen und Zukunftsperspektiven voraus. Öffentliche Ressourcen müssen nicht länger nur einigen wenigen, sondern allen zur Verfügung stehen.

Bei aller Euphorie erfordern Umbruchzeiten aber auch politischen Realismus: Der Übergangsprozess hin zu offenen Gesellschaften eröffnet auch Gegnern demokratischer Systeme Chancen, ihre politischen Ideen in die Tat umzusetzen. Hier ist kritische Aufmerksamkeit gefragt. Doch unabhängig von der Frage, wie sich die Situation in den einzelnen arabischen Ländern jeweils entwickeln wird, gilt es, der Freiheitssehnsucht der Menschen zu vertrauen und den überfälligen Demokratisierungsprozess als Partner und europäischer Nachbar mit Sympathie zu begleiten.

*Asiye Öztürk*

Muriel Asseburg

# Zur Anatomie der arabischen Proteste und Aufstände

Die Regimes Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens galten als korrupt und repressiv. Gleichzeitig hielt man sie jahr-

**Muriel Asseburg**

Dr. rer. pol., geb. 1968; Leiterin der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin.  
muriel.asseburg@swp-berlin.org

gehend stabil und anpassungsfähig. Symbol dieser Stabilität waren nicht zuletzt Herrscher und Herrscherfamilien, die über Jahrzehnte an der Macht blieben. Diese Verkrustung brach auf, als sich Mitte Dezember 2010 der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi in der tunesischen Kleinstadt Sidi Bouzid selbst verbrannte, weil er für sich keine Lebensperspektive mehr sah. Dem Fanal folgten Massenproteste, die von der Jugend der Mittelschicht initiiert und von breiten Teilen der Zivilgesellschaft wie den Gewerkschaften und Berufsvereinigungen mitgetragen wurden. Tunesiens Regime versuchte, die Proteste mit Gewalt niederzuschlagen. Doch als führende Militärs sich weigerten, bei der blutigen Unterdrückung mitzuwirken, und sich auf die Seite der Demonstrierenden stellten, brach die Diktatur zusammen. Nach jahrzehntelanger Herrschaft floh der Präsident Zine el-Abidine Ben Ali aus dem Land. Der rasche Erfolg beim Sturz der Autokraten – im Monat darauf trat auch der ägyptische Präsident Husni Mubarak infolge von Massenprotesten zurück – ermutigte junge Menschen von Marokko bis Saudi-Arabien, den Unmut über ihre Lebensbedingungen auf die Straße zu tragen und nicht länger vor Regimegewalt zurückzuweichen. Im Frühjahr und Sommer 2011 kam es so vor dem Hintergrund vergleichbarer Missstände in nahezu allen arabi-

schen Ländern zu Protesten, die sich teilweise zu Aufständen auswuchsen. Ausnahmen bildeten lediglich die Komoren, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Katar.<sup>1</sup> Selbst außerhalb der arabischen Welt – etwa in China, im Iran oder in Israel – fanden die Protestierenden Nachahmer und stieß ihr Vorbild erneute Demonstrationen an.

Sowohl die gesellschaftlich-politischen Träger der Proteste als auch die von ihnen artikulierten Anliegen unterscheiden sich von Land zu Land. In erster Linie geht es den Protestierenden darum, dass ihre Lebensbedingungen verbessert werden und sie stärker an Wachstum und Entwicklung partizipieren können. Dies halten sie allerdings nur dann für erreichbar, wenn Korruption und Vetternwirtschaft bekämpft, die Möglichkeiten politischer Teilhabe ausgeweitet sowie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung eingeführt werden. Je nach Landeskontext und Umgang des Regimes mit den Protesten ergeben sich daraus unterschiedliche Zielsetzungen: Das Spektrum der Forderungen reicht von der Abschaffung ethno-konfessioneller Diskriminierung über die Erweiterung parlamentarischer Mitspracherechte und der konstitutionellen Beschränkung von Monarchien bis hin zur vollständigen Beseitigung der Regimes. Eines aber haben alle Proteste in der arabischen Welt gemein: Sie verbinden soziale, wirtschaftliche und politische Forderungen – Fortschritte in allen drei Bereichen werden als unabdingbar gesehen, damit „ein Leben in Würde“ möglich ist. Damit zielen die Proteste auf Missstände, die zwar seit langem bestehen, sich in den vergangenen Jahren aber zugespitzt haben.

Nach dem Sturz Ben Alis und Mubaraks rüsteten sich die arabischen Regimeeliten ihrerseits, um Proteste in ihren Ländern zu verhindern, einzudämmen oder nieder-

<sup>1</sup> In den VAE kam es zu vereinzelt Protesten von Gastarbeitern. Dass es weder in den Emiraten noch in Katar nennenswerte Demonstrationen gab, erklärt sich durch den hohen Lebensstandard in beiden Ländern: Das Pro-Kopf-Einkommen liegt in Katar bei rund 77 000 US-Dollar, in den VAE bei rund 56 000 US-Dollar. Der Staat wird hier nicht durch Steuerzahlungen seiner Bürgerinnen und Bürger finanziert; vielmehr erhalten diese umfassende staatliche Wohlfahrtsleistungen. Zudem ist in beiden Ländern der Anteil eigener Staatsbürger – mit jeweils rund 20 Prozent der Bevölkerung – gering.

zuschlagen. Gleichzeitig versprachen sie Schritte zur Linderung sozioökonomischer Notlagen, machten umfangreiche Geldgeschenke und kündigten politische Reformen an, die bislang allerdings vielfach rein kosmetischer Natur blieben. Im März 2011 sahen zahlreiche Beobachter bereits ein Ende des „Arabischen Frühlings“ gekommen – zu signalisieren schienen dies der bewaffnete Machtkampf in Libyen und die Intervention des Golfkooperationsrates in Bahrain, welcher die dortigen Proteste blutig unterdrückte.

Aber der Druck auf die Herrscher hielt in vielen Ländern an, und die Proteste weiteten sich aus, in der Regel gerade in Reaktion auf den Einsatz tödlicher Gewalt durch die Regimes. In anderen Ländern, wie Syrien, brachte die Unzufriedenheit mit den Herrschenden überhaupt erst ab Mitte März 2011 eine nennenswerte und im Folgenden stetig zunehmende Zahl von Demonstrierenden auf die Straße. Auch in anderen Staaten der Region zeigt sich, dass die bislang ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Proteste zu beenden und die Herrschaftssysteme in ihrer jetzigen Form dauerhaft zu erhalten. Nicht nur sind viele der Ad-hoc-Maßnahmen auf Dauer kaum finanzierbar; es wurden auch klare Signale gesetzt, dass die Mächtigen nicht unantastbar sind, sondern national oder international zur Rechenschaft gezogen werden können. In Tunesien und Ägypten müssen sich mittlerweile höchste Amtsträger, ihre Familienangehörigen und Günstlinge wegen Korruption und Gewalt gegen Zivilisten vor Gericht verantworten. Die Aufklärung von Kriegsverbrechen in Libyen wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an den Internationalen Strafgerichtshof überwiesen. In ihrer jetzigen Form werden die Regimes daher keinen Bestand haben. Insofern ist der „Arabische Frühling“ eine historische Zäsur. Doch wäre es verfrüht, schon jetzt ein Ende der arabischen Autokratien zu konstatieren.

**Sozioökonomische Missstände:** Zu den zentralen Beweggründen der Protestierenden gehören sozioökonomische Missstände.<sup>1</sup> Denn obwohl die arabischen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren mit wenigen Aus-

nahmen fast durchweg moderate oder sogar hohe Wachstumsraten verzeichneten,<sup>2</sup> ist es ihnen nicht gelungen, ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei stehen alle Staaten vor der Herausforderung, ihre schnell wachsende und junge Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu integrieren.<sup>3</sup> In Tunesien, Katar und Bahrain liegt der Anteil der unter 35-Jährigen bei knapp 60 Prozent; im Irak, Jemen, Oman, den palästinensischen Gebieten und Syrien gehören sogar rund drei Viertel dieser Altersgruppe an.<sup>4</sup> Junge Menschen sind besonders stark von Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und beruflicher Perspektivlosigkeit betroffen. So liegt etwa in Ägypten selbst nach offiziellen Angaben der Anteil der Arbeitslosen bei den 20- bis 24-Jährigen bei fast 50 Prozent.<sup>5</sup> Oft sind es gerade die besser Ausgebildeten, die ohnehin höhere Erwartungen an ihre Zukunft hegen, die kein Auskommen, keine Jobperspektiven und keine Karriereaussichten haben.

Von den Wirtschaftsreformen der vergangenen Dekaden, die vor allem auf Liberalisierung und Privatisierung abzielten, aber die Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen vernachlässigten, profitierten in der Regel diejenigen, die eng mit dem Regime verknüpft oder mit den politischen Entscheidungsträgern verwandt und befreundet waren. Besonders deutlich wurde dies in Ländern wie Ägypten oder Syrien. Für das Gros der Bevölkerung, insbesondere diejenigen, die in den ländlichen Gebieten leben, brachten die Reformen hingegen kaum Fortschritte. Im Gegenteil: Die Lebenshaltungskosten stiegen, staatliche Subventionen wurden abgebaut und die soziale Schere öffnete sich weiter.

<sup>1</sup> So betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Ägypten, Sudan und Syrien 2010 im Vergleich zum Vorjahr jeweils etwa fünf Prozent, in Libyen und im Libanon je rund acht Prozent, in Libyen knapp elf Prozent und in Katar sogar 16 Prozent. Vgl. The World Bank, GDP growth (annual %), online: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG> (16. 8. 2011).

<sup>2</sup> Vgl. Wenke Apt, *Aufstand der Jugend*, SWP-Aktuell, (2011) 16.

<sup>3</sup> Vgl. U.S. Census Bureau, *Midyear Population*, International Data Base, 2011, online: [www.census.gov/ipc/www/idb/groups.php](http://www.census.gov/ipc/www/idb/groups.php) (15. 8. 2011).

<sup>4</sup> Vgl. Central Agency for Public Mobilization and Statistics, *Egypt: Labour Force Search Result for the Third Quarter*, 21. 11. 2010, online: [www.capmas.gov.eg/news.aspx?nid=503&lang=2](http://www.capmas.gov.eg/news.aspx?nid=503&lang=2) (15. 8. 2011).

<sup>1</sup> Vgl. die Indikatoren in: Muriel Asseburg, *Der Arabische Frühling*, SWP-Studie, (2011) 17.

Vernachlässigte Entwicklung: Nur in wenigen Ländern wurde in eine landesweit ausgeglichene und nachhaltige Entwicklung investiert. Schon die „Arab Human Development Reports“ wiesen darauf hin, dass es in den meisten Staaten der Region nicht gelungen ist, soziale Ungleichheiten abzubauen und die menschliche Entwicklung entscheidend voranzubringen.<sup>7</sup> So gibt es nach wie vor arabische Staaten mit hoher Armut und einem geringen Bildungsniveau. Besonders drastisch wird dies durch den Grad der Alphabetisierung illustriert: Während dieser im Sudan knapp 70 Prozent beträgt, liegt er in Ägypten bei nur 66 Prozent, im Jemen bei 61 Prozent, in Mauretanien bei 57 Prozent und in Marokko bei 56 Prozent.<sup>8</sup> Mit Ausnahme der kleinen Golfstaaten haben nicht einmal die ressourcenreichen Länder angemessen in die menschliche Entwicklung investiert: Algerien, Irak und Sudan etwa liegen weit zurück; die Golfstaaten stehen trotz ihrer sozialkonservativen Orientierung im Vergleich deutlich besser da – auch was die Schulbildung von Mädchen angeht.<sup>9</sup>

Zugespitzt hat sich die Situation vor allem in den Staaten, die von Nahrungsmittelimporten abhängen. Hier wirkten sich die im Zuge der globalen Nahrungsmittelkrise stark gestiegenen Preise besonders auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung aus: Im Februar 2011 erreichte der Nahrungsmittelpreisindex der Food and Agriculture Organization (FAO) mit 236 Punkten einen Höchststand seit Beginn seiner Erfassung 1990.<sup>10</sup> Der Weltweizenpreis hat sich allein von Juli 2010 bis Februar 2011 mehr als verdoppelt. Dramatische Auswirkungen hatten diese Preissteigerungen etwa in Ägypten, dem größten Weizenimporteur der Welt. Denn Steigerungen des globalen Preisniveaus schlugen sich dort spürbar auf den Endverbraucherpreis nieder, obwohl Lebensmittel staatlich subventioniert werden. In Ägypten geben die Haushalte rund 40 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus; die Inflation in diesem

<sup>7</sup> Vgl. United Nations Development Programme (UNDP), Arab Human Development Reports, online: [www.arab-hdr.org](http://www.arab-hdr.org) (15. 8. 2011).

<sup>8</sup> Vgl. UNDP, Human Development Report 2010, New York 2010, S. 192 ff.

<sup>9</sup> Vgl. ebd.

<sup>10</sup> Vgl. FAO, Food Price Index, März 2011, online: [www.fao.org/worldfoodsituation/wfs-home/food-pricesindex/en](http://www.fao.org/worldfoodsituation/wfs-home/food-pricesindex/en) (15. 8. 2011).

Bereich lag 2010 bei rund 20 Prozent.<sup>11</sup> Nicht zuletzt deshalb taucht bei den Protesten immer wieder die Forderung nach bezahlbaren Grundnahrungsmitteln auf.

Verengung des politischen Raums: Auch im politischen Bereich gab es Anlass für großen Unmut. Insbesondere hatten viele in den autoritären Staaten der arabischen Welt die Hoffnung aufgegeben, dass ein Wandel durch politische Beteiligung innerhalb der bestehenden Ordnungen, etwa durch Wahlen, möglich sei. Zwar wurden in vielen arabischen Ländern politische Reformen durchgeführt, die eine gewisse Öffnung mit sich brachten – zunächst nach Ende des Kalten Kriegs und später unter dem westlichen Demokratisierungsdruck, der den Anschlägen vom 11. September 2001 folgte. Allerdings entstanden keine repräsentativeren oder inklusiveren Systeme. Zudem wurde der politische Raum von den Regimes erneut verengt, nachdem 2005 und 2006 bei Wahlen im Irak, in Ägypten und in den palästinensischen Gebieten Kräfte des politischen Islams erhebliche Zugewinne erzielten. Dem amerikanischen Demokratieindex „Freedom House“ zufolge waren Anfang 2011 von den Mitgliedern der Arabischen Liga nur die Komoren, Kuwait, Libanon und Marokko als „teilweise frei“ einzustufen; alle anderen fielen in die Kategorie „nicht frei“. Im globalen Vergleich schneidet die Region insgesamt am schlechtesten ab, was den Status politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten betrifft. Mit wenigen Ausnahmen blieben die Bewertungen für arabische Staaten in den Jahren 2007 bis 2011 entweder gleich oder verschlechterten sich sogar.<sup>12</sup>

Manipulierte und gefälschte Wahlen, wie in Jordanien oder Ägypten im Spätherbst 2010, trugen dazu bei, Parlamente und Abstimmungsverfahren in den Augen der Bevölkerung weiter zu diskreditieren. Brisant ist dies auch deshalb, weil in vielen Gesellschaften der Region die Wahrnehmung vorherrscht, die bestehende Ordnung werde nicht zum Wohle der breiten Masse aufrechterhalten – im Sinne

<sup>11</sup> Vgl. Sarah Johnstone/Jeffrey Mazo, Global Warming and the Arab Spring, in: *Survival*, 53 (2011) 2, S. 14.

<sup>12</sup> Vgl. Freedom House, Freedom in the World, online: [www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011](http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011) (15. 8. 2011).

eines autoritären Entwicklungsstaates –, sondern diene vor allem der Bereicherung einer korrupten Elite. Diese Sichtweise ist durch die Enthüllungen von „WikiLeaks“ seit Ende 2010 über Korruption, Vetternwirtschaft sowie Bereicherung und „unmoralisches Verhalten“ der Eliten noch einmal verstärkt worden, etwa in Algerien, Libyen, Marokko, Saudi-Arabien, Syrien und Tunesien.

Neue Formen der Kommunikation: Gleichzeitig hat sich in vielen Ländern der Region eine zumindest teilweise unabhängige Presse herausgebildet, die nicht zuletzt Fragen von Korruption, Vetternwirtschaft und Polizeigewalt kritisch kommentiert. Dadurch hat sich der öffentliche Diskurs verändert, Tabus sind durchbrochen worden. Hinzu kommt, dass auch in den arabischen Ländern gerade junge Menschen digital gut vernetzt sind. Dank elektronischer Medien können sie aktuelle Entwicklungen fast in Echtzeit verfolgen. Mobiltelefone und soziale Online-Netzwerke ermöglichen es, Gleichgesinnte schnell und kostengünstig zu mobilisieren. Politische Debatten in der arabischen Welt werden heutzutage sehr viel weniger zentral gesteuert, als dies noch zu Zeiten von Gamal Abdel Nassers panarabischem Radiosender „Sawat al-Arab“ der Fall war. Heutzutage wird der öffentliche Diskurs unter arabischen Jugendlichen mitbestimmt von Blogs, „Facebook“ und „Twitter“ – von Kommunikationsmitteln, die bedeutende Effekte der Solidarisierung und Nachahmung erzeugen können.

Als mindestens ebenso entscheidend für die „revolutionäre Ansteckung“ über Landesgrenzen hinweg sowie für Massenmobilisierung hat sich der katarische Satellitensender „Al Jazeera“ erwiesen – nicht zuletzt, weil das Satellitenfernsehen in der arabischen Welt nach wie vor deutlich stärker verbreitet ist als das Internet. Letztlich ist es das Zusammenwirken der elektronischen Medien, Online-Netzwerke und klassischer Formen öffentlicher Mobilisierung, das für die Protestbewegungen kennzeichnend ist. Eine besondere Rolle spielen auch mit Handy-Kameras aufgenommene Bilder. Denn diese sorgen dafür, dass die Proteste und die Reaktionen der Regimes an der Zensur vorbei dokumentiert und über Satellitensender oder Internet in die Wohnzimmer der Region und der Welt übertragen werden. Dabei zeigt sich allerdings auch, dass die Handy-Bilder nur bedingt zur

Aufklärung beitragen und eine unabhängige Berichterstattung nicht ersetzen können.

## Träger und Strukturen der Proteste

In Tunesien und Ägypten waren es vor allem die gut gebildeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Mittelschicht, welche die Anti-Regime-Proteste initiierten und mithilfe sozialer Medien Massenproteste organisierten. In Ägypten bildete sich während der Demonstrationen die „Coalition of the Youth of the Revolution“ heraus, ein Bündnis, in dem sich sechs Gruppierungen zusammenschlossen und sich auf ein gemeinsames Führungsgremium einigten.<sup>13</sup> Die Revolutionäre unterscheiden sich deutlich voneinander, was ihren jeweiligen politischen, ideologischen und religiösen Hintergrund angeht. Allerdings spielten diese Verortungen bei ihrem Protest zunächst keine Rolle. Vielmehr forderten sie alle einen Bruch mit der Mubarak-Ära und einen politischen Neuanfang.

Sie hatten Erfolg: Die Massendemonstrationen, die am 25. Januar 2011 begannen, veränderten die politische Landschaft nachhaltig. Präsident Mubarak, der fast 30 Jahre das Land regiert hatte, trat zurück, das Parlament wurde aufgelöst und die ehemalige Regimepartei, die National Democratic Party (NDP), verboten. Dies konnte allerdings nur gelingen, weil die Demonstranten schnell das Militär auf ihrer Seite hatten und ihre Forderungen in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Zustimmung stießen beziehungsweise sie an bereits formierte soziale Bewegungen und frühere Protestbewegungen anknüpfen konnten. Dabei war für den Erfolg der Protestbewegung auch die Unterstützung durch breitflächige Streiks seitens der unabhängigen Gewerkschaften in den Industriestädten der Peripherie sowie der Suezkanalarbeiter entscheidend.<sup>14</sup>

Wie in Ägypten so lag auch in Tunesien der Vorteil der „Revolutionäre“ zunächst in ihren dezentralen Organisationsstrukturen. Denn dies erschwerte es den Regimes, gegen die Aktivisten vorzugehen. Während des nach dem Führungswechsel einsetzenden Aushandlungsprozesses über die Konditionen des poli-

<sup>13</sup> Vgl. Daily News Egypt vom 16.2.2011.

<sup>14</sup> Vgl. Muriel Asseburg/Stephan Roll, Ägyptens Stunde null?, SWP-Aktuell, (2011) 10.

tischen Übergangs und die Ausgestaltung des neuen Systems verwandelte sich dieser Vorteil allerdings in einen Nachteil: Es gelang den Allianzen, welche die Revolutionen vorangetrieben hatten, nicht, weiterhin entscheidenden Einfluss zu entfalten. So konnten die Aktivisten zwar durch die Mobilisierung von Protesten Druck auf die Militärführung ausüben und spezifische Forderungen durchsetzen. Es gelang ihnen aber nicht, ihren Einfluss im formalen politischen Prozess zu verankern. Zudem verloren sie sukzessive den Rückhalt für weitergehende Reformforderungen in der Bevölkerung. Unwahrscheinlich ist auch, dass es ihnen gelingen wird, bei den ersten Wahlen nennenswerte Erfolge zu erzielen.

In anderen Ländern, die vom „revolutionären Virus“ angesteckt wurden, stammten die Initiatoren der Proteste nicht wie in Tunesien und Ägypten überwiegend aus der Jugend der Mittelschicht. Sie rekrutierten sich vielmehr aus bestimmten ethnischen oder konfessionellen Gruppierungen (so spielten etwa in Bahrain die Schiiten eine herausgehobene Rolle), aus Kreisen der etablierten Oppositionsparteien (wie es im Jemen überwiegend der Fall ist) oder aus Bevölkerungsgruppen, die sich sozioökonomisch oder politisch marginalisiert sehen (etwa den Stämmen im südlichen Syrien). Alle betonten allerdings sowohl den friedlichen als auch den konfessions- und ethnienübergreifenden Charakter ihrer Proteste.

Nicht überall bildeten sich rasch Massenbewegungen heraus. In Syrien etwa verliefen Protestaufrufe zunächst im Sande – aus Angst der Bevölkerung vor Repression und Bürgerkrieg, aber auch, weil das syrische Regime durchaus mehr Legitimität aufweisen konnte als die Regimes in Tunesien und Ägypten.<sup>15</sup> Erst ab Mitte März erhielten die Proteste dort – in Reaktion auf die Verhaftung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen – nennenswerten Zulauf. Als ein entscheidendes Manko erwies sich allerdings, dass sich die urbane Mittelklasse in den beiden größten Städten des Landes, Damaskus und Aleppo, den Protesten (zumindest bis Mitte September 2011) nicht anschloss. Auch blieben diese im Wesentlichen lokal organisiert und voneinander isoliert: Obwohl sie sich gegensei-

<sup>15</sup> Vgl. Muriel Asseburg, In Syrien fällt der Tag des Zorns vorerst aus, in: INAMO Special „Game over“, (2011) 2, S. 91.

tig inspirierten und sich ein Netzwerk „Lokaler Koordinationskomitees“ herausbildete, kämpfte im Sommer 2011 jede syrische Stadt quasi ihren eigenen Kampf. Die Komitees bildeten auch keine gemeinsame Führung analog zur ägyptischen Jugendkoalition. Selbst infolge diverser Treffen von Vertretern der In- und Auslandsopposition gelang es (bis September 2011) nicht, ein weitgehend akzeptiertes Führungsgremium zu etablieren, ähnlich etwa dem libyschen Übergangsrat. Als zu unterschiedlich erwiesen sich die spezifischen Forderungen und Zukunftsvorstellungen der einzelnen Bevölkerungsgruppen und politischen Gruppierungen, als zu groß das gegenseitige Misstrauen.<sup>16</sup> Auch verliefen nicht alle Auseinandersetzungen ohne Gewalt; so eskalierten beispielsweise die Proteste in Libyen und gingen schnell in einen bewaffneten Machtkampf über.

Dennoch: In den ersten acht Monaten zeichneten sich die Proteste des „Arabischen Frühlings“ überwiegend durch eine gewaltarme und zivile Form aus. Gewalt gegen Menschen ging in erster Linie von Regimekräften aus. Dies führte in Libyen und im Jemen dazu, dass auch Teile der Opposition beziehungsweise bislang benachteiligte Stammesführer zu den Waffen griffen. Deutlich wurde auch: Je brutaler der Gewalteinsatz seitens der Regimes wurde, desto schwieriger war die Lage zu beruhigen. In der Regel kam es gerade in Reaktion auf den Einsatz von Scharfschützen oder schwerem Gerät gegen Zivilisten zu einem Anwachsen der Proteste: Die Menschen waren nicht länger bereit, sich zu beugen und willkürliche Gewalt hinzunehmen.

Als ein Muster zeigte sich überdies, dass dem Militär eine entscheidende Bedeutung für den Verlauf der Auseinandersetzungen zukam. Stellte sich die Armee rasch auf die Seite der Protestierenden, kam es zu einem relativ gewaltarmen Führungswechsel (so in Tunesien und Ägypten). Spaltete sie sich, war ein bewaffneter Machtkampf die Folge (so in Libyen und im Jemen). Blieb sie in weiten Teilen loyal (so in Syrien), wirkte sich dies in einer besonders rücksichtslosen Repression der Proteste aus und verhinderte einen Erfolg

<sup>16</sup> Vgl. International Crisis Group, Popular Protest in North Africa and the Middle East (VI): The Syrian People's Slow Motion Revolution, Middle East/North Africa Report, (2011) 108.

der Demonstranten. Ein solcher Einsatz delegitimierte zugleich das Regime und führte zu einer Pattsituation.<sup>17</sup> Ähnliches gilt auch für Bahrain: Selbst wenn es dem Königshaus Mitte März 2011 mit Hilfe der Intervention des Golfkooperationsrates gelang, die Protestbewegung zu unterdrücken, die den Protesten zugrunde liegenden Probleme sind keineswegs gelöst, das Konfliktpotenzial keineswegs entschärft worden.

Die Proteste in der arabischen Welt haben nicht nur Auswirkungen auf die Herrschaftssysteme – sie haben auch den gesellschaftlichen Diskurs und die Attraktivität ideologischer Strömungen verändert. Dabei ist es zunächst zu einer Pluralisierung der politischen Landschaft gekommen, insbesondere in Tunesien und Ägypten. Die Rebellionen haben zudem deutlich gemacht, dass die Alternative „Autoritarismus oder Islamismus“, die von den Herrschenden immer wieder konstruiert worden ist, keine Gültigkeit (mehr) besitzt. Denn von Islamisten wurden die Proteste bislang überwiegend weder initiiert noch dominiert. Dies bedeutet nicht, dass Vertreter des politischen Islams bei der Gestaltung der neuen Ordnungen keine Rolle spielen werden. Im Gegenteil: Inklusivere Systeme werden es mit sich bringen, dass auch Islamisten daran partizipieren. In Tunesien und Ägypten zeichnet sich das bereits deutlich ab. Zu erwarten ist aber, dass es innerhalb des islamistischen Spektrums zu hitzigen Programmdebatten und Zerwürfnissen kommen wird.<sup>18</sup> In einem kompetitiven Umfeld formieren sich neben den Islamisten auch andere gesellschaftliche Kräfte wie etwa liberale und sozialdemokratische. Dies mag sich bei den ersten Wahlen noch nicht entscheidend auswirken, bei künftigen Urnengängen dürften sie aber durchaus relevante Stimmenanteile auf sich vereinigen können.

Durch die Errungenschaften der Protestbewegungen hat in der arabischen Welt auch die radikale Ideologie Al Qaidas (zumindest vorläufig) an Attraktivität verloren. Ihren Vertretern war es schließlich nicht ge-

lungen, die verhassten Herrscher zu stürzen oder die eigenen Visionen zu verwirklichen. Zugleich jedoch könnte es Al Qaida gelingen, seine Operations- und Rückzugsräume zu vergrößern, wenn die Schwächung staatlicher Zentralgewalt (etwa im Jemen) weiter anhält.<sup>19</sup> Der Iran wiederum versuchte zwar anfänglich, die Umwälzungen in den arabischen Ländern als eigenen Erfolg auszugeben und zu „islamischen Revolutionen“ umzudeuten. Doch das iranische Modell streben die Protestierenden nicht an – auch nicht die Schiiten in Bahrain oder Saudi-Arabien, selbst wenn ihnen das von den Herrschenden unterstellt wird. Auch geriet die iranische Führung in Erklärungsnot, als die Massenproteste in Syrien begannen, mit dessen Regime Teheran eng verbündet ist.

## Ausblick

Wie die Region in ein paar Jahren aussehen wird, lässt sich kaum seriös prognostizieren. In einigen Fällen dürften die Proteste zu weiteren Umstürzen führen. Nach Libyen scheint dies auch im Jemen nur mehr eine Frage der Zeit zu sein. Auch in Syrien ist eine Rückkehr zum Status quo, wie er sich vor März dieses Jahres darstellte, höchst unwahrscheinlich. Derzeit zeichnen sich drei Hauptmuster ab, nach denen die Regimes mit den Protesten und Aufständen umgehen: der Sturz des alten Führungpersonals und Einstieg in einen Transformationsprozess (Tunesien, Ägypten, Libyen); Reformen (Marokko, Jordanien) beziehungsweise Repression und Geldgeschenke, um den Status quo zu erhalten (Saudi-Arabien); Repression und Einsatz militärischer Gewalt (Bahrain, Jemen, Syrien). Zu erwarten ist, dass mittelfristig auch unterhalb der Schwelle eines (abrupten) Regimewechsels Anpassungen stattfinden werden, die über kurzfristige Maßnahmen deutlich hinausgehen – Anpassungen, die letztlich einem graduellen Regimewandel gleichkommen. Bei den Ländern, die bereits einen Übergang eingeleitet haben (Tunesien, Ägypten, Libyen) oder in denen das Regime die Kontrolle über weite Teile des Staatsgebiets verloren hat (Jemen), stellt sich die Frage, ob der Übergang zu einer repräsentativeren, freieren und gerechteren Ordnung gelingen wird.

<sup>17</sup> Vgl. Heiko Wimmen, Syrien, SWP-Aktuell, (2011) A 35.

<sup>18</sup> Vgl. Graham Usher, The Reawakening of Nahda in Tunisia, in: MERIP vom 30. 4. 2011; Mohamed Hafez, The Islamist movements after 25 January, in: Al-Ahram Weekly Online: <http://weekly.ahram.org.eg/2011/1056/focus.htm> (15. 8. 2011).

<sup>19</sup> Vgl. Guido Steinberg, Scheinriese Osama bin Laden, in: Tagesspiegel vom 6. 5. 2011.



Gelegentlich wird der „Arabische Frühling“ mit dem Fall der Berliner Mauer verglichen. Richtig ist, dass der Wandel auch in der arabischen Welt aus den Gesellschaften heraus erkämpft wird und die Umbrüche dort eine ähnlich bedeutende Zäsur darstellen wie 1989. Denn hat die breite Bevölkerung erst einmal die Angst vor dem Repressionsapparat der Herrschenden verloren, lässt sich der „Sicherheitsstaat“ nicht mehr dauerhaft aufrechterhalten. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass die arabischen Länder, in denen tatsächlich ein Führungs- oder Regimewechsel eingeleitet wird, politisch und wirtschaftlich eine ähnlich rasche Transformation durchlaufen werden, wie dies in Mittel- und Osteuropa der Fall war. Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Gesellschaften und Volkswirtschaften der arabischen Welt und jenen Mittel- und Osteuropas zu Beginn der 1990er Jahre: Viele arabische Gesellschaften sind ethnisch und konfessionell stark fragmentiert und insofern eher mit den Gemeinwesen Südosteuropas zu vergleichen. Sie weisen zudem nur relativ kleine Mittelschichten auf und sind in vielen Fällen von großen Einkommens- und Vermögensunterschieden geprägt. Im Bereich der menschlichen Entwicklung hinken die arabischen Länder deutlich hinterher. Weil ihre Bevölkerungen im Durchschnitt sehr jung sind und nach wie vor rasch wachsen, stehen sie vor besonders großen Herausforderungen, was Bildung, Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht. Und, anders als bei den mittel- und osteuropäischen Staaten, fehlt hier ein entscheidender Anreiz für schnelle politisch-wirtschaftliche Liberalisierung und demokratische Konsolidierung: das Angebot der EU-Mitgliedschaft bei erfolgreichen Reformen gemäß den Kopenhagener Kriterien, wie es im Juni 1993 vom Europäischen Rat konkretisiert wurde. All dies dürfte dazu beitragen, dass die Transformation in den arabischen Ländern wesentlich holpriger verlaufen, länger dauern und von herberen Rückschlägen gekennzeichnet sein wird. Absehbar ist, dass es in den kommenden Jahren nicht nur eine Phase der Instabilität geben wird, die in einigen Fällen auch mit Bürgerkrieg, Staatszerfall oder Sezessionen einhergehen könnte, sondern auch ein breiteres Spektrum an politischen Systemen, als dies bislang in der arabischen Welt der Fall war.

*Cilja Harders*

## Neue Proteste, alte Krisen: Ende des autoritären Sozialvertrags

**Z**eitpunkt, Intensität und Erfolg der Proteste, die im Dezember 2010 in Tunesien begannen und auf andere arabische Staaten übergriffen, waren sehr überraschend. Der demokratische Aufbruch in der Region hat gängige Stereotypen wie die Dominanz des Islamismus als einzige relevante Opposition infrage gestellt. Allerdings ist das Bild,

**Cilja Harders**

Dr. phil., geb. 1968; Professorin und Leiterin der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, Ihnestraße 22, 14195 Berlin.  
charders@zedat.fu-berlin.de

das die Region derzeit bietet, nicht einheitlich.<sup>1</sup> In Ägypten und Tunesien hat ein zähes Ringen um die Umsetzung der von vielen gewünschten radikalen Veränderungen begonnen. Die Proteste in Syrien und Bahrain werden von den herrschenden Eliten niedergeschlagen. In Libyen hat die NATO interveniert. Im Jemen oszilliert die Transformation zwischen Bürgerkrieg und friedlichem, ausgehandeltem Abgang des Präsidenten. In Marokko, Algerien, Irak, Libanon, den palästinensischen Gebieten und Jordanien kommt es zu Protesten und Demonstrationen. Selbst in den konservativen Ölmonarchien gibt es Versuche des öffentlichen Protests. Die Ursachen für die Proteste liegen in der Krise des autoritären Sozialvertrags, der das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Region regelt. Zu dieser Krise kam es aufgrund der „Transformation ohne Transition“: eines rapiden, sozialen Wandels bei gleichzeitiger politischer Erstarrung und Repression.

Die arabischen Gesellschaften durchlaufen seit Jahren tiefgreifende soziale, politische, kulturelle und ökonomische Transformationen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. So konnte die wirtschaftliche Entwicklung nicht mit der demografischen mithalten: Einerseits gab es hohe Wachstumsraten und

gute makroökonomische Daten, andererseits wuchs die soziale Ungleichheit. Es fanden Veränderungen in den Geschlechter- und Generationenverhältnissen statt, die patriarchale Strukturen im Privaten infrage stellten. Die politische Kultur veränderte sich durch vielfältigere Medienlandschaften, die digital und via Satellit lokale Gesellschaften global vernetzen. Nicht zuletzt hat die Denationalisierung von Politik auch vor den autoritären arabischen Staaten nicht haltgemacht: Jenseits formalisierter staatlicher Strukturen agieren nationalstaatlich verankerte, doch transnational vernetzte Akteurinnen und Akteure wie innerarabische Migrantinnen und Migranten, die islamistische Bewegung und – wesentlich schwächer ausgeprägt – die Menschenrechtsbewegung.

Diese Veränderungen wurden jedoch nicht von einem politischen Wandel im Sinne einer Liberalisierung oder gar Demokratisierung der Systeme begleitet: Die Regimes setzten auch weiterhin auf den autoritären Sozialvertrag, in dem wohlfahrtsstaatliche Leistungen im Tausch für politische Demobilisierung angeboten wurden. Auf Krisen sowie politische, soziale und ökonomische Herausforderungen reagierten die Regimes – in je spezifischer ausgeprägter Weise – mit Repression, Islamisierung, Informalisierung, Kooptation und begrenzter politischer sowie ökonomischer Liberalisierung. Diese fünf Anpassungsstrategien trugen lange, nicht zuletzt auch, weil der Westen in den Autokraten Garanten für Stabilität sah. Doch wurden ihre sozialen Fundamente durch den Rückzug des Staates infolge von neoliberalen Wirtschaftsreformen seit dem Ende der 1990er Jahre zunehmend brüchig: Die Widersprüche zwischen einer Rhetorik des paternalistisch-versorgenden Staates und den harten Krisenrealitäten sowie die zunehmende politische Mobilisierung neuer Akteursgruppen führten zu einer – in den einzelnen Staaten unterschiedlich tiefgreifenden und umfassenden – Legitimitätskrise.

Vor diesem Hintergrund ging und geht es bei den Umbrüchen nicht nur um den Rückzug der Autokraten, sondern um die radikale Veränderung des politischen Systems aus Korruption, Klientelismus, Unterdrückung, Po-

¶ Vgl. Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients (Hrsg.), *Proteste, Revolutionen, Transformationen – die Arabische Welt im Umbruch*, Berlin 2011.

lizeigewalt und eng begrenzten Räumen der politischen Gestaltung. Deshalb forderten die Menschen auf dem Tahrir-Platz in Ägypten, in Tunesien und anderen Staaten: „Das Volk will das System stürzen.“ Hierin liegt das zugleich „unideologische“ und zutiefst radikale Moment dieser Proteste: die Rückeroberung des Politischen als Raum der kollektiven friedlichen Aushandlung um die wünschenswerte gesellschaftliche Ordnung. Die während der Massenproteste in Ägypten und Tunesien artikulierte Herrschaftskritik ist nicht naiv, sie ist sich bewusst, dass Veränderungen nur längerfristig zu erwarten sind. Viele Gruppen sind auf Debatte und die Rückeroberung des ergebnisoffenen demokratischen Prozesses hin orientiert. Sie beziehen sich nur am Rande auf die ehemals dominanten ideologischen Paradigmen des arabischen Sozialismus, Panarabismus oder Islamismus. Die Öffnung nach dem Fall der Diktatoren eröffnet allerdings auch demokratie- und pluralismusfeindlichen Kräften neue politische Räume.

## Konzeptionelle Anmerkungen

Revolutionäre Umbrüche werden durch Krisen ausgelöst: Die Legitimität des herrschenden Regimes wird aufgrund akuter oder latenter politischer, ökonomischer oder kultureller Krisen hinterfragt. Staatliches Versagen mit Blick auf Leistungen oder Teilhabemöglichkeiten wird öffentlich angeprangert, und aus einer solchen Dynamik heraus kann die Systemfrage gestellt werden. Aus ökonomischen und politischen Krisen erwachsen jedoch nicht automatisch Proteste oder gar ein Regimewandel. Entscheidend ist das Zusammenspiel von objektiver Situation und dem subjektiven Empfinden von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Mit anderen Worten: Krisen müssen als bearbeitbare und durch Menschen gemachte Probleme thematisiert werden, damit aus ihnen Mobilisierungspotenzial erwächst.

Zugleich muss es artikulierbare Alternativen geben. Insofern ist für das Verständnis der Umbrüche in der arabischen Welt ein Blick auf Akteurskonstellationen, strukturelle Faktoren und nicht zuletzt auch auf die situative Dynamik entscheidend. Die Akteurskonstellationen werden in autoritären Kontexten am besten sichtbar, wenn man einen breiten Politikbegriff anlegt. Angesichts der Einschränkung und Repression von un-

abhängiger politischer Partizipation waren beispielsweise Massenproteste in Tunesien, Libyen und Syrien besonders überraschend, da die organisierte Zivilgesellschaft bisher als zu schwach galt, um die Regimes herauszufordern. Daher könnte hier ein Blick auf die kleinräumigen lokalen und informellen Strukturen besonders instruktiv sein. In Ägypten, Jordanien, Marokko und Algerien ruhen beziehungsweise ruhen die Mobilisierungen dagegen auf einer vergleichsweise breiten zivilgesellschaftlichen Basis.

Offener Protest ist gerade unter Bedingungen des Autoritarismus nur eine von vielen möglichen Artikulationsweisen und historisch nicht die häufigste. Informelle, symbolische und verdeckte Formen der Partizipation sind ebenso wichtig. Gerade diese Formen, die von Medien und Politikern häufig nicht als „politisch relevant“ wahrgenommen werden, müssen erfasst werden, um einen informierten Blick auf das politische Feld in den jeweiligen Staaten zu werfen. Dann wird sichtbar, dass die Massenproteste des Jahres 2011 keineswegs vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis langfristiger Mobilisierungs- und Veränderungsprozesse sind.<sup>12</sup>

## Krise des autoritären Sozialvertrags

Die arabischen Staaten werden seit längerem mit Entwicklungskrisen konfrontiert, die zu einer erheblichen Legitimitätskrise geführt haben. Darauf reagierten die Regimes mit den oben genannten Anpassungsstrategien, die auf Depolitisierung und Demobilisierung der Bevölkerungen zielten. Beispielsweise versprach der nasseristische Sozialvertrag in Ägypten Entwicklung und Wohlstand im Austausch mit Loyalität, die innerhalb klientelistischer Bahnen kontrolliert und depolitisiert werden konnte. In den 1990er Jahren wurde daraus ein „Sozialvertrag der Informalität“: Er griff die depolitisierende Seite des nasseristischen Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft auf, minimierte jedoch im Zeitalter neoliberaler Wirtschaftsreformen die wohlfahrtsstaatliche Rolle. An die Stelle von Rechten und An-

<sup>12</sup> Vgl. Asef Bayat, *Life as Politics. How Ordinary People Change the Middle East*, Amsterdam 2010; Lisa Wedeen, *Ambiguities of Domination*, Chicago 1999.

sprüchen der Bürgerinnen und Bürger traten kaum einklagbare Möglichkeiten des informellen Handelns und der klientelistischen Interessensvermittlung. Zwar beruhte auch der „Sozialvertrag der Informalität“ darauf, dass der Staat minimale Wohlfahrts-, Partizipations- und Sicherheitsleistungen zur Verfügung stellte. Doch wenn diese Versorgung systematisch verringert wird, hat dies Folgen für die Legitimität des Regimes.<sup>13</sup> Die Kritik daran spiegelte sich in der Forderung der ägyptischen Demonstranten nach „Brot, Würde, Freiheit“ beziehungsweise nach „Würde, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit“. Diese Slogans kritisierten ein System, in dem der Staat „seine“ Seite des Sozialvertrags nicht mehr erfüllte.

Zwar hat es seit Mitte der 1970er Jahre begrenzte politische Liberalisierung in fast allen arabischen Staaten gegeben: So wurden in den Golfstaaten erstmals Wahlen durchgeführt und Räume für die Zivilgesellschaft geöffnet, in Syrien brach nach dem Amtsantritt von Bashar al Assad im Jahr 2000 der „Damaszener Frühling“ an, welcher der Opposition etwas Gehör verschaffen konnte, in Marokko, Jordanien, Ägypten, Algerien, Libanon, Irak und den palästinensischen Gebieten wurden Wahlen unter Beteiligung unterschiedlicher Parteien durchgeführt, wenn auch nur die palästinensischen Wahlen als überwiegend frei und demokratisch galten. Durch die begrenzte und kontrollierte Liberalisierung bot sich den herrschenden Eliten die Möglichkeit, relevante Personen und Gruppen zu kooptieren und dadurch begrenzte Legitimität durch scheindemokratische Prozeduren und Institutionen herzustellen. Auch blieben die etablierten Oppositionsparteien einschließlich der in vielen arabischen Staaten scharf bekämpften Islamisten das Symbol für eine machtlose Opposition, die sich mehr oder minder freiwillig in eine inszenierte Fassadendemokratie einbinden ließ. So beteiligten sich diese Parteien in Ägypten nicht an den Massenprotesten, während ihre jungen Mitglieder sehr aktiv waren.

Dennoch kam es zu einer praktischen Pluralisierung des politischen Feldes und zu einer nicht beabsichtigten Stärkung der Ak-

<sup>13</sup> Vgl. Cilja Harders, *Staatsanalyse von unten – urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten*, Hamburg 2002.

teure in der Fassadendemokratie, welche die Autorität der Regimes bereits vor den Protesten immer wieder herausforderte. So waren in Ägypten rund um die Kommunalwahlen 2008 intensive Auseinandersetzungen innerhalb der ägyptischen Regierungspartei NDP zu beobachten. Ähnliches gilt für die Prozesse im Vorfeld der Parlamentswahlen 2010. Viele Mitglieder der Regierungspartei gaben ihrer Empörung über undemokratische Praktiken bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten Ausdruck, woraus eine eigene Bewegung entstand: Im Januar 2011 bildete sich ein paralleles „Volksparlament“ von ausgeschlossenen Parlamentariern und an Universitäten bildeten sich parallele Studierendenausschüsse.

Mit Islamisierung reagierte das ägyptische Regime auf die Herausforderung durch islamistische Kräfte, die in den 1980er und 1990er Jahren das Regime auch mit Gewalt bekämpften. Gemeint ist hier der Versuch der Staatsführung, die kulturelle Hegemonie (welche religiöse Akteure in vielen arabischen Staaten erringen konnten) dadurch zu bekämpfen, dass sich die Regimes religiöser gaben als die Islamisten. Für Ägypten hieß das: scharfe Zensur, immer wieder Skandale um „blasphemische“ Literatur, Schauprozesse gegen Homosexuelle und „Satanisten“ (beziehungsweise als solche diffamierte Hardrock-Fans) oder Medienkampagnen gegen westliche „Unmoral“. Der Kampf gegen die islamistischen Gruppen wurde einerseits mit Gewalt und Repression gefochten, andererseits mit den Mitteln der Kulturpolitik.<sup>†</sup>

Repression ist ein Grundpfeiler jeder autoritären Herrschaft. Sie wurde in vielen anderen arabischen Staaten durch den Ausnahmezustand, die Verfassung, das Strafrecht und durch extralegale Maßnahmen abgesichert: Alle bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit wurden massiv eingeschränkt; Menschen konnten ohne Anklage inhaftiert und an Militär- und Sondergerichte überwiesen werden; faire Verhandlungen und menschenwürdige Behandlung im Gefängnis waren nicht garantiert. Diese Repression wurde nicht nur gegen politische Gegner ausgeübt, sondern auch gegen

„normale“ Bürgerinnen und Bürger: Händler auf dem Bürgersteig, Studierende auf dem Campus oder junge Leute, die „verdächtig“ aussahen.<sup>‡</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es keine Überraschung, dass sich der Volkszorn in Ägypten vor allem gegen die Polizei richtete. Überall im Land brannten Polizeistationen, die Orte der Alltagsgewalt des Staates gegen seine Bürgerinnen und Bürger. Das starke Empfinden, der Staatsgewalt im Zweifel hilflos ausgesetzt zu sein, vom Staat nicht unterstützt, sondern bekämpft zu werden, verbirgt sich unter anderem hinter der Forderung nach „Würde“. Nicht umsonst fand die Facebook-Seite „We are all Khaled Said“, die aus Protest über die Ermordung Khaled Saids eingerichtet wurde, rasch viele Anhänger. Said, der in seinem Blog über die Verwicklung der Polizei in den Drogenhandel berichtete, wurde von der Polizei ermordet. Sein Schicksal ist paradigmatisch für die umfassende Unsicherheit und Repression. Insofern ist die Forderung nach Würde ebenso im Sinne unveräußerlicher Menschenwürde und damit Schutz vor Gewalt und Ungerechtigkeit zu verstehen wie auch als Forderung, Überleben in Würde sichern zu können.

Hinter Informalisierung verbirgt sich in Ägypten und vielen anderen arabischen Staaten ein tief in der Gesellschaft verankertes System von informellen Handlungsspielräumen, Klientelismus und Korruption, das gerade armen Menschen ihre staatsbürgerlichen Rechte für informelle Spielräume abkauft. Der alte nasseristische Sozialvertrag wurde durch einen „Sozialvertrag der Informalität“ ersetzt: Politische Exklusion und Kontrolle wurden nicht mehr durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen „bezahlt“, sondern durch die Eröffnung informeller Handlungsspielräume. So leben große Bevölkerungsguppen in informellen Siedlungen, die durch informelle Transportsysteme versorgt werden. Dort werden Kanalisationsrohre in gemeinschaftlicher Eigenleistung verlegt, Strom und Wasser werden abgezweigt. Informelle Netzwerke der Nachbarschaft oder der Familie sind überlebenswichtig. Formale Institutionen wie Wahlen sind dabei eng mit informellen Institutionen wie Familien- und Herkunfts-

† Vgl. Asef Bayat, *Making Islam Democratic*, Stanford 2007.

‡ Vgl. Laleh Khalili/Jilian Schwedler, *Policing and Prisons in the Middle East*, New York 2010.

netzwerken oder Mechanismen der informellen Konfliktmediation verknüpft. Dabei spielen lokale Notabeln als Vermittler und Schlichter eine wichtige Rolle. Genau diese Strukturen wurden in Ägypten und Tunesien 2011 als Antwort auf die von den Regimeeliten provozierte Unsicherheit aktiviert. Es entstanden Nachbarschafts- und „Volkskomitees“ zum Schutz der Bewohner vor Regimegewalt und Kriminalität. Dieses Arrangement der informellen Handlungsspielräume wurde durch den Rückzug des Staates zunehmend brüchig, wie die wütenden Proteste rund um die Nahrungsmittelkrise 2008 zeigten. Dabei ging es nicht nur um Brot, sondern auch um die Kritik an Korruption – in der Wahrnehmung der Menschen war die Mangelversorgung Folge von lokaler Spekulation und bewusst herbeigeführter Preissteigerung. Damit war auch eine zunächst „unpolitische“ Forderung nach subventionierten Nahrungsmitteln eingebettet in den breiteren Kontext der Kritik an einem korrupten Regime. An dieses Muster knüpften die Slogans vom Tahrir-Platz mit „Brot, Würde, Freiheit“ an.

Die Anpassungsstrategie der begrenzten wirtschaftlichen Liberalisierung ist eng mit der Privatisierung von Dienstleistungen verbunden, durch welche die informelle und unbezahlte Aneignung öffentlicher Güter immer schwieriger wurde. Seit 2004 kam es zu einem verstärkten Privatisierungs- und Liberalisierungsschub in Ägypten. Davon profitierten vor allem diejenigen ökonomischen Eliten, die Präsidentensohn Gamal Mubarak nahestanden. Sie waren bis Januar 2011 im Kabinett und häufig mit branchennahen Portfolios vertreten.<sup>16</sup> So hat sich in kürzester Zeit mit der vom Internationalen Währungsfonds und der EU unterstützten Strukturanpassungs- und Liberalisierungspolitik ein oligarchisches System herausgebildet, dessen zentrale Akteurinnen und Akteure im Unterschied zu den Eliten der 1990er Jahre zunehmend bereit waren, die Kosten für Liberalisierung und Privatisierung (wie Inflation, Nahrungsmittelkrisen, Arbeitslosigkeit oder Subventionsabbau) unabhängig

<sup>16</sup> Vgl. Thomas Demmelhuber/Stephan Roll, Herrschaftssicherung in Ägypten, SWP-Studie, (2007) S 20; Ulrich Wurzel, Limits to Economic Reform in an Authoritarian State. Egypt since the 1990s, Berlin 2007.

von längerfristigen Entwicklungserwägungen auf die verarmende Bevölkerungsmehrheit abzuwälzen.

Diese ökonomische Situation verstärkte aber auch die Widerstandsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung wie die seit 2006 erstarkende Arbeiterbewegung in Ägypten zeigt. Damals wurde der Keim für die unabhängige Gewerkschaftsbewegung gelegt, die sich gegen den massiven Widerstand der Regimegewerkschaften formierte und im Januar 2011 eine wichtige Rolle spielte. Auf dem Tahrir-Platz ging die Ära einer kontrollierten und kooptierten Arbeiterbewegung in Ägypten zu Ende, während in Tunesien die zunächst ebenfalls regimetreuen Gewerkschaftsstrukturen zentral für die Verbreitung und Vertiefung der Proteste waren. Zugleich entzündeten sich an den Streiks in Ägypten Solidaritätsaktivitäten, die wegweisend sein sollten wie etwa die Arbeit der „Jugend des 6. April“.

Schon vor der Revolution deutete sich eine Spaltung der Wirtschaftseliten entlang ihrer ökonomischen Orientierung an. Dies macht die aktuelle Rolle des Militärs in Ägypten besser verständlich. Derzeit dominieren in Ägypten neue, ökonomisch global orientierte Akteure, die das alte, national orientierte Kapital und seine Interessen, darunter vor allem das Militär, das ein wichtiger Wirtschaftsakteur ist, wirtschaftlich und politisch zu marginalisieren drohten.<sup>17</sup> Zur Elitenspaltung kam es vor allem, weil der Führungskader des Militärs die Politik der Gruppe um Gamal Mubarak ebenso ablehnte wie die Idee der Amtsnachfolge für den Mubarak-Sohn. Vor diesem Hintergrund muss das Verhalten der Offiziere in der Hochphase der Massenproteste bewertet werden, als sie lieber einen aus ihren Reihen opfereten und sich von Mubarak lossagten, als systematische militärische Gewalt gegen die Demonstranten anzuwenden.

Die Kritik an Korruption und Oligarchisierung der Wirtschaft ist nicht nur in Ägypten von herausragender Bedeutung. In allen arabischen Staaten kontrollieren kleine, unmittelbar oder mittelbar mit den po-

<sup>17</sup> Vgl. Paul Aarts, The Middle East: a region without regionalism or the end of exceptionalism?, in: Third World Quarterly, 20 (1999) 5, S. 911–925; Paul Amar, Why Mubarak is Out, in: Jaddaliyya vom 1.2.2011.

litischen Eliten verbundene Gruppen zentrale und produktive Wirtschaftssektoren: In Tunesien richtete sich der Volkszorn vor allem gegen die Familie des Präsidenten, die als kleptokratisch und verantwortlich für systematische Korruption galt. Im Juni 2011 sieht sich Bashar al Assad in Syrien gezwungen, seinen Cousin, den Oligarchen Rami Makhlouf, zu „opfern“, der sich „freiwillig“ aus allen Geschäften (wie Mobilfunk, Immobilien) zurückzog. In Jordanien richtet sich ebenfalls ein öffentlicher Diskurs gegen die angebliche Verschwendungssucht der Königin Rania, der hier wie auch vorher in Tunesien nicht zufällig eher die Ehefrauen der Herrscher als die Herrscher selbst kritisiert.

## Dynamiken und Forderungen

Während die Krise des autoritären Sozialvertrags strukturell und umfassend ist, muss sie dennoch als solche thematisiert werden, damit Menschen mobilisiert werden. Zugleich lässt sich in allen Staaten eine Eigendynamik der Proteste beobachten. Am 25. Januar 2011, dem ersten Tag der Großdemonstrationen in Kairo, richteten sich die Slogans gegen Repression und Polizeigewalt und forderten Gerechtigkeit und Freiheit. Daraus wurde schon wenig später und in Reaktion auf die gewaltvolle Repression der Proteste eine umfassende Forderung nach dem Sturz des Systems. In Tunesien, Bahrain, Libyen und Jemen konnte eine ähnliche Dynamik beobachtet werden: Repression führte zur Radikalisierung der Systemkritik, zur Mobilisierung von bisher Unbeteiligten und zu einer neuen Dynamik zwischen „Straße“ und Regime.

Diese artikuliert sich jedoch unterschiedlich. Im Jemen war lange das Ziel, Präsident Salih durch Verhandlungen zum Rücktritt zu bewegen, um den Weg für Reformen frei zu machen. In Syrien war das Ziel der Demonstranten zu Beginn nicht, das System zu stürzen, sondern zu reformieren. In Jordanien wird die haschemitische Monarchie nicht grundsätzlich infrage gestellt. In Algerien sind gewaltvolle lokale Proteste seit zwei Jahren eine alltägliche Erscheinung, während eine regimekritische Massenmobilisierung ausbleibt. In Marokko wurde lange die spezifische Verknüpfung von weltlicher und

religiöser Führungsrolle des Königs nicht angetastet, auch wenn sich zunehmend Unzufriedenheit über seine Versuche einer kontrollierten Reform zeigen. Im Libanon steht der Konfessionalismus in der Kritik. In den palästinensischen Gebieten ging es um das Ende der Kämpfe zwischen Hamas und Fatah.

Neben „Würde“ war und ist „friedlich“ ein wichtiger Ruf bei den meisten Demonstrationen – ob in Syrien, Jemen oder Ägypten. Darin liegt nicht nur eine Absage an die Gewalt, sondern auch eine Auseinandersetzung mit innergesellschaftlichen Gewalterfahrungen entlang konfessionalisierter oder ethnisierter Linien. Das algerische und das libanesische Trauma spielen dabei eine wichtige Rolle: 1988 erreichten ebenfalls überwiegend junge Menschen eine kurzzeitige Liberalisierung in Algerien. Sie endete mit einem Militärputsch und Bürgerkrieg, nachdem sich bei den Parlamentswahlen 1991 ein Sieg der Islamisten abzeichnete. Die bisher nicht erfolgte Aufarbeitung solcher Erfahrungen stellt eine zentrale Blockade für breitere Mobilisierung in Algerien dar, da die Menschen eine Wiederholung fürchten. Auch im Libanon, Syrien, Irak, Jordanien und Jemen ist der Rekurs auf die zurückliegenden Bürgerkriegserfahrungen zentral. Die Regimes instrumentalisieren einerseits die Ängste der Menschen, andererseits entsprechen diese Ängste durchaus der öffentlichen Meinung. Dies schränkt die Möglichkeiten der gruppenübergreifenden Mobilisierung erheblich ein. Das Stabilitätsparadigma wurde und wird durch die herrschenden Eliten regelmäßig evoziert, angeblich, um die Gesellschaften vor sich selbst zu schützen – und vor „externen Verschwörungen“.

Dieser instrumentelle und strategische Rückgriff auf eine mögliche gewaltvolle Austragung ethno-religiöser Differenzen als Abwehr von legitimen Forderungen ist ambivalent. Einerseits spiegelt er die konkreten Ängste der Bevölkerung wider und weist auf objektive Spannungslinien und gesellschaftliche Spaltungen hin. Andererseits wird dieser Diskurs jedoch von der Bevölkerung auch als bewusste Strategie der Angst aufgefasst und konterkariert. Die Betonung von nationaler Einheit bei öffentlichen Protesten – in Ägypten zwischen Christen und Muslimen, in Syrien zwischen Ethnien und Religionsgruppen – deuten zudem darauf hin, dass

### Was ist das Besondere und Überraschende an den arabischen Protesten?

- Zeitpunkt und bisher nicht gekannte Möglichkeiten erfolgreicher übergreifender Massenmobilisierungen
- Starke Präsenz der Jugendkoalitionen: Sie umfassen eine heterogene Gruppe von überwiegend gut ausgebildeten Menschen zwischen 15 und 40 Jahren, die den Autoritarismus des Staates und den Patriarchalismus ihrer Gesellschaften herausfordern
- Neuartige Artikulation von politischen, sozialen und ökonomischen Zielen: Der Fokus liegt auf Würde, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit
- Neue Modi der Mobilisierung wie die Besetzung des öffentlichen Raums und die netzwerkförmige Organisation von Koalitionen
- Neue Ressourcen der Mobilisierung wie Mobilfunk, Blogs, soziale Netzwerke und Satellitenfernsehen
- Unbekannte Blüte lokaler Partizipation und Mobilisierung in einigen arabischen Staaten in den vergangenen Jahren
- Sehr unterschiedliche Reaktionen der Sicherheitsapparate und des Militärs zwischen Repression und Unterstützung der Proteste
- Keine regionalen Domino-Effekte, sondern Differenzierung nach Kontext
- Infragestellung westlicher Stereotypen mit Blick auf den Islam, die angebliche Demokratie- und Frauenfeindlichkeit der arabischen Welt

einem Teil der Protestierenden bewusst ist, dass ethno-religiöse Gewaltdynamiken keine Automatismen sind. Im Gegenteil: Die langjährige Instrumentalisierung solcher Differenzen im Sinne von „Teile- und Herrscherstrategien“ durch die Regimes haben solche Diskurse auch delegitimiert. Historische Erfahrungen müssen sich nicht notwendigerweise wiederholen: Sie bieten immer auch die Chance politischen Lernens.

### Nach der Revolution ist vor der Revolution

Die Mauer der Angst ist durch friedlichen Protest gefallen. Dies ist eine nicht mehr hintergehbare Erfahrung dieses Frühjahrs. Sie wird ausgehend von Ägypten und Tunesien mittelfristig weitreichende Wirkungen auf die Regimes, die Gesellschaften und die Region entfalten. Vieles wird von der Haltung der internationalen Akteure, die in der Region eine starke Rolle spielen, abhängen. Bisher haben die USA und Europa mit den Autokraten leben können. Sie galten als Garanten der Stabilität, wenngleich auch als reformbedürftige. Die Menschenrechtsverletzungen und der Mangel an Demokratie waren weder in Brüssel noch in Washington unbekannt. Jetzt sucht der Westen einen neuen Umgang mit den geostrategischen und politischen Veränderungen.

Der auch von externen Akteuren immer wieder – wenn auch halbherzig – geforderte, demokratische Wandel bietet große Chancen, aber er produziert auch Unsicherheit. Am

Beispiel der höchst unterschiedlichen Reaktionen auf die Gewalt in Libyen, Bahrain, Jemen und Syrien zeigt sich zugleich die alte Gemengelage aus geostrategischer Interessenswahrnehmung durch diplomatische Vermittlung. Vieles wird zudem von den innenpolitischen Entwicklungen in Tunesien und Ägypten abhängen. Dort ist der Weg in die Demokratie hoch umstritten: frühe Wahlen oder späte, erst eine Verfassungsgebende Versammlung oder eine Verfassungsreform, erst die Parlamentswahl, dann die Präsidentenwahl? Wer würde von welchem Arrangement profitieren und welche Rolle spielt die wirtschaftliche Situation der Menschen für ihre Entscheidungen? Welchen Einfluss haben die vielfältigen Diskurse der Angst und Verunsicherung? Wie stark sind die Beharrungskräfte der alten Eliten und Geheimdienste?

Doch auch jetzt sollte das Interesse nicht einseitig auf die Eliten gerichtet werden. Alle Akteurinnen und Akteure sind zentral für die Zukunft der Transformation. Weiterhin wird die Dynamik zwischen „Straße“ und dem Militär in Ägypten entscheidend sein. Hier spiegelt sich der hohe Grad an Mobilisierung und Organisation während der Massenproteste auch nach dem Sturz der Diktatoren wider. Die Menschen werden sich ihre mühsam erkämpfte neue Würde, das Recht auf Teilhabe und den friedlichen Streit um die beste politische Ordnung nicht einfach wieder nehmen lassen. Darin liegt die große Hoffnung auf dem langen Weg zu „Freiheit, Würde, sozialer Gerechtigkeit“.

R. Hajatpour · K. Jaeger · R. Jaeger ·  
K. El Ouazghari · K. Brakel ·  
A. M. El Hussein · K. D. Loetzer

# Länder der Region im Porträt

Reza Hajatpour

## Von der arabischen zur iranischen Revolution?

Parallel zu den Demonstrationen gegen die repressiven politischen Systeme in der arabischen Welt richtete sich die Aufmerksamkeit vieler westlicher Beobachter auf den Iran, wo seit 32 Jahren religiöser Despotismus herrscht. Mit Spannung wurde verfolgt, ob die Aufstände in Ägypten, Tunesien und anderen arabischen Staaten auf das Land des herrschenden Klerus übergreifen würden. Die geistliche Führung der Islamischen Republik reagierte gelassen: Oberster Rechtsgelehrter und Staatsoberhaupt Ali Chamenei begrüßte den Aufstand gegen den ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak und sah darin die Revolte, die im Iran bereits 1978/79 stattfand. Staatspräsident Mahmud Ahmadinejad verkündete, dass sein Land ein Vorbild für alle Nationen sei und die Aufstände in der arabischen Welt nichts anderes als ein „islamisches Erwachen“ nach dem Vorbild des Iran.<sup>1</sup>

**Reza Hajatpour**

PD Dr. phil., geb. 1958 im Iran;  
Privatdozent am Lehrstuhl für  
Iranistik der Otto-Friedrich-  
Universität Bamberg; Autor von  
„Der brennende Geschmack  
der Freiheit“ (2005),  
„Tage der Liebe. Im Schatten  
der Erinnerung“ (2011).  
reza.hajatpour@uni-bamberg.de

Die Solidaritätsbekundungen mit den arabischen Demonstranten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die iranischen Machthaber Proteste, wie sie sich ab Anfang 2011 in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien und den arabischen Golfstaaten abzeichneten, im eigenen Land fürchten. Sie fanden im Iran bereits 2009 – und danach immer wieder – statt. Auch wenn diese bislang keinen Systemwandel auslösten, zeigen sie die enorme Mobilisierungsfähigkeit und -bereitschaft gegen die iranischen Machthaber. Vor diesem Hintergrund haben die Oppositionskräfte im Iran ein großes Interesse daran, die Proteste in den arabischen Ländern als „Revoluten für die politische Freiheit“ im Bewusstsein der eigenen Bevölkerung zu verankern. Dem Aufruf zur Solidarität mit den arabischen Demonstranten folgten im Februar 2011 Massenproteste in Teheran. Die Proteste wurden mit Tränengas und Polizeigewalt niedergeschlagen, Kommunikationsnetze wie Internet und „Facebook“ wurden abgeschaltet. Es ist für das iranische Regime scheinbar kein Widerspruch, seine Solidarität mit der ägyptischen Bewegung zu bekunden, gleichzeitig aber mit allen Mitteln zu verhindern, dass ihr Geist auf die Islamische Republik überspringt.

Die Umbrüche der vergangenen Monate signalisieren den Aufbruch in eine neue Epoche, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Der Wunsch nach Freiheit und Reformen hat sich im Iran seit der Entstehung der Islamischen Republik nicht gelegt. Schon die Wahl des reformorientierten Muhammad Chatami zum Staatspräsidenten im Jahr 1997 war ein klares Signal – auch wenn er nicht in der Lage war, als „iranischer Gorbatschow“ die vom Volk gewünschten Veränderungen und Reformen durchzusetzen.

Das lag vor allem daran, dass das ideologische Konzept des Islamischen Staates, an dessen Grundwerten er wie auch schon sein „liberaler“ Vorgänger Ali Akbar Haschemi Rafsanjani festhielten, das eigentliche Hindernis für eine grundsätzliche Reform darstellt. Eine Selbstverständlichkeit in der Islamischen Republik ist beispielsweise, dass parlamentarische Gesetze im Einklang mit den religiösen Rechtsordnungen stehen müssen. Das bedeutet, dass jede Reformüberlegung ein religiöses Etikett braucht, welches wiederum nur durch die Zustimmung des Klerus legitimiert werden kann.

Ein weiteres zentrales Prinzip liegt in der Idee der „Wahrung des Interesses des islamischen Systems“ (*befz-e maslahat-e nezam*). Diese erfasst sowohl die religiösen als auch die politischen und territorialen Angelegenheiten.

<sup>1</sup> Vgl. Ulrike Putz, Ahmadinedschad kapert die ägyptische Revolte, in: Spiegel online vom 11.2.2011: [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,745050,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,745050,00.html) (14.7.2011).



Dafür steht die Doktrin der „Herrschaft der religiösen Rechtsgelehrten“ (*wilayat-e faqih*), das zentrale Machtorgan der Islamischen Republik. *Wilayat-e faqih* steht für ein Vormundschaftsrecht, das die schiitischen Rechtsgelehrten über die Gläubigen während der Abwesenheit des zwölften Imams der Schia beanspruchen. Dieses Vormundschaftsrecht wurde von Großayatollah Ruhollah Musawi Khomeini (1979–1989) auf alle gesellschaftlichen Bereiche übertragen. Das Amt gibt der obersten religiösen Autorität (*wali faqih*) ein funktional uneingeschränktes Machtmonopol, das von einem einzigen Mann ausgeübt wird; das bedeutet, dass jegliche Reformwünsche mit dem Willen des *wali faqih* im Einklang stehen müssen.

Zudem schaffte Chatami es nicht, für seine Reformen die Unterstützung der revolutionären Flügel wie Revolutionswächter, religiöse Juristen und die neue religiöse Elite zu gewinnen. Die Islamische Republik ermöglichte ihnen den Aufstieg in die wichtigen exekutiven und judikativen Machtzentren und damit eine immense Einflussnahme auf das politische Geschehen. Sie haben sich verpflichtet, „Wächter“ des Systems zu sein, und da sie die militärische Gewalt innehaben, können sie jederzeit durch einen Putsch das System vollständig unter ihre Kontrolle bringen. Konsequenterweise unterstützen sie keine Reformen, die ihre Interessen bedrohen könnten. Während der Präsidentschaft Chatamis haben sich viele der revolutionären Anhänger, die bereits unter dem sogenannten Liberalisierungskurs Rafsanjanis an den Rand des innen- und außenpolitischen Geschehens gedrängt wurden, in ihrer Existenz bedroht gefühlt. Seit der Regierungsübernahme durch Ahmadinejad im Jahr 2005 sind diese radikalen Kräfte wieder vollständig in die politische Arena zurückgekehrt und verhindern seitdem mit undemokratischen Mitteln jegliche Reformen und politischen Proteste.

Im Hinblick auf die maßgeblichen politischen Kräfte kristallisiert sich folgendes differenziertes Bild heraus:<sup>1</sup> Zum einen gibt es die Anhänger von Rafsanjanis pragmatisch-realistischer Politik, die immer noch eine starke politische Fraktion innerhalb des Systems bilden. Sie üben ihren Einfluss vor allem im Bereich

<sup>1</sup> Vgl. Volker Perthes, Iran, Bonn 2009, S. 48 ff. (bpb-Schriftenreihe Band 754).

des Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftssektors aus. Ihnen liegt sehr daran, Iran aus der wirtschaftlichen Isolation zu befreien, sich politisch als ein verlässlicher Partner der internationalen Staatengemeinschaft zu präsentieren und ihre regionale Position auszubauen.

Daneben sind es die Anhänger der Reformpolitik um Chatami, die weniger im politischen Raum als vielmehr im kulturellen Sektor vertreten sind. Sie streben eine Liberalisierung des Landes an, auch wenn sie nicht im Sinne der offenen Gesellschaft gedacht ist. Dennoch stehen bei ihnen die Förderung der Zivilgesellschaft und der Dialog mit anderen Kulturen im Vordergrund. Sie sind bestrebt, eine traditionelle Lebensart mit einer modernen liberalen in Einklang zu bringen.

Daneben sind es vor allem revolutionäre Hardliner, die den Anspruch erheben, als „Stifter der Revolution“ das politische Vermächtnis der Islamischen Republik zu bewahren. In dieser Gruppe sammeln sich vor allem reaktionäre Geistliche, Kriegsveteranen des iranisch-irakischen Kriegs, paramilitärische Milizen, islamische Vereine in den Städten, „Märtyrerfamilien“ und einige Verlierer der Globalisierung und der westlichen Boykottpolitik unter den einflussreichen traditionellen *Bazaris* (Markthändler). Sie sind antiwestlich, antiliberal, ideologisch und pflegen eine neue und radikalere Interpretation des Islams.

Hinzu kommen die zurückgezogen agierenden schiitischen Gelehrten in der theologischen Hochschule in Ghom, die mehr oder weniger quietistisch auf die politische Situation im Iran reagieren. Ihre Forderungen sind eher traditioneller Natur. Gegenüber den neuen Machthabern und der höchsten politischen Autorität der Religionsgelehrten sind sie skeptisch. Stattdessen stehen sie auf der traditionellen Interpretationslinie religiöser Quellen, die eine Vollmacht der religiösen Juristen kritisiert. Sie gelten als separater Flügel, da sie sich politisch wie auch religiös von allen anderen Gruppierungen unterscheiden. Dennoch besitzen sie einen großen Einfluss auf die religiöse Dogmatik und damit auf die traditionelle Interpretationshoheit. Indiz dafür waren die Versuche Ahmadinejads, sie mit enormer finanzieller Unterstützung für die theologische Hochschule in Ghom auf seine Seite zu ziehen beziehungsweise mundtot zu machen. Damit wollte er zugleich die

Stellung des Klerus in der Islamischen Republik schwächen und ihr Ansehen beim Volk schmälern. Vergeblich. Ein Sprecher der theologischen Hochschule ließ verlauten, dass das theologische Hochschulzentrum „nicht käuflich“ sei. Diese Reaktion konservativer Kleriker gegen Ahmadinejad offenbart einen weiteren wunden Punkt der jetzigen Regierung: Die Hardliner um Ahmadinejad müssen sich nicht nur gegen die Reformisten, sondern auch gegen Teile des Klerus behaupten.<sup>f</sup>

Die „Grüne Bewegung“, auch wenn schwer festzustellen ist, welchem politischen Klientel der Islamischen Republik ihre Anhänger zuzuordnen sind,<sup>f</sup> umfasst die unterschiedlichen Gruppen der iranischen Gesellschaft: von der religiös neutralen jungen Generation über säkulare Aktivisten bis hin zu religiösen Reformern und Pragmatikern. Sie richtet sich in erster Linie gegen die Präsenz der revolutionären Hardliner auf der politischen Bühne und plädiert für mehr Freiheit und politische Partizipation in einer liberalen Islamischen Republik. Neben einer wirtschaftlichen Liberalisierung setzen sie vor allem auf eine zivilgesellschaftliche Veränderung, fordern die Einhaltung der Menschenrechte, die Gleichstellung von Mann und Frau und in diesem Sinne auch eine vollständige Reform der Revolutionsgarde, die immer wieder gegen die zivile Bevölkerung vorgeht. Innerhalb der „Grünen Bewegung“ spielen Frauen eine besondere Rolle. Um nur ein Beispiel zu nennen: Schirin Ebadi, Juristin, erste iranische Richterin und Trägerin des Friedensnobelpreises im Jahr 2003, war eine wichtige Initiatorin dieser Bewegung. Genau genommen hat die „Grüne Bewegung“ sogar ihre Wurzeln in der Frauenbewegung, die sich seit der Wahl Chatamis immer stärker auf die politische Bühne traut. Viele Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtler fordern seitdem öffentlich die Gleichberechtigung von Mann und Frau und finden selbst bei Geistlichen wie etwa Großayatollah Sanai – eine innerhalb der theologischen Hochschule wichtige Figur – Unterstützung.<sup>f</sup> Deshalb waren Frauen bei den Demonstrationen der „Grünen Bewegung“

nicht nur präsent, sondern verkörperten geradezu die Sehnsucht nach Freiheit und politischer Partizipation. In diesem Sinne steht auch der Tod der Iranerin Neda Agha-Soltan – sie wurde im Zuge der Demonstrationen im Juni 2009 durch die paramilitärische Volksmiliz erschossen – als Symbol für den Widerstand der iranischen Opposition.

## Religion als Legitimation

Auf die Forderung nach einer „liberalen Islamischen Republik“, für Demokratie, Freiheit und einen „anderen Islam“,<sup>f</sup> antwortete Ahmadinejad mit der „islamischen Herrschaft“ und propagierte damit eine Rückkehr zu den Wurzeln der Revolution von 1978/79.<sup>f</sup> Unterstützung bekam er von der geistlichen Führung in der Person Ali Chameneis. Seitdem scheint die Reformierbarkeit der Islamischen Republik für viele Beobachter unmöglich zu sein: Denn solange die Religion als Legitimation und politische Leitideologie gilt, und der Klerus und seine Anhänger als Herrschaftsträger die Identität und die Ziele des Staates bestimmen, ist die Modernisierung eines solchen Staates nicht möglich.

Die Kritiker Ahmadinejads betonen, dass ein organisierter ideologischer Staatsapparat freie Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse des Volkes verhindert und die Dynamik des geistigen und politischen Wandels blockiert. Mit Ahmadinejad habe zwar der revolutionäre Geist der Islamischen Republik wieder die Oberhand gewonnen, er scheint aber vom Sendungsbewusstsein und vom Ideal des islamischen Internationalismus Abschied genommen zu haben. Denn mittlerweile sprechen Ahmadinejad und seine Anhänger nicht mehr von der islamischen Herrschaft, sondern von einem für die iranische Nation spezifischen Islam; so versuchen die Hardliner, sich als Patrioten für das nationale Interesse des Iran und als „Robin Hood für Arme“ auszugeben. Zugleich propagieren sie eine vollständige Unabhängigkeit des Iran von westlichen Mächten und benutzen die umstrittene Atompolitik zu diesem Zweck.

<sup>f</sup> Vgl. Voice of America vom 25.5.2011, online: [www.voanews.com/persian/news/IranPolitics-25May11-122580209.html](http://www.voanews.com/persian/news/IranPolitics-25May11-122580209.html) (14.7.2011).

<sup>f</sup> Vgl. Dawud Gholkamasa, *Irans neuer Umbruch*, Hannover 2010.

<sup>f</sup> Vgl. Claudia Stodte, *Weiblich, islamisch, stolz*, in: *Spiegel Geschichte*, (2010) 2, S. 127.

<sup>f</sup> Vgl. Katajun Amirpur, *Unterwegs zu einem anderen Islam*, Freiburg/Br. 2009.

<sup>f</sup> Vgl. Olivier Roy, *Fait-il avoir peur d'Ahmadinejad?*, in: *Politique internationale*, (2006) 111, S. 199–208.

Auffällig ist dabei die starke Verbindung des Freundeskreises der messianischen Mahdi-Erlöser unter der Führung des fundamentalistischen Geistlichen Misbah Yazdi, der sich während der Revolution von 1978/79 nie aktiv gezeigt hatte, mit Ahmadinejads Regierung: Mahdi-Anhänger besetzen nicht nur wichtige Funktionen in den iranischen Sicherheitsapparaten, sondern auch administrative Posten. Sie fungieren als ein religiöses Netzwerk mit dem Ziel, den „satanischen Abweichlern“ (gemeint sind Regime-Gegner) entgegenzutreten. Dabei werden offenbar auch weltweite Aktivitäten gegen Iran-kritische Blogger und Webseiten geführt.<sup>8</sup> Die politischen Kreise hinter der Regierung Ahmadinejads versuchen offenbar mit allen Mitteln, „im Boot zu bleiben“ und die politische Zukunft des Iran zu bestimmen.

## Wenn die Eigenen zu Gegnern werden

Seit dem kompromisslosen Vorgehen der Regierung Ahmadinejads gegen Kritiker, Reformen, Intellektuelle und Gegner verliert sie immer mehr an Glaubwürdigkeit und dynamisiert den Protest. Es wenden sich auch diejenigen, die früher als „Eigene“ (*kbodi*) angesehen waren, vom System ab. Der schiitische Geistliche Muhsan Kadivar – er hatte zwar keinen politischen Posten, stand aber in den ersten Jahren nach der Revolution wie viele andere auch auf der Seite des Systems; er wirkte vor allem als Intellektueller und Theoretiker im akademischen Bereich – bezeichnet Ali Chamenei als einen „Despoten“, der sowohl die Gesetze und die Verfassung als auch die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eklatant missachtet und den Grundsätzen des Islams zuwidergehandelt habe.<sup>9</sup> Auch Großayatollah Hussein Ali Muntazari, der eine Zeit lang als designierter Nachfolger Khomeinis gehandelt wurde, äußerte eine deutliche Reaktion auf die Brutalität des Systems: „Das Land ist weder islamisch noch eine Republik.“<sup>10</sup> Einige Jah-

<sup>8</sup> Vgl. Studiengruppe der Internationalen Organisation zum Schutz der Menschenrechte im Iran (Hrsg.), *Das Wesen des aktuellen Regimes im Iran*, Hannover 2011, S. 6, 7.

<sup>9</sup> Vgl. Bahman Nirumand, *Iran-Report*, (2010) 8, online: [www.boell.de/weltweit/nahost/naher-mittlerer-osten-9791.html#Innenpolitik2](http://www.boell.de/weltweit/nahost/naher-mittlerer-osten-9791.html#Innenpolitik2) (14. 7. 2011).

<sup>10</sup> Zit. nach: Karim Sadjadpour, *Im politischen Abseits*, in: *Qantara.de* vom 15. 6. 2010, online: <http://de.qantara.de/Im-politischen-Abseits/2845c2939i1p369> (14. 7. 2011).

re zuvor hatte er bereits die religiöse Grundlage und politische Legitimität des Systems der „Treuhanderschaft der religiösen Rechtsgelehrten“ (*wilayat-e faqih*) infrage gestellt.<sup>11</sup>

Bereits vor ihm nannte der renommierte Religionsgelehrte und Philosoph Mehdi Hairi Yazdi (Sohn von Abdolkarim Haeri Yazdi, dem Gründer der islamischen Schulen in Ghom) das System der Islamischen Republik widersprüchlich und hob in seinem politischen Konzept die Souveränität des Volkes gegenüber der Herrschaft des Klerus hervor. Demnach obliegen die Entscheidungen über die Angelegenheit des Staates und des Gemeinwohls direkt dem Volk selbst, denn es ist der wahre Eigentümer des geopolitischen Raumes, und ihm stehen von Natur aus alle politischen und zivilgesellschaftlichen Rechte zu. Deshalb darf auch keine andere Autorität über eine Entscheidungskompetenz verfügen, die vom Volk nicht gemeinschaftlich legitimiert ist. Seine Staatslehre geht aus seiner Philosophie der Existenz hervor, nach welcher der Mensch in seinem Denken und Tun frei und souverän sei; deshalb könne er die Beantwortung aller politischen, ethischen oder sogar religiösen Fragen auch als seine eigene Aufgabe sehen.<sup>12</sup> Auch der religiöse Theoretiker Mustafa Malakiyan appelliert für einen spirituellen Islam, der einer säkularen Gemeinschaft nicht widerspreche. Der moderne Mensch könne die Religion in der traditionellen Form nicht akzeptieren, weil sie seine Fragen nicht beantworten kann.<sup>13</sup>

Die gemäßigten Theologen wie auch der religiös-liberale Flügel und die Modernisten signalisieren in ihren Äußerungen, dass sie sich mit dem radikalen Kurs der bestehenden Regierung nicht identifizieren wollen. Ehemalige Revolutionäre und religiöse Intellektuelle, darunter viele Geistliche, mussten entweder ins Exil (wie beispielsweise das ehemalige Mitglied des Rates für Kulturrevolution Abdulkarim Soroush oder Geistliche wie Hasan Yusefi Eshkavari und Muhsan Kadivar) oder sie kamen ins Gefängnis (wie Akbar Gandji, der ehe-

<sup>11</sup> Vgl. Hussein Ali Muntazari, *Hukumat-i dini wa huquq-i insan*, Ghom 2009.

<sup>12</sup> Vgl. Reza Hajatpour, Mehdi Hairi Yazdi interkulturell gelesen, Nordhausen 2005; ders., *Iranische Geistlichkeit zwischen Utopie und Realismus*, Wiesbaden 2002, S. 231–304.

<sup>13</sup> Vgl. Mustafa Malakian, *Sunnat wa sikularism*, Teheran 2003.

malige Leibwächter Khomeinis).<sup>14</sup> Diese und zahlreiche andere Beispiele zeigen, dass die Eigenen zu Gegnern wurden: Aus den Freunden der Republik wurden nun Feinde der Republik, und „die Revolution richtet sich selbst“.<sup>15</sup>

Auch die Protestbewegung vom Juni 2009 hat ihre Spuren hinterlassen und zeigt, dass die Regierung von Ahmadinejad langfristig die Reformbewegung im Land nicht verhindern kann. Im Gegenteil: Die harte Reaktion der Regierung hat ungewollt dazu beitragen, dass die Reformkräfte in ihrem Kurs entschlossener und radikaler wurden. Der Dokumentarfilm „The Green Wave“ von Regisseur Ali Samadi Ahadi<sup>16</sup> zeigt die neue Kulturaktion, die sich nicht nur gegen eine Wiederwahl Ahmadinejads stellte, um ihre Solidarität gegen ein despotisches System zu demonstrieren, sondern darüber hinaus ihre Empörung über den Zustand der Islamischen Republik zum Ausdruck brachte. Es war bereits absehbar, dass sich die Hardliner wieder in die politische Mitte drängen würden. Ahmadinejads Wahlsieg im Jahr 2005 war daher eine erwartbare Konsequenz des vorangegangenen politischen Machtkampfs zwischen den Eliten der Islamischen Republik: Sein Sieg war der Rettungsversuch versprengter Überreste der revolutionären Gruppen, das System wieder unter Kontrolle zu bekommen, die Islamische Republik von der Krise zu befreien und die Stabilität und Glaubwürdigkeit des Systems, für das der charismatische Führer der Islamischen Republik Khomeini für viele seiner Anhänger stand, wieder herzustellen. Die „Grüne Bewegung“ ist ein Ventil für die Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen seit 2005.<sup>17</sup> Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist es selbstverständlich, dass die politischen Kräfte hinter der Regierung Ahmadinejads alles unternehmen werden, um ihre Existenz und ihre Rolle in der zukünftigen Islamischen Republik zu sichern.

<sup>14</sup> Vgl. Thomas Kleine-Brockhoff, Der Schauprozess von Teheran, in: Zeit online vom 1.3.2001: [www.zeit.de/2001/10/Der\\_Schauprozess\\_von\\_Teheran](http://www.zeit.de/2001/10/Der_Schauprozess_von_Teheran) (14.7.2011).

<sup>15</sup> Navid Kermani, Iran, München 2005, S. 221.

<sup>16</sup> Mehr über Kinoseminare der bpb mit dem Film „The Green Wave“: [www.bpb.de/veranstaltungen/4N8SGU,0,0,The\\_Green\\_Wave\\_%96\\_Kinoseminare.html](http://www.bpb.de/veranstaltungen/4N8SGU,0,0,The_Green_Wave_%96_Kinoseminare.html) (9.8.2011).

<sup>17</sup> Vgl. Henner Fürtig, Turbulente Wahlen in Iran, in: GIGA Focus Nahost, (2009) 6, S. 1.

Kinan Jaeger · Regina Jaeger

## Syrien und die „Protestbewegung“

Seit März 2011 wird auch Syrien von der Protestwelle des „Arabischen Frühlings“ überrollt. Die wenigen Bilder, die aus dem Land kommen, zeichnen ein düsteres Szenario. Syriens Staatschef Bashar al Assad gelang es nicht, der Protestbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Seine politischen Zugeständnisse fielen mager aus und fanden nicht die Zustimmung der Opposition. Mittlerweile haben sich die Fronten verhärtet. Beobachter rechnen damit,

dass im Falle eines Sturzes des Assad-Regimes den Anhängern massive Vergeltungsaktionen drohen und das Land auseinanderbrechen könnte. Mit Blick auf das Schicksal seiner früheren Amtskollegen in Ägypten und Tunesien wird deutlich, warum Assads Konzessionsbereitschaft kaum viel höher ausfallen kann. Andererseits gibt es auch für die Opposition kein Zurück mehr. Zu hoch ist deren Zahl an Todesopfern, die laut Angaben von Menschenrechtsorganisationen bis Anfang September 2011 bei 2200 lag. Die Protestbewegung fordert mittlerweile auch die Beseitigung des gesamten Machtapparats, manche Aktivisten sogar den Tod des Präsidenten. Assad und seine Generäle setzen in dieser Krise verstärkt auf eine militärische Option. Das harsche Vorgehen seiner Armee begründete der Präsident mit der „hohen Zahl getöteter Sicherheitskräfte“, die durch „terroristische Banden“ ums Leben gekommen seien; es gehe darum, eine „Verschwörung“ von Syrien abzuwenden.<sup>1</sup>

Assad kann sich nach wie vor auf die Loyalität seiner Armee verlassen – und auf seine Allianzpartner, vornehmlich den Iran. Die seit Jahren bestehende Achse Damaskus–Te-

<sup>1</sup> Rede Assads vor der Universität Damaskus am 21.6.2011, online: [www.sana.sy/eng/337/2011/06/21/pr-353686.htm](http://www.sana.sy/eng/337/2011/06/21/pr-353686.htm) (18.8.2011).

### Kinan Jaeger

Dr. phil., Dipl.-Geogr., geb. 1966; Lehrbeauftragter an der Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 27, 53113 Bonn.  
[kk.jaeger@web.de](mailto:kk.jaeger@web.de)

### Regina Jaeger

Dipl.-Ing. agr., geb. 1964; freie Journalistin und Autorin.  
[rjaeger@web.de](mailto:rjaeger@web.de)

heran scheint sich im Zeichen der Krise zu „bewähren“. Auch Moskau und Peking halten sich mit Kritik an Syrien bisher zurück. Beide Vetomächte haben vor dem Welt sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) eine stärkere Isolation Syriens verhindert. Selbst der Westen, einschließlich Israel, steht möglichen Veränderungen der Machtverhältnisse in Syrien eher verhalten gegenüber. Denn trotz aller Probleme verfolgt die Regierung Assads einen säkularen Weg und galt bislang als weitgehend berechenbar.

## Hintergründe der Protestbewegung

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs erlebten nur wenige Länder dermaßen viele Staatsstürche wie Syrien. Erst mit der Machtübernahme durch Hafez al Assad im Jahr 1970 kam das Land oberflächlich zur Ruhe – wenn auch zu einem hohen Preis. Seine Herrschaft war streng autoritär und wurde durch seinen Sohn Bashar in ähnlichem Stil fortgesetzt. Mit Blick auf die lang anhaltenden Bürgerkriege im Libanon und später im Irak erschien dies nicht wenigen als der einzig gangbare Weg, den sozialen Frieden im Land zu stabilisieren. Assads autoritärer Stil wurde daher oftmals schlicht hingenommen.

Mit der Machtübernahme von Bashar al Assad im Jahr 2000 setzte in Syrien eine wirtschaftliche Öffnung durch beginnende Teilprivatisierungen ein. Sie brachte, gerade für Bewohner städtischer Räume, eine Verbesserung des sozioökonomischen Status mit sich. Unterprivilegiert blieben hingegen Menschen des ländlichen Raumes, darunter viele Sunniten jüngerer Alters. Letztere scheinen bis heute kaum Zukunftsperspektiven für sich zu erkennen. Die aktuelle Protestbewegung dürfte sich, neben vermuteter kurdischer Beteiligung, im Wesentlichen aus ihnen zusammensetzen. Hinzu kommt der Einfluss von Oppositionellen, die sich bislang im Ausland aufhielten und deren Stärke schwer einzuschätzen ist. Infolge der erfolgreichen Erhebungen in Tunis und Kairo sehen diese Gruppen eine Chance, ihre Interessen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Hierbei fällt jedoch auf, dass das „Mobilisierungspotenzial“ für eine Revolution in Syrien deutlich geringer ist als in Ägypten. Kaum vertreten sind etwa religiöse Minori-

täten, die sich unter der Regierung Assads weitreichender Freiheiten erfreuten – sofern sie kein politisches Engagement zeigten. Auch die „Generation Facebook“ zieht es in Syrien nicht auf die Straße. Dem Regime kommt zugute, dass die untere Mittelschicht in Syrien breit aufgestellt ist und daher das Potenzial Protestwilliger überschaubar ist. Gruppierungen wie etwa Palästinenser, Armenier, irakische Flüchtlinge und auch Frauen gelten in Syrien als weniger sozial benachteiligt als in Nachbarländern. So kommt es, dass Wortführer und politische „Repräsentanten“ des Aufstandes bislang rar sind. Tatsächlich haben viele in Syrien Einiges zu verlieren: Besitz, Einfluss, Familie, vor allem aber die Sicherheit vertrauter Verhältnisse. Da die Protestler bisher auch keine attraktiven Alternativen anbieten konnten, wünschen sich zahlreiche Menschen, vor allem in den großstädtischen Zentren von Damaskus und Aleppo, Stabilität und ein rasches Abebben der Protestwelle.

Über Organisationsstrukturen und das operative Vorgehen der Opposition ist bislang wenig bekannt. Eine zentrale Führung oder eine Kooperation untereinander sind kaum auszumachen – sieht man von einigen Treffen der Exilopposition in der Türkei ab. Es handelt sich wohl eher um autonome lokale Gruppierungen, die unabhängig voneinander agieren und sich in Ideologie und Zielvorstellung unterscheiden. Ein erheblicher Teil dürfte sich zudem aus Anhängern der Muslimbrüder zusammensetzen. Deren geografische Hochburg Hama ist derzeit stark umkämpft. Bereits im Jahr 1982 ließ Hafez al Assad einen in Hama durch Muslimbrüder initiierten Aufruhr niederschlagen. Zwischen 10 000 und 30 000 Menschen sollen damals ums Leben gekommen sein. Zwar sind in der aktuellen Protestbewegung bisher nur wenige religiöse Parolen nach Außen gedrungen. Kritiker argwöhnen jedoch, dass eine machtvolle Unterwanderung durch gewaltbereite Islamisten stattgefunden haben könnte.<sup>12</sup>

So verschiedenartig die Gruppierungen also sind, gibt es gemeinsame Kernforderungen wie die Aufhebung des seit 1963 (seit der Machtübernahme der herrschenden Baath-Partei) andauernden Ausnahmezustands, die

<sup>12</sup> Vgl. Heiko Wimmen, Syrien, SWP-Aktuell, (2011) 35, S. 2.

Gründung von demokratischen Parteien, eine Reform der Verfassung, die eine maximal einmalige Wiederwahl des Präsidenten vorsieht, die Freilassung aller politischer Gefangener und die Bekämpfung der Vetternwirtschaft und Korruption. Assad reagierte bisher zögerlich auf diese Punkte, sowohl in der Sache als auch im Ablauf. Grund hierfür mag sein, dass ein zu schnelles Eingehen auf die Forderungen der Opposition als Zeichen präsidialer Schwäche ausgelegt werden könnte. Dies gilt wohl auch mit Blick auf die eigenen Reihen im Führungszirkel, wo die Machtposition des Präsidenten mittlerweile stark hinterfragt werden dürfte. Möglicherweise werden manche politischen Fäden längst an anderer Stelle gezogen.

Die bisher weitgehend unbewaffnete syrische Protestbewegung hat sich schwer erreichbare Ziele gesetzt. Denn die Herrschenden haben ihr System über vier Jahrzehnte gefestigt. Es stützt sich auf die Person des Präsidenten, eine herrschende Partei mit breitem Unterbau, ein loyales Militär und starke Geheimdienste. In den meisten Machtpositionen wurden Personen installiert, die entweder religiöse, familiäre oder heimatbezogene gemeinsame Bande mit dem Präsidenten aufweisen – vorwiegend Alawiten aus der Gegend um Qardaha, dem Heimatort der Assads. Eine Schlüsselrolle in der Auseinandersetzung nimmt die Armee ein. Anders als in Ägypten sind die Streitkräfte in Syrien nicht auf den Staat, sondern auf das Regime eingeschworen und stehen bisher fest hinter Assad, der ihr Oberbefehlshaber ist. Die Vernetzung der Alawiten innerhalb der Generalität gilt als intensiv. Unter den 200 000 Mann in den Eliteeinheiten der Armee befinden sich etwa 140 000 Personen mit alawitischer Abstammung. Auch die Eliteeinheit der „Republikanischen Garde“, die von Assads Bruder Maher geführt wird, ist alawitisch dominiert. Gerade sie wird von der Opposition für viele Übergriffe mit hohen Opferzahlen verantwortlich gemacht.

## Internationale Verknüpfungen

Die Krise um Syrien hat die internationale Gemeinschaft weit mehr gespalten als der Fall Libyens. Es sind vornehmlich Syriens geostrategische Lage und seine komplexen Allianzen, die dazu führten, dass die inter-

ationale Gemeinschaft bisher in ihrem Handeln keine klare Linie erkennen lässt.

**Achse Damaskus-Teheran-Hisbollah:** Die Verbindung zum Iran und zur „Partei Gottes“ im Libanon gilt als wichtige strategische Stütze für Assads Regime. Sie garantiert Syrien, seinen Machtanspruch im Libanon umzusetzen sowie auf Israel indirekt Einfluss auszuüben. Die enge Bindung zum Iran verhindert gleichzeitig eine umfassende außenpolitische Isolation des Landes. Während viele einstige Partner Syriens mittlerweile auf Distanz zu seiner Politik gegangen sind, scheint sich Teheran weiterhin mit Damaskus zu solidarisieren. Neue Machtverhältnisse in Syrien würden für die iranischen Mullahs gravierende Einbußen ihres Einflusses, insbesondere im Nahost-Konflikt, nach sich ziehen. Zur Stützung Assads stellte Teheran jüngst 1,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung und könnte auch mit Energielieferungen zur Seite stehen.

**Türkei:** Ankara sieht sich in einer schwierigen Lage. Erst vor wenigen Jahren kam es zur politischen Annäherung an Syrien. Die wirtschaftliche Kooperation wurde verstärkt und die Visumpflicht abgeschafft. Regierungschef Erdoğan will Stabilität und Sicherheit an seinen Grenzen. Dies gilt insbesondere in der Kurden-Frage, in der sich Syrien noch bis 1998 gegen die Türkei positioniert hatte. Aktuell sieht sich die Türkei einem starken Zustrom syrischer Flüchtlinge gegenüber. Klare Konzepte, die Krise anzugehen, waren bisher in der Türkei nicht erkennbar. Ankara wird aufpassen müssen, dass der Funke der Revolution nicht auch auf türkisches Territorium überspringt, werden doch manche von den syrischen Protestlern thematisierten sozioökonomische Missstände auch in Südostanatolien empfunden.

**Russland, China:** Ein Trumpf der syrischen Regierung ist die Partnerschaft mit Russland. Vom Westen befürwortete Sanktionen der VN wurden von Moskau im Zusammenspiel mit Peking verhindert. Assad profitiert davon, dass sich Russland und China in der Libyen-Frage vom Westen ins Abseits gedrängt fühlten. In Syrien steht für Moskau Erhebliches auf dem Spiel: Zwar sind die Erdölvorkommen des Landes bescheiden, der Kreml schätzt aber den geostrategischen Wert Syriens. So wird derzeit etwa der syrische Hafen

Tartous für die russische Mittelmeerflotte ausgebaut.<sup>13</sup> Ein möglicher NATO-Einsatz gilt daher als bedenklich. Russland ist bis heute – neben China – wichtigster Waffenlieferant Syriens. Auch soll Peking des Öfteren als Vermittler von Waffengeschäften zwischen Damaskus und Pjöngjang auftreten und plädiert grundsätzlich für eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Chinas Engagement für Syrien gilt als Baustein einer Strategie: Peking versucht im Nahen Osten mehr Präsenz zu zeigen, um sich energiegelogistisch abzusichern.

**USA und die EU:** Nach anfänglicher Unschlüssigkeit fordern heute die USA und die EU offiziell den Rücktritt Assads. Die bisherigen Sanktionen gegen Syrien – eingeschlossen die langjährige Unterstützung der Auslandsopposition durch die USA – haben nicht zum gewünschten Effekt geführt, den Machtapparat zu destabilisieren. Assad hatte sich aufgrund des Drucks aus Washington in den vergangenen Jahren zunehmend politisch der EU angenähert. In Brüssel galt der syrische Präsident lange als schwieriger, aber berechenbarer Staatschef. Inzwischen folgten den Forderungen konkrete Maßnahmen.<sup>14</sup> Gründe hierfür mögen die verschärfte Lage in Syrien, die militärischen „Erfolge“ in Libyen und nicht zuletzt Druck aus Washington gewesen sein. Doch gilt eine militärische Intervention derzeit als ausgeschlossen. Denn eine Destabilisierung Syriens könnte die Sicherheit der gesamten südöstlichen EU-Mittelmeerflanke beeinträchtigen.

**Israel:** Jerusalem beobachtet die Lage mit erheblichem Unbehagen. War die Lage an den Grenzen Israels zu Ägypten und Syrien bisher relativ stabil, so könnte sich dies nun ändern. Lange galt das Regime Assads in Jerusalem als Garant für eine gewisse Ruhe am Golan, wo seit 1973 kein Schuss mehr gefallen war. In Israel wird man sich in Zukunft mit

der Frage befassen müssen, in welche Hände das syrische Waffenarsenal mit seinen Scud-Raketen und eventuellen Chemiewaffen im Falle eines Machtwechsels fallen könnte. Wäre dann in Syrien mit einem Erstarren der Muslimbrüder, der Gründung eines weiteren Gottesstaates oder mit zunehmendem Einfluss des Iran zu rechnen?

## Perspektiven

Syriens Weg in eine Zivilgesellschaft ist steinig, aber gangbar. Das Justizsystem, die Polizei, die Sicherheitskräfte und die Armee müssten von Grund auf reformiert, Schaltstellen neu besetzt und in ihrem politischen Agieren transparenter werden. Die politische Machtverteilung in Syrien bedarf einer kompletten Neustrukturierung. Ein Proporzsystem, in dem die Macht im Staat entsprechend der Stärke der ethnischen und religiösen Gruppierungen verteilt würde, müsste wohl ausbalanciert sein. Ansonsten drohen bürgerkriegsähnliche Verhältnisse wie einst im Libanon oder im Irak. Der Schutz von Minderheiten wäre daher in einer neuen Verfassung besonders zu berücksichtigen. Wer derzeit als Vermittler zwischen den verfeindeten Seiten innerhalb Syriens zur Verfügung stehen könnte, ist offen. Die autoritär regierten Staaten der Arabischen Liga haben nur wenig Interesse an einer demokratischen Transformation des Landes. Auch Finanzmittel aus den reichen, wenig demokratischen Ölstaaten sind kaum zu erwarten. Der Westen wiederum wird sich, auch wegen der gemischten Erfolge mit militärischen Einsätzen in Libyen und im Irak, mit größerem Engagement in Syrien zurückhalten, zumal das Land über wenig Öl verfügt. Dennoch: Die Bereitschaft in Syrien, demokratische Verhältnisse zu testen, dürfte weit höher liegen als in anderen nahöstlichen Staaten. Denn ein Großteil der syrischen Bevölkerung, gerade in den Städten und Küstenbereichen, gilt als sehr aufgeschlossen gegenüber demokratischen Werten. Viele wünschen sich engere Kontakte zu Europa und eine Angleichung an westliche Lebensstandards, wobei der Libanon oft als Vorbild betrachtet wird. Es bleibt zu hoffen, dass Syrien und seine Menschen recht bald einen Weg des Miteinanders finden, um nicht Teil eines großen Flächenbrandes in Nahost zu werden.

<sup>13</sup> Tartous besitzt erhebliche strategische Bedeutung, da vom nordwestlich gelegenen türkischen Ceyhan (Endpunkt der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline) kaspisches Erdöl für Westeuropa verschifft wird.

<sup>14</sup> Brüssel beschloss, Hilfgelder im Wert von 130 Millionen Euro und Investitionen im Wert von 1,3 Milliarden Euro einzufrieren. Die politische Kooperation mit Damaskus soll reduziert und Erdölimporte sanktioniert werden. Höhere Regierungsangehörige erhalten bis auf Weiteres keine Visa mehr.

## Jordanien: Reform statt Revolution

In einer von Konflikten zerrütteten Region galt das Haschemitische Königreich Jordanien vor dem Aufkommen des „Arabischen Frühlings“ als überaus stabil. Es teilt seine Grenzen mit Israel, dem Westjordanland, Ägypten, Irak sowie Saudi-Arabien und schien bislang eine gewisse Immunität gegen die Umbrüche in

**Karima El Ouazghari**

Geb. 1983; Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Baselerstraße 27–31, 60329 Frankfurt/M. [elouazghari@hsfk.de](mailto:elouazghari@hsfk.de)

der Nachbarschaft aufzuweisen. Stellen die Proteste in Ländern wie Ägypten, Tunesien oder Syrien den Vergleichspunkt dar, wirken die politischen Verhältnisse in Jordanien in der Tat nach wie vor sehr beständig. Diese Einschätzung muss relativiert werden, wenn die jordanische Geschichte als Bezugspunkt herangezogen wird. Für jordanische Verhältnisse sind die anhaltenden Proteste und Forderungen der Opposition bemerkenswert und zeichnen ein differenziertes Bild, welches die Vorstellung eines bedingungslos stabilen Jordaniens bröckeln lässt.

Jordanien verfügt kaum über natürliche Ressourcen. Entsprechend hoch ist die externe Abhängigkeit der jordanischen Wirtschaft. Zahlreiche Reformen und Fördermaßnahmen haben in den vergangenen Jahren das Investitionsklima verbessert und ausländische Direktinvestitionen gesteigert.<sup>1</sup> Das jordanische Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2010 trotz der globalen Finanzkrise bei 3,1 Prozent. Besonders wichtig für die jordanische Wirtschaft ist der Tourismussektor, welcher der zweitgrößte Arbeitgeber im Privatsektor ist und rund 20 Prozent des jordanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht. Es ist vor allem die hohe Arbeitslosigkeit, in welcher die wirtschaftliche Unzufriedenheit vieler Jordanier begründet ist. Derzeit liegt die Arbeitslosenquote bei 13 Prozent, die Hälfte der arbeitslosen Bevölkerung kann einen höheren Schulabschluss vorweisen.<sup>2</sup> Besonders problematisch ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit: Über 30 Prozent der Arbeitslosen

sind jünger als 24 Jahre. Nichtsdestotrotz schneidet Jordanien beim Wohlstandsindex der Vereinten Nationen im regionalen Vergleich verhältnismäßig gut ab: Der „Human Development Index“ erfasst dabei nicht nur das Pro-Kopf-Einkommen, sondern auch die Lebenserwartung und den Bildungsgrad der Bürgerinnen und Bürger eines Landes.<sup>3</sup>

Das Haschemitische Königreich Jordanien ist seiner Verfassung von 1952 zufolge eine konstitutionelle Monarchie. Das jordanische Königshaus beruft sich auf seine Abstammung vom Stamm der Banu Hashim und damit auf die Familie des Propheten Muhammads, um seine Herrschaft zu legitimieren: „The King is the Head of State and is immune from any liability and responsibility.“<sup>4</sup> Er ist nicht nur offizielles Staatsoberhaupt, sondern auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte und ernennt den Ministerpräsidenten und den Ministerrat. Der König ernennt auch die 40 Mitglieder des Senats (Oberhaus). Die 120 Mitglieder des Abgeordnetenhauses (Unterhaus) werden in Parlamentswahlen zwar direkt vom Volk gewählt, der König kann das Parlament jedoch jederzeit auflösen und per königlichem Dekret regieren. Von dieser Möglichkeit machte er bereits vermehrt Gebrauch; zuletzt im November 2009, als er das Parlament auflösen ließ und bis zu den Parlamentswahlen im Herbst 2010 per Dekret regierte. Er begründete diese Maßnahme mit der Unfähigkeit des Parlaments, die ökonomische Liberalisierung voranzutreiben, und kritisierte gleichzeitig die zähen Entscheidungsfindungsprozesse. Die Auflösung des Parlaments wurde von vielen Beobachtern als Reaktion auf die angespannte Wirtschaftslage und die zunehmende Unzufriedenheit zahlreicher Jordanier gedeutet. Renommierten Demokratieindizes zufolge ist das po-

<sup>1</sup> Vgl. Arabisch-Deutsche Industriekammer, Länderprofil Jordanien, Dezember 2010, online: [www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/ueberblick\\_Jordanien.pdf](http://www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/ueberblick_Jordanien.pdf) (3.8.2011).

<sup>2</sup> Vgl. Department of Statistics, The Hashemite Kingdom of Jordan, online: [www.dos.gov.jo/dos\\_home\\_e/archive/Unemp/unempQ1\\_2010.pdf](http://www.dos.gov.jo/dos_home_e/archive/Unemp/unempQ1_2010.pdf) (3.8.2011).

<sup>3</sup> Vgl. International Human Development Indicators UNDP, Jordan Country Profile, online: <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/JOR.html> (3.8.2011).

<sup>4</sup> Artikel 30 der Verfassung, online: [www.kinghussein.gov.jo/constitution\\_jo.html](http://www.kinghussein.gov.jo/constitution_jo.html) (3.8.2011).



litische System Jordaniens (im regionalen Vergleich) nicht sehr repressiv, insbesondere dann nicht, wenn man es mit den Regierungen des ehemaligen ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak oder des ehemaligen tunesischen Präsidenten Ben Ali vergleicht.<sup>5</sup> Der Grad politischer Freiheiten hat sich jedoch in den vergangenen Jahren verschlechtert, was insbesondere mit der königlich beschlossenen Parlamentsauflösung 2009 und der zunehmend eingeschränkten Meinungsfreiheit zusammenhängt.<sup>6</sup>

Der Liberalisierungsprozess begann in Jordanien nicht erst in den vergangenen Monaten, sondern bereits 1989. Der damalige König Hussein bin Talal antwortete auf anhaltende Unruhen mit einem umfassenden Liberalisierungsprogramm, das Parlamentswahlen vorsah. Dieses fand jedoch 1993 ein jähes Ende: In den Monaten vor den Parlamentswahlen versuchte die Regierung verstärkt, den Einfluss oppositioneller Bewegungen einzuschränken. Insbesondere ein neues Wahlgesetz verfolgte das offensichtliche Ziel, vor allem den Einfluss der Muslimbrüder zu vermindern und gleichzeitig die transjordanischen<sup>7</sup> und traditionell königstreuen Stämme zu stärken. Das „one man, one vote“-Gesetz zwang die Jordanier dazu, sich zwischen ihren traditionellen Stammesidentitäten auf der einen Seite und ihren ideologischen Überzeugungen auf der anderen Seite zu entscheiden. Wie abzusehen war, profitierten die königstreuen „Eastbanker“ bei den Parlamentswahlen von diesem neuen Wahlgesetz, während die islamistische Präsenz im Parlament erheblich sank. Seitdem wurde die jordanische Bevölkerung immer wieder Zeuge verschiedener Reformversprechen und Reformmaßnahmen, die allerdings nicht den Kern des autokratischen Regimes berührten oder gar die Macht des

<sup>5</sup> Vgl. Polity IV Country Report 2008, Jordan, online: [www.systemicpeace.org/polity/Jordan2008.pdf](http://www.systemicpeace.org/polity/Jordan2008.pdf) (3.8.2011).

<sup>6</sup> Vgl. Freedom House, Freedom in the World, Jordan, online: [www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8064](http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2011&country=8064) (3.8.2011).

<sup>7</sup> In Jordanien leben sowohl Jordanier „transjordanischer“ Abstammung (auch „Eastbanker“ genannt) als auch Jordanier palästinensischer Abstammung (auch „Westbanker“ genannt). Genaue Zahlen über Jordanier palästinensischer Abstammung existieren nicht, da dies davon abhängt, wie „palästinensischstämmig“ definiert wird.

Königs einzuschränken versuchten. Einige Beobachter weisen zu Recht darauf hin, dass der scheinbare Reformstillstand Jordaniens nicht ausschließlich auf Machtinteressen des Königs beruht, sondern auch die politischen Eliten des Landes eine große Rolle spielen. Es handelt sich dabei um einzelne Mitglieder der traditionell königsloyalen und einflussreichen Familien Jordaniens. Sie besetzen meist ranghohe Positionen in der Regierung und im jordanischen Geheimdienst. Der ehemalige Außenminister Marwan Muasher zeigt in einer kürzlich erschienen Studie, wie in der Vergangenheit einige Reforminitiativen des Königshauses von diesen politischen Eliten blockiert wurden.<sup>8</sup> Sie haben sicherlich Einfluss auf den jordanischen Reformprozess, allerdings können auch sie sich nicht über königliche Direktive hinwegsetzen.

## Jordanischer Frühling?

Seit Januar 2011 bringen regelmäßig zahlreiche Demonstranten, vor allem in der Hauptstadt Amman, friedlich ihren Unmut über die ökonomische und politische Situation zum Ausdruck. In den Klagen über wirtschaftliche Missstände wird deutlich, dass in der Wahrnehmung zahlreicher Jordanier der Staat primär die wirtschaftlichen Interessen einzelner Individuen verfolgt, statt im Sinne des Allgemeinwohls zu handeln. Die wirtschaftlichen Forderungen der Protestierenden sind daher kaum von politischen Forderungen nach glaubwürdigen Volksvertretern und Mitspracherechten zu trennen. Dabei weisen die Demonstranten eine erstaunliche Heterogenität auf: Jordanier palästinensischer Herkunft ebenso wie Transjordanier, Muslimbrüder ebenso wie linke Aktivisten, Studierende sowie konservative Gruppen, die dem Königshaus gegenüber traditionell sehr loyal waren. Die Islamic Action Front (IAF) führte zahlreiche friedliche Demonstrationen an, wobei ihr zugute kam, dass sie nach wie vor die am besten organisierte Oppositionspartei ist und einen relativ hohen gesellschaftlichen Rückhalt genießt. Sie ist 1992 aus der jordanischen Muslimbruderschaft hervorgegangen und pflegte in der Vergangenheit ein eher symbi-

<sup>8</sup> Vgl. Marwan Muasher, A Decade of Struggling Reform Efforts in Jordan, The Carnegie Papers, Mai 2011.

otisches Verhältnis zum Königshaus.<sup>9</sup> Trotz einiger konfliktreicher Phasen, stellte sie die Legitimität des Monarchen zu keinem Zeitpunkt infrage und strebte einen eher graduellen Wandel an, während sie immer wieder ihr Bekenntnis zu pluralistischen Werten unterstrich: „We want to reform. We don't want to control everything.“<sup>10</sup>

Ein genauer Blick in die jüngsten oppositionellen Forderungen offenbart eine bemerkenswerte Entwicklung: Nicht nur ranghohe Vertreter der IAF fordern erstmals offen, dass der Ministerpräsident von einem gewählten Parlament bestimmt werden sollte, sondern auch säkulare Aktivisten diskutieren die Möglichkeit, die Ernennung des Ministerpräsidenten der königlichen Macht zu entziehen.<sup>11</sup> Es handelt sich ohne Zweifel um eine radikale Forderung, die noch vor kurzem undenkbar gewesen wäre. Noch im Februar 2011 ersetzte König Abdullah Ministerpräsident Samir Rifai durch den ehemaligen General Marouf al Bakhit, was von vielen Oppositionellen nahezu als Beleidigung empfunden wurde. Der konservative al Bakhit verfolgte bereits als Ministerpräsident zwischen 2005 und 2007 eine restriktive Politik und gilt vielen nicht als Reformierender. Nachdem die Proteste in Jordanien bereits sechs Monate andauerten und den Monarchen in ernsthafte Bedrängnis brachten, kündigte König Abdullah in einer Fernsehansprache am 12. Juni 2011 politische Zugeständnisse an, die in ihrer Reichweite historische Züge annehmen können. Zentral ist die Ankündigung des Königs, zukünftig auf sein Recht zu verzichten, den Premierminister und die Kabinettsmitglieder zu ernennen.<sup>12</sup> Falls am Ende des angekündigten Reformprozesses die Regierung tatsächlich von einem gewählten Parlament bestimmt werden sollte, wäre eine zentrale Forderung der Oppositionsbewegung erfüllt. Doch diese begegnen den

Ankündigungen derzeit eher mit Skepsis. Da König Abdullah keinen verbindlichen Zeitplan vorlegte, zweifeln sie daran, dass die angekündigten Reformmaßnahmen implementiert werden.

Derweil erreichten die Demonstrationen im Frühjahr ein neues Gewaltniveau, als bei den Ausschreitungen am 25. März 2011 erstmals ein Mensch ums Leben kam. Zuletzt kam es am 15. Juli bei Protesten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierungsgegnern und Regimeunterstützern, wobei 16 Menschen verletzt wurden.<sup>13</sup> Laut Augenzeugenberichten kam es zu Angriffen von Polizei- und Sicherheitsbeamten auf Demonstranten. Da ein Reporter der „New York Times“ von Polizisten schwer verletzt wurde, erhielt dieser Vorfall besonders hohe internationale Aufmerksamkeit.

## Reform statt Revolution?

Die auch in Jordanien anhaltenden Proteste richten ihren Zorn primär gegen die Regierung und kaum direkt gegen das Königshaus, sodass zum heutigen Zeitpunkt ein Umschlagen der Proteste in revolutionäre Bewegungen unwahrscheinlich erscheint. Auch wenn sich die jordanische Monarchie als äußerst langlebig erwiesen hat, zeigten die vergangenen Monate deutlich, dass dies nicht zwangsläufig mit innenpolitischer Stabilität einhergehen muss. Die anhaltenden Proteste und Demonstrationen in den Städten Jordaniens sowie die weitreichenden Forderungen der Opposition stellen die lange vorherrschende Ansicht infrage, dass Jordanien im Gegensatz zu anderen arabischen Ländern immun gegen Aufstände und bedingungslos stabil sei. Die politische Krise Jordaniens wird nicht enden, wenn sich König Abdullah nicht *glaubwürdig* zu demokratischen Reformen verpflichtet, über die bisherigen unverbindlichen Ankündigungen hinausgeht und dabei einem festgelegten Zeitplan folgt. Eine langfristige Lösung kann nur darin bestehen, die Bürgerinnen und Bürger an relevanten politischen Entscheidungen zu beteiligen und Prozesse einzuleiten, die zu einer tatsächlichen politischen Liberalisierung führen.

<sup>9</sup> Vgl. Karima El Ouazghari, Zur Rolle islamistischer Oppositionsbewegungen in Jordanien, Ägypten und Tunesien, HSFK-Standpunkt, (2011) 3.

<sup>10</sup> So Hamza Mansour, Generalsekretär der IAF, im Interview mit der Autorin im Juli 2010 in Amman.

<sup>11</sup> Vgl. Al Arabiya News Channel vom 1.3.2011, online: [www.alarabiya.net/articles/2011/03/01/139752.html](http://www.alarabiya.net/articles/2011/03/01/139752.html) (3.8.2011).

<sup>12</sup> Vgl. Rede des Königs Abdullah in Amman am 12.6.2011, online: [www.kingabdullah.jo/index.php/en\\_US/speeches/view/id/478/videoDisplay/0.html](http://www.kingabdullah.jo/index.php/en_US/speeches/view/id/478/videoDisplay/0.html) (3.8.2011)

<sup>13</sup> Vgl. Al-Jazeera vom 15.7.2011, online: <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/07/2011715131426955192.html> (3.8.2011).

# Ägyptens Transformation

Als am 11. Februar 2011 Präsident Husni Mubarak vom Militär zum Abdanken gezwungen wurde, feierten die Revolutionäre auf dem Kai-

**Kristian Brakel**

M. A., geb. 1978; Senior Political Analyst für den Nahen Osten und Nordafrika, Crisis Action, Oranienstraße 177, 10999 Berlin. kristian.brakel@gmail.com

roer Tahrir-Platz dies als Sieg über das politische System, das sie endgültig abschaffen wollten. Ein halbes Jahr später ist ihr Slogan „Das Volk will

den Sturz des Regimes“ zwar noch nicht verklungen, doch ist unklar, ob sich das Land auf dem Weg zu einer wirklichen Demokratie befindet. Misstrauen und Unsicherheit prägen das neue Ägypten genauso wie das Gefühl der Erneuerung und des Aufbruchs. Deutlich wird das neue politische Selbstbewusstsein mit Blick auf die große Anzahl neuer politischer Gruppierungen: Zahlreiche Parteien haben sich seit Februar gegründet und wollen zu den Parlamentswahlen, die voraussichtlich im November 2011 stattfinden werden, antreten. In den improvisierten Hauptquartieren der Aktionsgruppen herrscht ein ständiges Kommen und Gehen: Demonstrationen werden vorbereitet, politische Diskussionen veranstaltet und Interessenten in Workshops geschult. Das Bewusstsein, politisch etwas erreichen zu können, ist groß, genauso das Misstrauen gegenüber dem Militärrat, der die Macht übernommen hat.

Auch wenn sich alle Aktivisten um Verständigung bemühen, so wächst die Kluft zwischen den politischen Gruppierungen: Bewegungen, die noch im Januar gemeinsam mit Islamisten den Tahrir-Platz besetzten, stehen sich mit diesen immer öfter unversöhnlich gegenüber. Während die Muslimbruderschaft – deren Führer immer wieder darauf verweisen, dass sie nicht die Errichtung einer Theokratie anstreben<sup>1</sup> – eine bekannte Konstante darstellt, geht die Sorge über die sogenannten Salafisten um. Ende Juli hatten islamistische Gruppierungen zu einer Massenkundgebung auf dem Tahrir-Platz aufgerufen: Neben dem Mobilisierungspotenzial der Muslimbruderschaft beeindruckte vor allem die straffe Organisation der „Jamah Islamiyyah“ und anderer salafitischer Gruppen.

Eines der wichtigsten Anliegen der islamistischen Gruppierungen, die in vielen Fragen gespalten sind, ist die Beibehaltung des Artikel 2 der ägyptischen Verfassung: Er erklärt die Scharia zur Hauptquelle der Gesetzgebung. Aktivisten<sup>2</sup> werben dafür, sich auf säkulare Grundprinzipien zu einigen, ohne diese bislang konkretisiert zu haben. Ihr übergeordnetes Ziel ist, eine mögliche Dominanz der Islamisten über das politische System zu verhindern. Für eine Abschaffung des Artikel 2 sprechen allerdings auch sie sich nicht aus. Sowohl Muslimbruderschaft als auch Salafisten fürchten, dass dadurch die Ergebnisse des Verfassungsreferendums vom März 2011 ausgehebelt werden könnten. Bei diesem erhielt der Vorschlag, den etwa die Jugendbewegung „Sechster April“ eingebracht hatte, eine komplett neue Verfassung zu entwerfen und daher die Parlamentswahlen zu verschieben, nur 22,8 Prozent der Stimmen. Hingegen erreichte der Vorschlag des Militärrats, der auch von der Muslimbruderschaft unterstützt wurde, 77,2 Prozent der Stimmen. Der Militärrat plädierte für eine nur minimale Verfassungsreform, die unter anderem die Beibehaltung des Artikel 2, eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf maximal acht Jahre und die Pflicht zur Berufung eines Vizepräsidenten vorsieht.

Noch bemerkenswerter ist, dass trotz der Aufbruchstimmung im Land nur 60 Prozent der Wahlberechtigten an dieser Abstimmung teilnahmen. Obwohl dies nahezu eine Verdoppelung der Wahlbeteiligung im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 2009 darstellt, treten hier die Probleme der Demokratiebewegungen zutage: Zwar war die ägyptische Revolution eine Massenbewegung; doch steckt die zivilgesellschaftliche Organisation außerhalb der Großstädte noch in ihren Kinderschuhen. Anders als die Isla-

<sup>1</sup> Laut einer Umfrage im Juni 2011 befürwortet die Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung (69 Prozent) lediglich eine beratende politische Funktion religiöser Gelehrter; nur 14 Prozent wollen sie in Regierungsämtern sehen, online: [www.abudhabigallupcenter.com/147896/Egypt-Tahrir-Transition.aspx?version=print](http://www.abudhabigallupcenter.com/147896/Egypt-Tahrir-Transition.aspx?version=print) (18. 8. 2011).

<sup>2</sup> Hierzu zählen die meisten Jugendbewegungen und das neu gegründete Bündnis aus 15 linken und liberalen Parteien des „ägyptischen Blocks“. Vgl. Daily News Egypt vom 15. 8. 2011, online: <http://thedailynewsegypt.com/egypt/liberals-leftists-form-new-coalition-to-contest-elections-under-a-unified-roster.html> (18. 8. 2011).

misten sind viele der säkularen Parteien und Jugendbewegungen nur ansatzweise in ländlichen Gebieten und urbanen Armutsvierteln verankert. Viele ihrer Aktivisten, die sich aus der städtischen Ober- und Mittelschicht rekrutieren, sind kaum mit der Lebensrealität der armen Bevölkerung vertraut. Gleichzeitig wird wohl keine der Parteien bei Wahlen eine absolute Mehrheit auf sich vereinen können.<sup>¶</sup> Daher zeichnet sich bereits jetzt ab, dass alle Parteien zur Bildung von Koalitionen gezwungen sein werden, um politisch mitzugestalten.

## Wirtschaftslage

Grundsätzlich ist die wirtschaftliche Lage im postrevolutionären Ägypten besser als viele Beobachter erwartet haben: Weder ist das ägyptische Pfund stark gefallen, noch ist die Börse bei ihrer Wiedereröffnung eingebrochen – ein Umstand, der angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, weitverbreiteten Armut (20 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze) gerade unter der politisierten Jugend positiv zur Stabilisierung der politischen Situation beiträgt. Denn laut United Nations Development Programme (UNDP) sind 90 Prozent der Arbeitslosen in Ägypten unter 29 Jahren;<sup>¶</sup> die Erwartungen und Hoffnungen für mehr Wohlstand sind bei weiten Teilen der Bevölkerung besonders groß. Laut einer Umfrage erwarten immerhin 80 Prozent der Befragten, dass sich ihre ökonomische Situation im nächsten Jahr verbessern werde.<sup>¶</sup>

In den vergangenen Jahren ist die ägyptische Privatwirtschaft in Fahrt gekommen – im Jahr 2010 verzeichnete das Bruttosozialprodukt einen Zuwachs von 5,3 Prozent.

<sup>¶</sup> Laut einer Umfrage erhält keine der Parteien mehr als 6 Prozent Zustimmung. Auch wenn diese Umfrage nicht das zu erwartende Ergebnis der nächsten Parlamentswahlen abbildet, so zeigt sie doch die aktuell herrschende Unübersichtlichkeit der Parteienlandschaft auf. Vgl. International Republican Institute (IRI), Egyptian Public Opinion Survey, April 2011, online: [www.iri.org/sites/default/files/2011%20June%205%20Survey%20of%20Egyptian%20Public%20Opinion,%20April%2014-27,%202011\\_0.pdf](http://www.iri.org/sites/default/files/2011%20June%205%20Survey%20of%20Egyptian%20Public%20Opinion,%20April%2014-27,%202011_0.pdf) (18. 8. 2011).

<sup>¶</sup> Vgl. UNDP/Institute of National Planning (eds.), Egypt Human Development Report 2010, Kairo 2010.

<sup>¶</sup> Vgl. IRI (Anm. 3).

Doch stiegen die Einkommen nicht im selben Maße wie die Lebenshaltungskosten und Nahrungsmittelpreise. Problematisch bleiben auch die hohen Staatsausgaben. Konzeptionell nicht ausgereifte staatliche Maßnahmen wie eine Jobgarantie für Universitätsabsolventen im öffentlichen Sektor (die bis 1995 Anwendung fand) haben zu einem aufgeblähten und ineffektiven Bürokratieapparat geführt, der die öffentlichen Kassen belastet. Aufgrund knapper Arbeitsmarktressourcen grassiert ein seit Jahrzehnten gewachsenes Geflecht von Korruption und Nepotismus, das nicht in wenigen Monaten reformiert werden kann. Während manche Fachleute zur Konsolidierung des Staatshaushalts durch Einsparungen im Staatshaushalt raten,<sup>¶</sup> fordern – durch die Abnahme staatlicher Repression ermutigt – immer mehr Ägypterinnen und Ägypter von ihrer Staatsführung mehr soziale Sicherheit und Arbeitsplätze. Vor diesem Hintergrund sind Massentlassungen im öffentlichen Sektor nicht durchsetzbar. Im Gegenteil: Die Übergangsregierung hat 450 000 temporäre Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen und einen Mindestlohn von 700 Pfund (etwa 100 Euro) eingeführt. Damit bleibt sie allerdings hinter den Forderungen der Revolutionäre, einen Mindestlohn von 1200 Pfund einzuführen, zurück. Laut Schätzungen werden die Staatsausgaben im sozialen Sektor im nächsten Jahr um 20 Prozent steigen, ein großer Teil dessen als Subventionen für Lebensmittel und Treibstoff.<sup>¶</sup>

Die Diskussionen über die Privatisierung von staatseigenen Betrieben im Rahmen einer Liberalisierung der ägyptischen Wirtschaft werden überlagert von den Erfahrungen im Rahmen der Privatisierungen in den vergangenen Jahrzehnten. Nur wenige elitäre Kreise im Umfeld von Gamal Mubarak, Sohn des ehemaligen Präsidenten, und Parteigrößen der ehemaligen Staatspartei NDP wie Ahmed Ezz und Zakaria Azmi profitierten von Privatisierungen, insbesondere in der Baubranche, im Immobilienhandel und im Telekommunikationssektor. Unantastbar sind zurzeit auch die Wirtschaftsunternehmen des ägyptischen Militärs, die je nach Sektor 10 bis 30 Prozent der Wirtschaftsaktivitäten bestimmen.

<sup>¶</sup> Vgl. Legatum Institute et al. (eds.), Egypt's Democratic Transition, London 2011.

<sup>¶</sup> Vgl. ebd.

## Rolle des Militärs

Große Aufmerksamkeit galt dem Prozessauftakt gegen den ehemaligen Präsidenten und seine Söhne am 3. August 2011: Das Bild des ehemaligen Diktators hinter Gittern war für viele das Symbol eines Neubeginns. Beobachter aus den Reihen der liberalen Bewegungen wie etwa der Blogger Mahmud Salam warnten hingegen, dass das Militär den Prozess als Ablenkungsmanöver vom eigenen Reformunwillen instrumentalisieren könnte. Denn weiterhin beklagen Menschenrechtsorganisationen die Intransparenz des Militärrats im Hinblick auf das Sicherheits- und Justizsystem. Es häufen sich die Fälle, in denen Protestierende vom Militär festgenommen und misshandelt werden: Laut ägyptischen Organisationen sind seit Februar 2011 bis zu 12 000 Personen vor Militärgerichten verurteilt worden.<sup>18</sup> Die meisten von ihnen sind Protestierende, die entgegen den Anordnungen des Militärrats an Streiks und Demonstrationen teilgenommen haben. Auch prominente Journalisten und Blogger wie Asmaa Mahfuz sind immer wieder von Anklagen betroffen, wenn sie sich in ihrer Berichterstattung negativ über das Militär äußern.

Die Strafverfolgung von Angehörigen der Polizei und der Geheimdienste für ihre Rolle während der Revolution geht hingegen schleppend und meist nur auf öffentlichen Druck hin voran. Auch der Prozess gegen die Mubarak-Familie war nur nach monatelangen Protesten von Angehörigen derjenigen, die während der Revolution getötet wurden, zustande gekommen. Das Misstrauen vieler Aktivisten gegenüber der Staatsführung wird nicht zuletzt durch die Propaganda verstärkt, derer sich auch die Militärführung bedient: Die lokalen Medienquellen über von Geschichten über vermeintlich ausländische Aufführer, die sich unter die Demonstrierenden mischten, um das Land zu destabilisieren. Diese Art der Propaganda soll die Demonstrationen diskreditieren.

Es bleibt unklar, ob es primär autoritäre Reflexe des Militärs sind aus Angst davor, dass die Situation im Land unkontrollier-

<sup>18</sup> Vgl. Jadaliyya vom 5.8.2011, online: [www.jadaliyya.com/pages/index/2325/tahrir-august-1st\\_masquerade-for-a-lost-legitimacy](http://www.jadaliyya.com/pages/index/2325/tahrir-august-1st_masquerade-for-a-lost-legitimacy) (19.8.2011).

bar wird, oder ob die Generalität ein Interesse daran hat, den Ausgang der politischen Transformation zu ihren Gunsten vorherzubestimmen. Gegenüber westlichen Diplomaten betonen die Militärs, das ihnen lediglich daran gelegen sei, einen stabilen und raschen Übergang zu ermöglichen. Dies hieße in ihren Augen, zwar die Revolution von der Straße in die Konferenzzimmer zu verlagern, aber möglichst wenige Reformen einzuleiten, da dies letzten Endes in der Verantwortung einer gewählten Regierung liege. Andererseits war die Generalität eine wichtige Stütze und Teil des Patronagesystems Mubaraks. Daher kann davon ausgegangen werden, dass auch sie Eigeninteressen an der Erhaltung desselben haben. So verwundert es nicht, dass Mubaraks Anwalt drohte, den Vorsitzenden des Militärats und ehemaligen Mubarak-Vertrauten Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi selbst in den Zeugenstand zu laden.

## Ausblick

Währenddessen entladen sich die in den vergangenen Jahren angeheizten konfessionellen Spannungen immer öfter in Gewalt. Noch ist unklar, in welche Richtung sich die ägyptische Revolution bewegen wird. Ein inklusiveres politisches System wird ohne Frage für mehr Pluralismus sorgen, weshalb auch von einer Beteiligung islamistischer Kräfte ausgegangen werden kann. Ob dies zu ihrer weiteren politischen Integration führen wird oder im Falle eines politischen Versagens zur Radikalisierung des Diskurses durch salafitische Gruppen, wird sich zeigen.

Die neue zivile Regierung wird vor der Herausforderung stehen, die hohen Erwartungen der Bevölkerung bezüglich einer „Revolutionsdividende“ zu erfüllen. Die Einsicht, dass ein demokratisches System nicht zwangsläufig und kurzfristig ökonomischen Wohlstand mit sich bringt, könnte gerade unter der ärmeren Bevölkerung zu Frustration führen. Das Militär wird mittelfristig kaum die Regierungsgewalt behalten wollen, gleichzeitig erscheint es unwahrscheinlich, dass sein Einfluss vollständig eingehegt werden kann. Das Ergebnis wäre ein teilliberalisiertes System unter ziviler und militärischer Kontrolle mit weitgehend bürgerlichen Freiheiten, aber immer noch großen ökonomischen Disparitäten.

## Bleibt der Libanon immun gegen Umbrüche?

Der Libanon galt bislang als Spiegelbild der arabischen und regionalen politischen Auseinandersetzungen. Alle Akteure,

**Abdel Mottaleb El Husseini**  
Dr. phil., geb. im Libanon; Politikwissenschaftler, freier Autor und Journalist für verschiedene deutsche Medien.  
abdel.husseini@gmx.de

seien sie arabische Nationalisten, sunnitische oder schiitische Islamisten, Israelis, Iraner oder auch andere, nutzten die libanesischen Bühne, um ihre Machtkämpfe mit „freiwilligen“ libanesischen Statisten zu führen; die Instrumentalisierung durch ausländische Kräfte beeinflusste, um nicht zu sagen beförderte, auch den innenpolitischen Machtkampf zwischen den vom Konfessionalismus geprägten Parteien. Dies war mitunter ein Grund für die chronische politische Instabilität und nationale „Zerrissenheit“ des Landes in den vergangenen Jahrzehnten – im Gegensatz zu den regionalen arabischen Monarchien und Republiken, die bis zum gegenwärtigen demokratischen Umbruch fest im Sattel saßen und sogar an der Vererbung der Macht an ihre Söhne hinarbeiteten.

Von Außen betrachtet erweckt das politische Leben im Libanon ironischerweise den Anschein, dass die aktive Beteiligung der libanesischen Gesellschaft an den Machtspielen ihrer konfessionellen Führer Indiz für eine „wahre Demokratie“ sei. Entgegen anfänglicher Hoffnung führte die sogenannte Zedernrevolution, die infolge der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Al Hariri im Frühjahr 2005 ausbrach und welche die Kontrolle Syriens über das Land beendete, nicht zum Sturz der politischen Herrschaft traditioneller konfessioneller Eliten, sondern zu ihrer Festigung. Warum es dazu kam und ob die aktuellen Umbrüche in den arabischen Nachbarstaaten etwas an der Situation ändern werden, kann angesichts der Komplexität des politischen Lebens im Libanon nicht ohne Weiteres beantwortet werden. Doch angesichts der historischen Entwicklungen, den gesellschaftlichen Dynamiken und den Herrschaftsmechanismen im Land liegt die Vermutung nahe, dass der demokra-

tische Umbruch in der arabischen Welt den Libanon vor eine neue Zerreißprobe stellen wird und dass das Land über eine starke Immunität gegenüber dem revolutionären Virus verfügt.

### Politisierung der Konfessionen

Bis zum demokratischen Aufbruch, der Anfang des Jahres 2011 das Ende des finsternen Zeitalters der arabischen Tyrannen einleitete, brüsteten sich die libanesischen Eliten gegenüber der arabischen Welt mit ihrer über Jahrzehnte gewachsenen „Konsensdemokratie“. Der libanesischen Staat erblickte 1920 durch die ehemalige Mandatsmacht Frankreich die Welt als eine Republik, die 1926 eine Verfassung bekam, die sich stark an der französischen Verfassung der Zweiten Republik orientierte. Der Libanon wurde aber keine vollständige Demokratie, in welcher die Macht vom Volk ausgeht, sondern eine, in welcher die Macht von den Religionsgemeinschaften ausgeübt wurde: Zwar wurde das Parlament vom Volk gewählt und damit die Regierung bestimmt, jedoch nach einem Proporzsystem, welches garantierten sollte, dass alle Religionsgemeinschaften angemessen repräsentiert werden. Der Machtwechsel erfolgte mit Ausnahme der Bürgerkriegsphase zwischen 1975 und 1990 friedlich. Brutale und menschenverachtende militärische Diktaturen wie in den übrigen arabischen Ländern hatten im multikonfessionellen Libanon keine Chance. Zudem genoss die libanesischen Presse besondere Freiheiten, so dass die Hauptstadt Beirut bis Mitte der 1970er Jahre zum geistigen Mittelpunkt der arabischen Welt wurde.

Die Politisierung der konfessionellen Vielfalt war dennoch mehr Fluch als Segen: Der libanesischen Staat war nie im Stande, seine Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt zu behandeln und sie als solche zu integrieren. Er litt seit seiner Geburtsstunde an struktureller Schwäche. Außerdem ist sich die libanesischen Gesellschaft hinsichtlich ihrer nationalen Zugehörigkeit nicht einig: Die christlichen Eliten, vor allem die Maroniten, waren zu Beginn des vorigen Jahrhunderts Träger eines unabhängigen libanesischen Staates mit westlicher Orientierung, während die Mehrheit der muslimischen Gemeinschaften für die Einheit mit Syrien stand.

Die libanesischen Apologeten, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs für die Entstehung des von Syrien unabhängigen libanesischen Staates auftraten und zum größten Teil christliche Gemeinschaften vertraten, machten die konfessionelle Zugehörigkeit zum bestimmenden Wesenszug des politischen Systems im Libanon. Die Besonderheit des Libanon in der arabischen Welt und seine Verbindung zu Frankreich wurden hervorgehoben. Der libanesischer Denker Michel Chiha, dessen Schrift die libanesischer Verfassung trug, schrieb: „Verschieden von allen Ländern des Nahen Ostens, des Mittelmeers und des westlichen Asiens, lebt der Libanon von einem politischen und sozialen Gleichgewicht der Konfessionen und Zivilisationen.“<sup>1</sup> Die Besonderheit des Libanon erbege sich aus seiner religiösen und konfessionellen Vielfalt. Aus der Retrospektive betrachtet, sollte diese nach Innen jede Reformierung des politischen Systems unmöglich machen und nach Außen das Land politisch und kulturell von seiner arabischen Umgebung trennen.

Der nationale Pakt von 1943 basierte auf der Verteilung der Staatsmacht zwischen den 18 Religionsgemeinschaften unter der Hegemonie der maronitischen Religionsgemeinschaft. Er beinhaltete einen Kompromiss hinsichtlich der nationalen Identität des Libanon, das zum Land mit „arabischem Gesicht“ erklärt wurde. Das politische System war jedoch unfähig den sozialen Frieden und den nationalen Zusammenhalt zu garantieren: Die jeweiligen Religionsgemeinschaften wurden zu Einflussphären der regionalen Mächte. Jeder politische Umbruch in der arabischen Welt spaltete die libanesischer Gesellschaft. Der Aufstieg des arabischen Nationalismus nach der ägyptischen Revolution 1952 brachte den Libanon wenige Jahre später (1958) an den Rand eines Bürgerkriegs. Die arabische Niederlage im Sechstagekrieg 1967 trug dazu bei, den Libanon zum Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen Israel und der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu machen – was zum Entflammen des Bürgerkriegs zwischen 1975 und 2000 führte. Der Libanonkrieg von 1982, infolgedessen die PLO aus dem Libanon vertrieben und der Südlibanon von Israel besetzt wurde, dynamisierte die Entstehung der schi-

<sup>1</sup> Michel Chiha, *Politique interieur*, Beirut 1964, S. 243.

itischen Hisbollah, welche im Jahr 2000 mit iranischer und syrischer Unterstützung den israelischen Abzug aus dem besetzten Südlibanon erzwang und zur politischen und militärischen Hauptkraft im Libanon wurde.

Bis zum zweiten Irak-Krieg im Jahr 2003 blieb der Libanon unter syrischem Einfluss, was von den USA und dem politischen Westen insgesamt toleriert wurde. Die Christen und vor allem die Maroniten, die 1989 aufgrund des Abkommens von Attaif ihre Vormachtstellung im libanesischen Staat verloren hatten, wurden marginalisiert. Dieser Zustand endete mit der neuen politischen Lage nach dem Sturz der irakischen Diktatur und der Besetzung des Zweistromlandes durch die USA: Auch diese neue Konstellation beeinflusste den Libanon. Die Region erlebte eine geopolitische Polarisierung zwischen dem sogenannten gemäßigten prowestlichen Lager unter der Führung Ägyptens und Saudi-Arabiens und der Achse Damaskus-Teheran-Hisbollah-Hamas. Die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Al Hariri im Jahr 2005 und der darauffolgende Abzug syrischer Truppen aus dem Libanon trugen dazu bei, die Karten im Libanon neu zu mischen. Maßgeblich waren der Bruch des Bündnisses der vom Al Hariri-Lager geführten Sunniten und den Drusen mit Syrien auf der einen Seite und die Verstärkung der Allianz zwischen der Hisbollah und dem syrischen Regime auf der anderen Seite.

Der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah im Juli 2006 vertiefte den Gegensatz zwischen den Sunniten und Schiiten. Zwei Aspekte spielten dabei eine besondere Rolle: das Festhalten der Hisbollah an ihren Waffen und der Verdacht des Internationalen Gerichtshofs gegen Hisbollah-Mitglieder, sich an der Ermordung Al Hariris beteiligt zu haben. Die Unfähigkeit beider Lager, ihre Differenzen zu überbrücken, und die Änderung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse zugunsten der syrisch-iranischen Achse versetzte der Regierung unter dem ehemaligen Premierminister Saad Al Hariri (Sohn des ermordeten Rafik Al Hariri) im Juni 2011 endgültig den Todesstoß. Die Hisbollah führte inzwischen aufgrund des Wechsels des Drusen-Chefs Walid Jumblatt von der alten Mehrheit zur Opposition eine neue Mehrheit, die hinter der jetzigen Regierung des Premiers Nagib Mikati steht.

Erstaunlich ist, wie schnell sich regionale Veränderungen auf die politische Lage im Libanon auswirkten, solange sie von den Machthabern in der Region ausgingen. Der gegenwärtige demokratische Umbruch, der die Diktaturen in Tunesien und Ägypten stürzte und eine beispiellose Mobilisierung der arabischen Gesellschaften für Demokratie und Menschenwürde auslöste, fand dagegen kein großes Echo im Libanon, obwohl das Land dringend demokratische Reformen, die den „Staat der Konfessionen“ durch einen „Staat der Bürgerinnen und Bürger“ ersetzen sollten, benötigt. Forderungen nach einer Änderung des politischen Systems verstummten schnell. Das Fehlen eines nationalen Bewusstseins der libanesischen Gesellschaft trat wieder zutage.

Die Bindung der Libanesen zu ihren Religionsgemeinschaften, welche wiederum um ihren Einfluss fürchten, bremst die demokratische Entwicklung des Landes. Außerdem nehmen die äußeren Faktoren eine entscheidende Rolle in der libanesischen Politik ein. Die Haltung der politischen Kräfte im Libanon hinsichtlich der aktuellen Krise in Syrien zeigt ihre Unfähigkeit, die historische Chance einer demokratischen Entwicklung in Syrien auszunutzen: Die Hisbollah und ihre christlichen Verbündeten ergriffen Partei für das syrische Regime; das prowestliche Al Hariri-Lager hielt sich in Deckung, bis sich die saudische Regierung gegen das syrische Regime positionierte. Der Libanon befindet sich gegenwärtig in einem Dilemma und in einer diffusen politischen Lage, welche an die weitere politische Entwicklung in Syrien gekoppelt ist.

Das syrische Regime hat seine Legitimität im Inneren und auf internationaler Ebene verloren. Wie sich der Machtwechsel in Syrien nach einem Sturz der Diktatur entwickeln wird, ist immer noch ungewiss. Die Fortsetzung der Repression durch das Assad-Regime und seine eindeutige Unfähigkeit, sich zu reformieren, vergrößern in Syrien die Gefahren eines bürgerkriegsähnlichen Brandes, der sich rasch auf den Libanon ausweiten könnte. Wenn aber die Protestbewegung einen friedlichen Machtwechsel in Syrien durchsetzen kann, dann würde auch die Demokratiebewegung im Libanon Rückenwind bekommen. Kurzum: Die Zukunft des Libanon wird von der politischen Dynamik in der Region abhängig sein, solange die Libanesen unfähig bleiben, über sich und ihr Land selbst zu bestimmen.

Klaus D. Loetzer

## Tunesien nach der Revolution

Die Selbstverbrennung des 26-jährigen Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi am 17. Dezember 2010 war der Auslöser für Unruhen, die sich unter Verwendung moderner Kommunikationstechniken spontan an verschiedenen Orten in Tunesien entwickelten und sich zu einer Revolution ausweiteten. Sie wird als „Jasminrevolution“

in die Geschichte eingehen.<sup>¶</sup> Am Ende waren aufgrund des Vorgehens der Sicherheitskräfte hunderte Tote zu beklagen. Die Wende wurde eingeleitet, als sich Generalstabschef Rashid Ammar am 13. Januar 2011 weigerte, die Armee auf Demonstranten schießen zu lassen. Das Schicksal des 74-jährigen Staatsoberhauptes Zine el-Abidine Ben Ali wurde nach 23 Regierungsjahren besiegelt, als ihn am folgenden Tag auch der Chef der Nationalgarde fallen ließ und ihn damit zur Flucht veranlasste. Obwohl die Bezeichnung „Revolution“ aufgrund der Ereignisse gerechtfertigt ist, muss die Rolle der Sicherheitskräfte als ebenso entscheidend hervorgehoben werden. Daher kann mit gleicher Berechtigung von einem Putsch gesprochen werden: „For the success of the revolutions the two things – the uprising and the readiness to mount a coup – had to come together.“<sup>¶</sup> Die weitere politische Entwicklung wird daher nicht nur vom Druck der Straße, sondern auch von der Rolle der Sicherheitsorgane abhängen. Trotz der bislang über 100 registrierten Parteien und öffentlich ausgetragenen politischen Auseinandersetzungen spielen sich die relevanten politischen Machtkämpfe hinter den Kulissen ab. Dabei geht es nicht nur um den Einfluss von Mitgliedern des gestürzten Regimes.

**Klaus D. Loetzer**

geb. 1950; Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Tunesien und Algerien, 14, Rue Ibrahim Jaffel, 1082 El Menzah IV, Tunis/Tunesien.  
klaus.loetzer@kas.de  
dieter@loetzer.de

<sup>¶</sup> Vgl. zur Chronologie der Ereignisse die Webseite der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunesien: [www.kas.de/tunesien/de/pages/10357](http://www.kas.de/tunesien/de/pages/10357) (19. 8. 2011).

<sup>¶</sup> Dustin Dehez, *From the Arab Spring to a Lovely Middle Eastern Summer?*, Düsseldorf Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Juni 2011, S. 1.



## Herausforderungen

Aufgrund des Erstarkens islamistischer<sup>¶</sup> Kräfte sehen manche auch Errungenschaften wie die Gleichstellung von Mann und Frau nach den Personenstandsgesetzen von 1956/57 auf dem Spiel, auch wenn diese bis heute nicht landesweit umgesetzt wurden. Das Misstrauen wird unter anderem dadurch genährt, dass bislang unklar bleibt, von wem die gegenwärtig stärkste politische Kraft, die islamistische Movement Ennahda, finanziert wird. Zahlreiche Beobachter vermuten eine Finanzierung durch saudi-arabische Geschäftsleute. Darüber hinaus ist auch die Gesundung der Wirtschaft von zentraler Bedeutung für das Gelingen des politischen Übergangs. Umgekehrt hängt die Nachhaltigkeit einer wirtschaftlichen Erholung erheblich von politischen und sozialen Reformen<sup>¶</sup> sowie vom Vertrauen in- und ausländischer Wirtschaftsakteure ab. Für Letztere stellen die vielen spontanen Streiks – so berechtigt sie aus sozialer Sicht sind – einen Risikofaktor dar. Im Mai 2011 veröffentlichte Wirtschaftsindikatoren weisen einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 7,8 Prozent und des Wirtschaftswachstums um 3,3 Prozent aus. Bis Mitte 2011 hat sich die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr bereits um über 700 000 erhöht, wobei der Anteil der *chômeurs diplômés* (junge Arbeitslose mit weiterführendem Abschluss) bei fast 50 Prozent liegt. Der Tourismussektor, der etwa 30 Prozent des BIP erwirtschaftet, hat nach offiziellen Angaben seit Januar 2011 Einbußen von fast 50 Prozent erlitten.

Was die Sicherheitslage angeht, gibt nicht nur die Lage im Nachbarland Libyen Anlass zur Sorge. Es werden nach offiziellen Angaben von dort auch immer wieder Söldnerbanden und Waffen nach Tunesien eingeschleust. Bezüglich Algerien unterstellte jüngst der tunesische Interimspräsident Faoud Mebazaa in einem Gespräch mit Journalisten, der Nachbar ginge nicht wirksam gegen Freischärler vor, die aus Algerien nach Tunesien einsickern. Implizit war dieser Feststellung, dass das Land kein wirkliches Interesse am Erfolg

¶ Vgl. zur Problematik des Begriffs „islamistisch“: Karima El Ouazghari, Die arabische Region im Umbruch, HSFK-Standpunkte, (2011) 3, S. 2f.

¶ Vgl. Hardy Ostry, Eine Revolution ist noch keine Demokratie, Konrad-Adenauer-Stiftung, Juli 2011, online: [www.kas.de/wf/de/33.23295](http://www.kas.de/wf/de/33.23295) (19. 8. 2011).

der tunesischen Revolution habe. Im Umfeld gewalttätiger Zwischenfälle sind häufig Todesfälle zu beklagen. Dabei steht die Interimsregierung immer in der Kritik: Die einen werfen ihr vor, zu wenig für die Sicherheit zu tun, die anderen, dass sie die Praktiken und Polizeistaat-Methoden des alten Regimes fortführe. Im Fokus der Kritik steht vor allem das Innenministerium, wo alte Seilschaften des Ben Ali-Regimes weiterhin die Fäden zögen.

Diese Kritik wird auch an der bisher schleppenden bis gar nicht stattfindenden Aufarbeitung der Ben Ali-Ära geübt. Vor allem im Justizsektor hat sich bislang wenig geändert. Viele Tunesierinnen und Tunesier haben das Vertrauen in die Justiz verloren, vor allem nach der Freilassung ehemaliger Regierungsmitglieder und der Straflosigkeit, die ehemaligen Beamtinnen und Beamten gegenüber praktiziert wird. Luft macht sich dieser Vertrauensbruch in teilweise gewalttätigen Demonstrationen für eine unabhängige Justiz und für einen Bruch mit dem alten Regime. Auch sind acht Monate nach der Revolution bei den staatlichen Medienanstalten so gut wie keine personellen und strukturellen Erneuerungen zu beobachten. Wie zu Zeiten Ben Alis wird immer noch eine mediale Ausgrenzung praktiziert. Denn trotz „Facebook-Kultur“, des Entstehens von hunderten neuen privatwirtschaftlichen Presseprodukten und von privaten Radio- und Fernsehsendern wird die öffentliche Meinungsbildung nach wie vor von den staatlichen Radio- und Fernsehstationen dominiert.

Bereits vor der Revolution im Januar 2011 war vielen bewusst, dass das nach außen hin als erfolgreich dargestellte *authoritarian developing regime*<sup>¶</sup> einer kritischen Prüfung nicht standhalten würde. Bereits im Frühjahr 2008 war es in der Region Sfax durch jugendliche Arbeitslose zu Unruhen gekommen, was damals schon die Grenzen des allgegenwärtigen Polizei- und Überwachungsstaats des Ben Ali-Regimes aufzeigte. Obwohl das Regime mit Initiativen für ländliche Entwicklungsprojekte gegenzusteuern versuchte, waren die räumlichen Disparitäten aufgrund jahrzehntelang vernachlässigter ländlicher

¶ Vgl. Dirk Axtmann, 2010: the last year of an authoritarian development model and the limits of Tunisia's electoral authoritarian regime, in: IPRIS Maghreb Review, (2011) 2, S. 1–5.

Regionen zu gravierend, als dass kurzfristige Erfolge hätten erzielt werden können. Wenig entwickelte Regionen wie El Kef, Gafsa, Kasserine oder Sidi Bouzid – die Arbeitslosenquoten um die 30 Prozent unter gut ausgebildeten jungen Menschen auswiesen – waren von den kommerziell-industriellen Zentren um Sousse und Monastir sowie den glitzernden Ferienressorts wie Hammamet oder dem Großraum Tunis entkoppelt. Hinzu kam im Herbst 2010 eine Dürre, verbunden mit landesweit steigenden Lebensmittelpreisen und Energiekosten.

Aber diese negativen sozioökonomischen Umstände erklären nicht hinreichend die Implosion des Ben Ali-Regimes. Es waren letzten Endes die mangelnden Zukunftsperspektiven gut ausgebildeter junger Erwachsener, welche diese Verhältnisse nicht mehr länger hinnehmen wollten und sich zunächst in vereinzelten Unruhen Luft machten. Begünstigt durch Internet und neue Medien entstand aus zunächst isolierten Einzelereignissen ein Flächenbrand, der am 14. Januar 2011 mit der Flucht Ben Alis einen vorläufigen Abschluss fand. Auf den ersten Blick mag es paradox wirken, doch ist es nicht verwunderlich, dass ausgerechnet das Vorhandensein von Entwicklungsvoraussetzungen wie gute Bildungschancen für die Bevölkerung und eine breite Internetversorgung zum Scheitern eines Entwicklungsregimes führten. Dieser Umstand unterstreicht, dass wirtschaftliche Entwicklung und demokratische Verhältnisse zwei Seiten einer Medaille sind: der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

## Nachrevolutionäres Tunesien

Bei den politischen Auseinandersetzungen spielt immer wieder die mangelnde demokratische Legitimität der Übergangsregierung eine Rolle. Das gilt auch für die noch von der ersten Übergangsregierung eingesetzten Institutionen, um die es immer wieder politischen Streit gibt.<sup>16</sup> An erster Stelle sei die Hohe Instanz zur Umsetzung der Revoluti-

<sup>16</sup> In der ersten Übergangsregierung unter Premierminister Mohamed Ghannouchi saßen noch drei Minister des gestürzten Regimes; aufgrund interner Streitigkeiten und Druck von außen musste die Regierung bereits am 27. Januar 2011 umgebildet werden. Die folgende musste nur wenige Wochen später aufgrund des öffentlichen Drucks zurücktreten.

onsziele – die auch als Politische Reformkommission bezeichnet wird – genannt. Ihr sind mehrere Unterkommissionen zugeordnet, unter anderem die unabhängige Wahlkommission. Anlass der Streitereien innerhalb der unabhängigen Wahlkommission sind Interessendivergenzen, insbesondere zwischen den beiden größten politischen Parteien, der Parti Démocrate Progressiste (PDP) und dem Movement Ennahda.<sup>17</sup> Sie hatten sich vehement gegen die Verschiebung der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung (VV) von Juli auf Oktober 2011 ausgesprochen, da sie zu dem Zeitpunkt den größten Bekanntheitsgrad besaßen und von diesem Vorteil profitieren wollten. Der Streit spitzte sich zu, als die Wahlkommission ein Parteiengesetz vorlegte, das nicht nur die Beschränkung der Parteienfinanzierung vorsah, sondern auch eine Offenlegung der Finanzquellen. Daran hatten beide Parteien ebenfalls kein Interesse. Nur der Regierungschef der 3. Übergangsregierung, der 84-jährige Beji Caid Essebsi (einst Minister unter dem ersten Präsidenten der tunesischen Republik Habib Bourguiba und von allen Lagern respektiert), konnte in diesem wie auch in anderen Fällen eine Eskalation verhindern.

Mit dem Dekret für die Wahlen zur VV im Oktober 2011 wurde eine wichtige formale Hürde zur Beilegung der Differenzen genommen. Demnach können auch unabhängige Kandidatenlisten eingereicht werden. Revolutionär ist, dass alle Kandidatenlisten zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern zusammengesetzt sein müssen. Die „Lebensdauer“ der VV wurde auf maximal ein Jahr festgelegt. Zu einem Problem könnte die relativ geringe Wählerregistrierung werden, die mit knapp 3,9 Million Eingetragenen bei nur etwas mehr als 50 Prozent der etwa 7 Million Wahlberechtigten liegt. Sollte schließlich die nominale Wahlbeteiligung für die VV bei unter 50 Prozent liegen, kann wieder die „Keule“ der mangelnden Legitimität von den Protagonisten herausgeholt werden. Damit würde ein zentrales politisches Ziel – eine demokratisch legitimierte und repräsentative Exekutive und Legislative zu haben – verfehlt. Die im Verhältnis zur wahlberechtigten Bevölkerung niedrige Zahl der registrierten Wählerinnen

<sup>17</sup> Laut einer (umstrittenen) Umfrage im Mai 2011 würden 21 Prozent der Befragten Ennahda wählen, gefolgt von 8 Prozent für die PDP.

und Wähler ist nicht verwunderlich, denn Tunesien hat in seiner Republikgeschichte noch niemals freie Wahlen erlebt. Auch bemühen sich die politischen Parteien kaum, die Bevölkerung aufzuklären. Inzwischen gibt es 106 bei der Wahlkommission registrierte Parteien aller Schattierungen. Doch haben nur wenige ein überzeugendes konzeptionelles Parteiprogramm vorzuweisen, welches konsequent eine Staats- und Gesellschaftsidee verfolgen würde – vom Auftrag zur politischen Bildung ganz zu schweigen. Diese wäre aber gerade in der jetzigen Situation bitter nötig.

Mit der Frage des Ausschlusses der Mitglieder des ehemaligen Regimes – laut Hoher Instanz sollten zwischen 12 000 und 14 000 Personen das aktive und passive Wahlrecht entzogen werden – entflammte sich die Auseinandersetzung über den Bruch mit dem alten Regime und der Rolle ihrer Vertreter im neuen Tunesien. Neben den Diskussionen über das Verhältnis zwischen Staat und Religion (und des Einflusses der Islamisten) ist dies nach wie vor die beherrschende politische Frage. Ihr liegen auch die teilweise in Gewalt umschlagenden Demonstrationen zugrunde. Ohne eine politische Aufarbeitung der Ära Ben Alis wird es schwer sein, weitere substantielle politische Veränderungen in Tunesien herbeizuführen.

Gegenwärtig muss das „junge Pflänzchen“ der tunesischen Demokratie grundlegende politische Richtungsentscheidungen moderieren. Das sind keine guten Voraussetzungen für die politische Zukunft des Landes. Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach der Repräsentation der Bevölkerung durch die politischen Gruppierungen eher skeptisch zu beurteilen: Obwohl sich gegenwärtig einige aus wahltaktischen Gründen zu Gruppierungen zusammenschließen, führt die große Anzahl politischer Parteien eher dazu, dass die Bevölkerung überfordert ist, eine informierte Wahl zu treffen. Neben einer robusten wirtschaftlichen Unterstützung zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit wird eine fortgesetzte, landesweite politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit nötig sein. Denn die Wahl zur VV ist die erste einer Serie von Urnengängen. Neben Kommunalwahlen sind hier vor allem die nach der Verkündung der neuen Verfassung fälligen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu nennen.

*Gil Yaron*

# Israel und der „Arabische Frühling“

*Essay*

Am 18. August 2011 drohten Israels schlimmste Alpträume wahr zu werden. An jenem Tag kamen palästinensische Terrorkommandos etwa 15 Kilometer nördlich von Eilat vom Sinai aus über die Grenze und setzten der Wüstenidylle an der Südspitze Israels ein Ende. Rund zehn bis 20 Kämpfer der palästinensischen „Volkswiderstandskomitees“ (PRC) verübten das schwerste At-

**Gil Yaron**

Dr. med., geb. 1973; Arzt und Journalist; er schreibt u. a. für „Cicero“, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“; Senior Fellow im Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik.  
gilmyaron@gmail.com  
www.info-middle-east.com

tentat in Israel seit Jahren. Die Männer eröffneten das Feuer auf vorbeifahrende Busse und Privatwagen, verletzten mindestens zehn Personen und ermordeten acht Menschen. Einer sprengte sich neben einem Bus in die Luft und tötete den Fahrer. Eine Armeepatrouille, die zu Hilfe eilte, geriet in einen Hinterhalt, den die Terroristen gelegt hatten. Nach dem Attentat eskalierte die Lage schnell: Israel übte in Gaza Vergeltung und tötete die PRC-Führung in Rafah. Die Palästinenser beantworteten den Angriff mit dem Bombardement israelischer Großstädte. Nachdem rund 100 Raketen in Israel niedergingen und insgesamt 14 Palästinenser und zwei weitere Israelis getötet wurden, trat eine wacklige Waffenruhe in Kraft. Drei Tage danach steckten Israels Beziehungen zu Ägypten in der tiefsten Krise seit elf Jahren. Kairo beschuldigte Israel, bei der Verfolgungsjagd auf die Terroristen in den Sinai eingedrungen und dabei bis zu fünf ägyptische Grenzschützer getötet zu haben.

Dabei war noch völlig unklar, wie die ägyptischen Grenzschützer ums Leben kamen. Trotzdem waren viele in Ägypten au-

ßer sich vor Wut. Präsidentschaftskandidaten wie Muhammad al Baradei oder Ayman Nur forderten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Premierminister Issam Scharef warnte auf seiner Facebook-Seite, dass „ägyptisches Blut nicht umsonst vergossen“ werde. Auch eine Entschuldigung des israelischen Verteidigungsministers beruhigte kaum die Gemüter. Der Umstand, dass die Terroristen ihre Attacke von einer Position aus starteten, die „nur 50 Meter von einem ägyptischen Stützpunkt entfernt war“, so eine Quelle in der israelischen Armee, oder dass laut ägyptischen Berichten drei der Attentäter ägyptische Staatsbürger waren, führte nicht dazu, dass Kairo Anteilnahme für Israel zeigte oder sich verantwortlich fühlte.

Der Angriff aus dem Sinai ist für Israelis ein Zwischenfall mit strategischer Bedeutung. Die Terroristen verbrachten laut Angaben der israelischen Armee mindestens einen Monat im Sinai, ohne von Polizisten behelligt zu werden – dies ist nur eines von zahlreichen Indizien dafür, dass hier nach der Revolution ein gefährliches Machtvakuum entstand. Seit Monaten warnten die israelischen Behörden davor, in den Sinai zu reisen, um die Entführung eigener Staatsbürger zu verhindern. Bis August griffen Terroristen die Gasleitungen zwischen Ägypten, Israel und Jordanien fünf Mal an, drei Mal waren sie erfolgreich. Die ägyptischen Behörden waren unfähig, die Verantwortlichen dingfest zu machen, und gingen dazu über, Beduinenstämmen Schutzgeld zu zahlen, um weiteren Angriffen vorzubeugen. Im August erreichte die Herausforderung für die Zentralgewalt in Kairo einen neuen Höhepunkt, als Splittergruppen von Al Qaida im Nordsinai die Gründung eines islamischen Kalifats verkündeten. „Unsere Grenze zu Ägypten ist zu einem Sicherheitsproblem geworden“, sagte eine hochrangige Quelle in der israelischen Armee.

## Ägypten als Partner im „Kampf der Titanen“

Diese Entwicklung ist eine von vielen, insbesondere aus israelischer Sicht besorgniserregenden Konsequenzen der Revolutionen im arabischen Raum. Dabei diente die Grenze mit Ägypten als positives Beispiel dafür, welche Dividenden ein stabiler Frieden verspricht. Ägypten war bis 1979 der mächtigste arabische

Feind. Das änderte sich mit dem Handschlag zwischen Ägyptens Präsident Anwar al Sadat und Israels Premierminister Menachem Begin am 26. März 1979 auf dem Rasen des Weißen Hauses. Statt Gelder in mehr Truppen zu investieren, konnten sie nun in Infrastruktur und Bildung gesteckt werden. Bis zum „Arabischen Frühling“ galt Ägypten sogar als Israels wichtigster Verbündeter in einer Region, die sich seit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 in zwei Lager teilte: die USA und ihre Verbündeten gegen den Iran und seine Anhänger.

Im Jahr 2004 prägte Jordaniens König Abdallah den Begriff des „schiitischen Halbmonds“. Ihm liegt die Spaltung der muslimischen Welt in eine Mehrheit von Sunniten und eine Minderheit von Schiiten zugrunde. Sie bezichtigen sich gegenseitig der Häresie. Arabische Staaten sind mehrheitlich sunnitisch, beherbergen jedoch oft schiitische Minderheiten, deren geografische Verbreitung Abdallah als „Halbmond“ nachzeichnete. Sunnitische Herrscher fürchten diese Minderheiten nicht nur aufgrund theologischer Differenzen: Sie betrachten sie als „fünfte Kolonne“ Teherans. Denn Erdöl und Erdgas sind nur augenscheinlich die wichtigsten Exportgüter der Islamischen Republik Iran. Im März 2011 skizzierte Irans Präsident Mahmud Ahmadinejad die zwei Hauptanliegen seiner Außenpolitik: „Ein islamisches Erwachen findet in der ganzen Welt statt. (...) Der Iran hat zwei globale Aufgaben: Als Beispiel zu fungieren, und die göttlichen Ideen so weit wie möglich zu verbreiten.“ Damit meinte er das Regierungssystem der „Herrschaft der Korankundigen“ (*wilayat-e faqih*). Dieses Regierungssystem will Teheran in die muslimische Welt exportieren – sehr zum Unmut arabischer Herrscher, die zu ersten Opfern dieses Exports würden.

Ahadinejad ließ auch keinen Zweifel daran, dass seiner Meinung nach der Iran die Aufgabe einer globalen Führungsmacht übernehmen solle. Trotz erheblicher sozialer Probleme im Inneren begnügt er sich nicht mit Worten, sondern betreibt erheblichen Aufwand, um prowestliche Regimes in Nahost zu destabilisieren. Die Al-Quds-Brigade, der außenpolitische Arm der iranischen Revolutionswächter, rüstete regimfeindliche Islamisten in der gesamten Region aus. Besonders erfolgreich war diese Taktik in Palästina und im Libanon, wo Hamas und Hisbollah zu staatstragenden Organisationen wurden.

Die Theorie des „schiitischen Halbmonds“ bestimmte im Verbund mit dem iranischen Atomprogramm das Weltbild der Herrscher im Nahen Osten. Schon kurz nach der Machtübernahme Ahmadinejads im Jahr 2005 warnten Militärs der Vereinten Arabischen Emirate, dass Irans neuer Präsident „verrückt“ sei und beschrieben „einen baldigen konventionellen Krieg als deutlich bessere Alternative gegenüber den langfristigen Folgen eines atomar bestückten Irans“. Die arabischen Monarchien wähten ihre Region inmitten eines „Kampfes der Titanen“ – die USA und ihre Verbündeten gegen den Iran und seine Anhänger. Kräfte im Libanon, Irak, Jemen oder Palästina wurden, egal ob sunnitisch oder schiitisch, entlang einer Skala eingeordnet, in der Washington und Teheran die Pole bildeten: In Ramallah „ringt“ die prowestliche Palästinensische Autonomiebehörde (PA), gestützt von Steuergeldern aus den USA und der EU, gegen die radikal-islamische Hamas in Gaza, die sich nur dank Zuwendungen aus dem Iran halten kann. Im Libanon „kämpft“ das prowestliche Lager Saad Al Hariris gegen das Lager, das von der Hisbollah angeführt wird. Im Irak „ringt“ eine von den USA eingesetzte Regierung gegen Aufständische, die ihre Mittel zum großen Teil aus dem Iran erhalten.

Mitten in diesem Machtkampf saß Israel und profitierte von seiner Schlüsselrolle als enger Verbündeter der USA: Wer den Iranern nicht zum Opfer fallen wollte, musste sich mit Washington arrangieren; dazu gehörte ein passables Verhältnis zum Judenstaat. Israels Regierung galt daher lange als „goldene Türklinke“ des *Oval Office*. Saudi-Arabien, Jordanien und andere prowestliche Regimes wurden zu stillen Partnern, doch Mubarak war Israel am wichtigsten. Er befahl die schlagkräftigste arabische Armee und war ein Eckpfeiler israelischer Sicherheitspolitik: Ohne ihn hätte Israel die Hamas im Gazastreifen weder belagern noch diplomatisch isolieren oder den zweiten Libanonkrieg 2006 so intensiv führen können. Kein Wunder also, dass Mubaraks Sturz tiefe Bedenken auslöste.

Viele Israelis glauben, dass der Frieden mit Ägypten von Mubaraks Person abhing. Deswegen stand das Regime zwar stets zum Camp David-Abkommen, weil es Ägyptens Stellung im westlichen Lager und Rüstungs- und Ent-

wicklungshilfe aus den USA sichert. Doch es blieb ein Frieden zwischen Staaten, nicht zwischen den Gesellschaften. Zum einen sehen viele Ägypter den Friedensvertrag als Erniedrigung, weil er die Demilitarisierung des Sinai festlegt. Zum anderen sorgte Mubarak dafür, dass das Feindbild „Israel“ in Ägypten erhalten blieb: Der Judenstaat diente bislang noch jedem arabischen Diktator als bequemer Sündenbock, um von inneren Missständen abzulenken. Halbstaatliche Gewerkschaften und Vereine verboten in ihren Statuten die Normalisierung der Beziehungen mit Israel. Einzelpersonen wurden von den Geheimdiensten drangsaliiert, wenn sie mit Israelis in Kontakt standen – außer sie genossen eine Sondererlaubnis dafür. Die staatliche Presse machte Israel für die Probleme in der Region verantwortlich. Vor diesem Hintergrund konnte aus israelischer Sicht der Frieden nur aufrechterhalten werden, solange Mubarak alleiniger Machthaber war.

Seitdem Mubarak zum Rücktritt gezwungen wurde, herrscht ein Komitee der Armee, dem jede demokratische Legitimation fehlt. „Sie sind deswegen darauf bedacht, nichts zu tun, das der massiv antiisraelischen öffentlichen Meinung widerspricht“, sagt der Nahostexperte Dan Schüftan. Diese öffentliche Meinung ist für Israel sehr problematisch. Denn laut einer Umfrage des Pew Research Centers vom Dezember 2010 sympathisieren rund 30 Prozent der Ägypter mit der Hisbollah, 49 Prozent mit der Hamas, und 20 Prozent gar mit Al Qaida. Die neue Führung versucht, aus den Spannungen mit Israel politischen Profit zu schlagen. Daher drängt sich der Verdacht auf, dass die tiefe Krise nach dem Zwischenfall im August nicht nur an der Verletzung ägyptischer Souveränität liegt – Palästinenser töteten in der Vergangenheit ebenfalls ägyptische Grenzwächter, Raketen aus Gaza gingen auch im Sinai nieder und verletzten dabei unlängst auch Ägypter. Dennoch forderte Kairo von der Hamas nie eine Entschuldigung. Die Konfrontation mit Israel musste also einen innenpolitischen Zweck erfüllen.

Nachdem die Debatten über den Wortlaut der neuen Verfassung und die Rolle des Militärs im postrevolutionären Ägypten wochenlang zugenommen hatten, machte das Anschwellen patriotischer Gefühle und die außenpolitische Krise die innenpolitische Krise schnell vergessen. Die Militärs galten

nicht mehr als Anti-Demokraten oder Laizisten, sondern als Verteidiger nationaler Ehre. Der Muslimbruderschaft (MB) – Ägyptens größte organisierte Oppositionsbewegung – gingen die Spannungen aber nicht weit genug. Sie forderte die Einstellung aller Kontakte mit Israel. Kein Wunder also, dass für Jerusalem eine potenzielle Machtübernahme der MB als Horrorszenario gilt. Die Weltanschauung vieler Israelis ist maßgeblich von Holocaust, neun Kriegen und zwei Intifadas geprägt. Deswegen legte sich Premierminister Benjamin Netanjahu als einer der einzigen westlichen Staatsoberhäupter auch nach Beginn der Unruhen in Kairo für Mubarak ins Zeug und formulierte seine Bedenken Anfang Februar 2011 vor der Knesset: „Die jüngste Geschichte zeigt uns viele Fälle im Nahen Osten in denen islamistische Elemente die demokratischen Spielregeln missbrauchten, um an die Macht zu kommen.“ Als Beispiele nannte er den Iran, Libanon und Gaza.

## Kursänderung des „neuen“ Ägyptens

Als existenzielle Bedrohung gilt die MB, weil sie laut eigenen Verlautbarungen den Friedensvertrag mit Israel annullieren und Ägyptens Armee wieder im Sinai aufmarschieren lassen möchte. Israels Armee wäre zum Umdenken gezwungen: Bisher galt das Szenario eines Drei-Fronten-Kriegs (gegen Syrien, einen Gegner im Osten und Ägypten) als unwahrscheinlich; jetzt kann es nicht mehr ausgeschlossen werden. Auch für den israelisch-palästinensischen Konflikt wäre solch ein Szenario verheerend: Es sei „Pflicht, den bewaffneten Widerstand der Palästinenser mit allen Mitteln zu unterstützen“, heißt es in einem Kommuniqué der MB vom März 2010. Aus Israels wichtigstem Verbündeten im Kampf gegen die Hamas (eine Tochterorganisation der MB) – Ägypten – würde ein Feind. Die Hamas gewänne strategische Tiefe, diplomatischen Rückhalt und gesicherte Nachschublinien. Ansätze für solch einen Wandel zeigten sich bereits kurz nach der Revolution. Ende April 2011 feierte das neue ägyptische Regime seinen ersten außenpolitischen Erfolg: In Kairo begruben die Palästinenser nach vier Jahren Bruderkrieg endlich ihr Kriegsbeil. Der Schulterschluss wurde zwar nie umgesetzt – dafür ist die Rivalität zwischen den palästinensischen Parteien zu tief –, dennoch war die Zeremonie in

Anwesenheit des Hamasführers Khaled Madschal und des PLO-Chefs Mahmud Abbas ein Meilenstein.

Der erste außenpolitische Durchbruch des neuen Ägyptens war gleichzeitig eine Kursänderung: Kurz vor der Zeremonie gab es ein Telefongespräch zwischen Außenminister Nabil Al Arabi und seinem iranischen Kollegen Ali Akbar Salehi, der erste direkte Kontakt zwischen den beiden. Salehi sprach von seiner Hoffnung, dass nach 30 Jahren Feindschaft wieder volle diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten. Der Wunsch stieß in Kairo auf Widerhall. Ein Einlenken Kairos auf die Forderungen der Hamas und Druck auf Abbas hatten das Abkommen erst möglich gemacht. Außenminister Arabi stellte ein Ende der Belagerung Gazas in Aussicht, was zum Unmut der Israelis kurz danach mit der Öffnung des Grenzübergangs bei Rafah auch geschah. Noch bedeutender war für Israelis und die USA aber, dass dieses Vorgehen die einst engen Verbündeten Kairos, Jerusalem und Washington, völlig überrumpelte.

Diese Entwicklung zeigt, dass das Denkmodell des „schiitischen Halbmonds“ überholt ist. Die Region teilt sich nicht mehr in prowestliche und proiranische Lager. Der abnehmende Einfluss der USA, die Kämpfe innerhalb der iranischen Führung, und der „Arabische Frühling“ verteilen nicht nur die Karten neu – sie signalisieren den Anfang eines neuen Machtpokers mit bisher unbekannt Regeln. Eine neue, dritte Kraft fasst langsam Fuß: ein Lager sunnitischer Regimes, die zu Washington und Teheran im gleichen Maße auf Distanz gehen wollen. Die Alleingänge Ägyptens gegenüber der Hamas sind nur ein Beispiel. Auch Saudi-Arabien handelt inzwischen ohne Rücksprache mit Washington, wie der Einmarsch in Bahrain oder die Aufnahme Jordaniens in den Golfkooperationsrat zeigt – Schritte, welche die Reformen aufhalten sollen, die dem saudischen Königshaus gefährlich werden könnten. Die Türkei ist zwar immer noch ein strategisch wichtiger Partner Israels und der USA, verfolgt im Nahen Osten aber längst eigene Interessen, die sich nicht immer mit denen Washingtons oder Jerusalems decken. Damit verliert Israel seinen von den USA abgeleiteten Sonderstatus in Nahost: Je schwächer die USA sind, desto angreifbarer wird Israels Position.

## Nahost-Konflikt

In keiner Frage werden die Schwäche der USA und Israels deutlicher als in den palästinensischen Plänen für September 2011 – in den Augen israelischer Politiker ein Monat, in welchem es zur diplomatischen Katastrophe kommen könnte. Seit dem Amtsantritt Netanjahus im Jahr 2009 sind die Friedensgespräche mit den Palästinensern festgefahren. Kaum jemand glaubt mehr an eine vertragliche Lösung des Dauerkonflikts. Für die Wiederaufnahme von Gesprächen stellen die Palästinenser Bedingungen wie einen völligen Siedlungsbau-stopp im Westjordanland, inklusive Jerusalem. Das will – oder kann – Netanjahu nicht liefern. Dieser Stillstand lässt die PA auf zwei neue Taktiken setzen: „Wir wollen als vollwertiger Mitgliedstaat aufgenommen werden“, sagt Abdallah Frangi, außenpolitischer Berater des Präsidenten der PA, mit Blick auf die Vereinten Nationen. Schon heute unterstützt eine überwiegende Mehrheit der Welt eine solche Resolution, trotz amerikanischen Widerstands und Vetorechts im Weltsicherheitsrat. Ist ein Palästinenserstaat erst einmal anerkannt, soll das den legalen Hintergrund des Konflikts „von Grund auf verändern“, sagt Frangi: „Die Weltgemeinschaft wird uns dann dabei helfen, unser Land zu befreien, genau wie Israel 1948.“ Statt den Grenzverlauf mit Israel auszuhandeln, soll die Resolution alle 1967 von Israel eroberten Gebiete den Palästinensern zusprechen.

Doch in Ramallah weiß man, dass diplomatischer Druck allein Israel nicht in die Knie zwingen wird. Die Revolutionen in der arabischen Welt ließen die Mehrheit der Palästinenser jedoch den Wert von Massenprotesten erkennen: „Wir haben gesehen, dass friedliche Demonstranten arabische Diktatoren stürzen können. Im September werden die Israelis dem gesamten Volk Palästinas und im Umland gegenüberstehen“, sagt Frangi. Die Ereignisse im Mai und im Juni 2011, als unbewaffnete Palästinenser versuchten, Israels Grenzen zu stürmen, waren nur Generalproben für die Massenproteste, die Israel dann bevorstehen würden: „Die unbewaffneten Proteste sind eine strategische Option“, sagt Jibril Rajub, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah. „Wir werden die Israelis mit friedlichen Demos zwingen, ihren wahren Charakter zu zeigen. Diejenigen, die schießen, werden in der ganzen Welt gehasst und isoliert. (...)“

Die Welt griff in Libyen ein und wird es dann auch hier tun müssen“, so Frangi.

Doch die Welt greift nicht unbedingt militärisch ein, nur weil Blut in Strömen fließt, wie das Beispiel Syriens zeigt. Hier kämpft der Diktator Bashar al Assad mit Gewalt um sein Überleben. Eigentlich sollte dessen Schwäche Israel beglücken, gilt Assad hier doch als bedrohlicher Feind. Er schloss ein Bündnis mit Israels Erzfeind Iran, baute heimlich Atomreaktoren, rüstete sich mit chemischen Waffen, und unterstützte Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah. Dennoch freut sich in Israel niemand so recht über Assads Probleme. Er mag ein ernstzunehmender Feind sein, aber er war auch „verlässlich“. Sich Israels militärischer Übermacht bewusst, hielten die Assads Israels Grenze mit Syrien Jahrzehnte lang ruhig. Der „ethnische Flickenteppich“ Syriens wurde mit eiserner Faust unter Kontrolle gehalten. Fällt das Regime in Damaskus, bleibt unklar, in wessen Hände Assads Waffenarsenal fällt. Die Aussicht auf Jahre der Unruhe oder sogar einen Bürgerkrieg stellt für Israel eine unberechenbare Gefahr dar. Chaos schwappt erfahrungsgemäß über die Grenzen nach Israel, wie die Beispiele des libanesischen Bürgerkriegs, im Sinai oder im Gaza zeigen.

## Innenpolitische Konsequenzen

Noch bevor das blutige Attentat im August Israel die militärischen Aspekte des „Arabischen Frühlings“ näher brachte, rang Netanjahu mit unerwarteten innenpolitischen Konsequenzen der Unruhen in den arabischen Staaten: Anfang August hatten ein paar junge Israelis mitten in Tel Avivs wichtigster Verkehrsader eine Riesenleinwand aufgehängt. In großen Lettern stand dort auf Arabisch „Irhal“ (Geh), und darunter auf Hebräisch „Ägypten – das ist hier“. In Nachahmung der friedlichen Proteste in Kairo begannen auch in Israel die größten sozialen Proteste seit mehr als einem Jahrzehnt. Hunderttausende skandierten: „Das Volk fordert soziale Gerechtigkeit!“ Was genau mit dieser Forderung gemeint ist, darüber scheiden sich die Geister. „Das Problem ist die Arbeitsteilung in Israel“, meint Politikprofessor Schüftan und wiederholt ein altes Diktum: „Ein Drittel forschet und treibt die Wirtschaft voran, ein Drittel dient in der Armee und in der Reserve, und

ein Drittel zahlt die Steuern. Das Problem dabei ist nur: es ist dasselbe Drittel.“

Die meisten Demonstranten protestieren dagegen, dass die Schere zwischen Armen und Reichen immer größer wird, und dass es dem arbeitenden Mittelstand nicht mehr gelingt, ein normales Leben zu führen. Dabei brüstete Netanjahu sich noch vor kurzer Zeit mit den Erfolgen seiner Wirtschaftspolitik: Die Arbeitslosigkeit hat mit rund 5,7 Prozent einen Tiefpunkt erreicht. Obschon Israel gezwungen ist, rund 17 Prozent des Haushalts für die Verteidigung auszugeben, übertrifft das Wirtschaftswachstum die Zahlen anderer OECD-Staaten (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Israels Banken überstanden die letzte Wirtschaftskrise beispielhaft. Der Schekel gilt als eine der stabilsten Währungen weltweit. „Wenn alles so gut ist, warum geht es allen dann so schlecht?“, fragte jedoch unlängst eine bekannte Radiomoderatorin. Tatsächlich zog bisher hauptsächlich die Oberschicht Nutzen aus dem Aufschwung, während der Mittelstand unter steigenden Preisen und gleichbleibenden Löhnen ächzt. Jede vierte Person lebt unter der Armutsgrenze. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind hier nach den USA die größten in der westlichen Welt. Inspiriert von den erfolgreichen Massenprotesten der arabischen Welt löste die Preisspirale eine Protestwelle der schrumpfenden Mittelschicht aus.

Noch ist unklar, welche Auswirkungen die Eskalation an Israels Südgrenze und die anstehenden Unruhen im September auf Israel haben werden. Der Vizeminister für regionale Entwicklung Ajub Kara forderte die Demonstranten in Tel Aviv auf, ihre Zelte abzubauen, solange Ausnahmezustand herrsche: „Die Krise der Mittelklasse kann man jetzt nicht mit der Not der beschossenen Städte vergleichen.“ Die Forderungen der Protestierenden rückten angesichts der Tragödien zwar in den Hintergrund, dennoch wollen sie ihren Protest nicht beenden: Ihnen gehe es um die langfristige Zukunft Israels; das Land müsse der Opfer, die seine Bürgerinnen und Bürger aufbrächten, würdig sein. Sollten die Schreckensszenarien israelischer Analysten tatsächlich eintreten, könnten sie schon bald gezwungen sein, genau solche Opfer zu leisten.

Sonja Hegasy

## „Arabs got Talent“: Populärkultur als Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen

*„Protests were all I had left. I wasn't part of any official political groups any more, any secret cells; shouting at the top of my lungs, getting riled up, watching a few old friends who'd become capitalists or informants or Muslim Brotherhood or spectators, that was all I had left.“*

Mekkawi Said, Cairo Swan Song, Kairo 2006.

Um die Hintergründe der aktuellen Umbrüche in der arabischen Welt zu verstehen, ist es wichtig, kulturelle Veränderungen mindestens der vergangenen 20 Jahre zu betrachten. Dies betrifft Film, Musik, Kunst, moderne beziehungsweise postmoderne Literatur<sup>1</sup> ebenso wie die Anfänge des Inter-

**Sonja Hegasy**

Dr. phil, geb. 1967;

Vize-Direktorin, Zentrum

Moderner Orient (ZMO),

Kirchweg 33, 14129 Berlin.

sonja.hegasy@rz.hu-berlin.de

nets. Entgegen langjährig gehegten Annahmen, war die arabische Welt kein „schwarzes Loch“ auf der Landkarte der kulturellen Globalisierung. Inzwischen nutzen etwa 33,5 Prozent der Bevölkerung das Internet. Seit 2000 ist die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer um das 23-fache gestiegen.<sup>2</sup> Mit Erstaunen nahmen die Öffentlichkeiten außerhalb Nordafrikas Anfang 2011 eine ihr bislang unbekannte Jugend und Jugendkultur wahr, war der Islam doch bisher angeblich eine allumfassende Religion, die selbst das Privatleben junger Frauen und Männer bis in die intimsten Details regelte. Zwar wandte man sich auch in den westlichen Staaten vehement gegen das patriarchale Verständnis einer vorgeblich wortgetreuen Auslegung des Korans, vergaß über die Beschäftigung mit den Fundamentalisten aber häufig die jungen Pragmatiker, die sich ein eigenes Weltbild zusammensetzten.<sup>3</sup> Natürlich entwickeln auch junge Christen und Muslime ihre Lebensentwürfe aus verschiede-



nen, miteinander konkurrierenden Elementen (*bricolage*). Insbesondere in dem immer längeren Lebensabschnitt zwischen Schulabschluss und Familiengründung ändern sich Identitäten ständig – und zum Teil radikal. Dies kann auch bedeuten, dass man sich – nur vorübergehend – einer extremistischen Gruppe anschließt. Mit Blick auf die immer wieder postulierte Normativität muslimischer Texte aber wurden die praktischen Bruchstellen innerhalb der arabischen Gesellschaften übersehen.

In vielen Familien gelang während der 1960er Jahre in nur einer Generation der Sprung vom Analphabeten zum Universitätsabsolventen. Diese Generation konnte sowohl von Entkolonialisierung und Nationalisierung der Wirtschaft als auch von der Bildungsrevolution dieser Zeit profitieren. Ihre Studentenbewegung fand übrigens zehn Jahre später statt als in Europa (Ende der 1970er Jahre) und markiert für viele den Beginn ihrer Politisierung an den Universitäten der arabischen Welt. Der Ausbau der Bildungsinstitutionen und die demografische Entwicklung seitdem führten in Marokko, Algerien, Tunesien und Ägypten zu einem hohen Anteil arbeitsloser Akademiker, aber auch zur Migration innerhalb der Region. Immerhin verdreifachte sich die Bevölkerung zwischen 1970 und 2010 nahezu von 128 auf 359 Millionen Einwohner.

Das geringe europäische Interesse an Entwicklungen außerhalb von Religion und politischem Islam zeigt sich sowohl im Bereich der Hochkultur<sup>f</sup> als auch in der Populärkultur. Die Vielfalt sufischer Bewegungen (muslimische Mystiker) und ihr Einfluss auf die Popmusik und Literatur in den arabischen Gesellschaften wurde ebenso wenig wahrgenommen wie nichtreligiöse Künstlerinnen und Künstler. Andrew Hammond vergleicht den Rückgriff auf musikalische Elemente des

<sup>f</sup> Vgl. zur arabischen Postmoderne: Angelika Newirth/Andreas Pflitsch/Barbara Winkler (Hrsg.), *Arabische Literatur, postmodern*, München 2004.

<sup>f</sup> So der Stand am 30. Juni 2011, online: [www.internetworldstats.com/middle.htm](http://www.internetworldstats.com/middle.htm) (26. 8. 2011).

<sup>f</sup> Vgl. für eine kritische Auseinandersetzung mit der „Ethnologie des Islams“: Samuli Schielke, *Second Thoughts About the Anthropology of Islam, or How to Make Sense of Grand Schemes in Everyday Life*, ZMO Working Papers, Berlin 2010.

<sup>f</sup> Vgl. Sonja Hegasy, *Die Säkularisierung des arabischen Denkens*, in: *APuZ*, (2009) 24, S. 3–8.

Sufismus in der Popkultur der vergangenen 20 Jahre mit der Vereinnahmung der jüdischen mystischen Tradition Kabbala durch die US-amerikanische Sängerin Madonna und verweist dazu auf Popstars wie den Ägypter Mohammed Mounir, die Algerier Cheb Khaled, Faudel und Rachid Taha oder den tunesischen Schlagersänger Saber Rubai,<sup>f</sup> die mystischen Tanz und Gesänge erfolgreich in populäre Musik integriert haben.

## Elemente der Mobilisierung

Mona El Ghobashy identifiziert für Ägypten drei Mobilisierungsgruppen, die in den Protesten Anfang 2011 zusammenfanden: Bündnisse am Arbeitsplatz, Nichtregierungsorganisationen und Nachbarschaftsgruppen.<sup>f</sup> Diese Gruppen haben die gleichen Erfahrungen gemacht: Sie haben einen brutalen Polizei- und Obrigkeitsstaat kennengelernt, sie litten unter den sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und rasant steigenden Lebenshaltungskosten, und sie mussten dem Aufstieg einer rücksichtslosen Wirtschaftselite um den jungen Gamal Mubarak zusehen. Der Stahlmagnat Ahmed Ezz gilt als herausragendes Symbol des korrupten und dekadenten Aufstiegs dieser sogenannten Gamal-Mubarak-Boys in Politik und Wirtschaft. Bilder, die Ezz zeigten, wie er sich nach dem Freitagsgebet an einer Moschee die Schuhe zubinden ließ, habe es seit den Zeiten König Faruks nicht mehr gegeben, empörten sich einige Ägypter. Ezz wurde am 17. Februar 2011 festgenommen und steht derzeit zusammen mit dem ehemaligen Innenminister Habib al Adly und anderen vor Gericht.

Der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun beschreibt die Demonstrationen in Nordafrika als „moralische und ethische Protestbewegungen. Sie lehnen radikal und ohne Zugeständnisse Autoritarismus, Korruption und den Diebstahl staatlicher Güter ab; sie erheben sich gegen Nepotismus, Günstlingswirtschaft, Erniedrigung und illegitime Machtübernahme (...). Die Protestierenden

<sup>f</sup> Vgl. Andrew Hammond, *Popular Culture in the Arab World. Arts, Politics, and the Media*, Kairo 2006, S. 82.

<sup>f</sup> Vgl. Mona El Ghobashy, *The Praxis of the Egyptian Revolution*, in: *MERIP*, (2011) 258, online: [www.merip.org/mer/mer258/praxis-egyptian-revolution](http://www.merip.org/mer/mer258/praxis-egyptian-revolution) (28. 8. 2011).

wollen eine saubere Moral in Gesellschaften einführen, die so sehr ausgeplündert und erniedrigt worden sind. Deswegen handelt es sich nicht um eine ideologische Revolution. Es gibt keine Führungspersönlichkeiten, keine Chefs, keine Parteien, die die Revolte tragen.“<sup>7</sup> Auch im Vorfeld der ägyptischen Demonstrationen ist es in Kairo zu Selbstverbrennungen gekommen, welche diese Perspektivlosigkeit deutlich zeigen: Der Restaurantbesitzer Abdou Abdel Moneim Jaafar aus Ismailia zündete sich am 17. Januar 2011 vor dem ägyptischen Parlament an wie auch der Rechtsanwalt Mohammed Farouk Hassan einen Tag später. Mohammed Ashour Sorour, Angestellter der Egypt Air, starb am 18. Januar 2011 vor dem Sitz des Journalistenverbands.

## Zeitungen und Widerstand

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Medienlandschaft in der arabischen Welt stark ausdifferenziert. Insbesondere in Nordafrika wuchs der Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt in den 1990er Jahren stetig an. Trotz bis heute anhaltender politischer Einflussnahme und Fällen von Zensur wurden immer neue Printmedien gegründet. Auch wenn Oppositionsparteien in der Region nur marginal in den Parlamenten vertreten waren, so haben ihre parteieigenen Zeitungen in der Vergangenheit doch immer wieder eine wichtige Rolle für die öffentliche Debatte gespielt. Neben oppositionellen Tages- und Wochenzeitungen, die zum Teil mehrere Neugründungen durchlebten, um ihrem Verbot zu trotzen, entwickelte sich eine Boulevardpresse, die Korruption und Nepotismus ebenso deutlich aufs Korn nahm wie die Qualitätspresse. Auch das vitale Interesse junger Erwachsener an individualisierten Freizeitaktivitäten fernab von gemeinsamen Aktivitäten mit der traditionellen Großfamilie manifestiert sich im Zeitschriftenmarkt. Immer neue Frauen-, Männer-, Lifestyle-, IT-, Sport- und Kulturmagazine sind in den vergangenen 20 Jahren (neben einer Flut islamistischer Pamphlete) auf den arabischen Markt gebracht worden.

In Ägypten machten in den 1990er Jahren insbesondere vier Printmedien mit ihrer bei-

<sup>7</sup> Tahar Ben Jelloun, Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde, Bonn 2011 (bpb-Schriftenreihe Band 1140).

stehenden Kritik an Mubarak Furore: die Parteizeitung „Al-Schaab“ („Das Volk“, gegründet 1979) unter dem ehemaligen Marxisten und anschließenden Anhänger der iranischen Revolution Adel Hussein, die Wochenzeitschrift „Rose al-Yusuf“ (der Name ihrer libanesischen Gründerin 1925), „Al-Dustur“ („Die Verfassung“, im Jahr 1995 gegründet von Ibrahim Eissa), und „Al-Masry al-Yawm“ („Der Ägypter heute“, gegründet 2003). Unter Adel Hammouda (Chefredakteur von 1992 bis 1998) stieg die Auflage von „Rose al-Yusuf“ von 8000 auf 150 000 Exemplare. Zwar gehört „Rose al-Yusuf“ zum weitverzweigten Imperium der Regierungsmedien,<sup>8</sup> die radikal-säkulare und extrem regimekritische Haltung Hammoudas wurde aber offensichtlich unter Mubarak toleriert, um in den 1990er Jahren ein Gegengewicht zur islamistischen Presse zu halten. 2000 veröffentlichte Hammouda eine Anklageschrift mit acht Porträts korrupter Geschäftsleute unter dem Titel „Sie fliehen mit den Milliarden Ägyptens. Das Geheimnis von Rami Lakah und Mahmud Wahba“. Ibrahim Eissa und Adel Hammouda wurden die *enfants terribles* des ägyptischen Journalismus gegen Korruption und Willkür und motivierten eine ganze Generation junger ägyptischer Journalisten (Adel Hussein starb bereits 2001). Beide veröffentlichten harsche Kritik an Mubaraks Regime, dem Einfluss seiner Familie, einer möglichen Machtübergabe an Gamal Mubarak, der herrschenden Einheitspartei NDP, der Westbindung, Korruption und Vetternwirtschaft. 1998 wurde Adel Hammouda als Kolumnist in das regierungstreue Flugschiff „Al-Ahram“ zwangsversetzt. Und „Al-Dustur“ (Leitspruch: „Die Gemeinschaft ist die Quelle der Macht“) wurde im selben Jahr die Druckerlaubnis entzogen. Ibrahim Eissa selbst wurde mehrmals zu Geld- und Haftstrafen verurteilt, unter anderem für einen Artikel über den Gesundheitszustand des Präsidenten. 2005 gründete er „Al-Dustur“ erneut. Allerdings schränkte ein neues Pressegesetz ein Jahr später die Pressefreiheit gerade in den vergangenen Jahren stark ein. Trotzdem veröffentlichte Eissa in dem alteingesessenen ägyptischen Verlag Madbouly eine Auswahl seiner Aufsätze unter dem Ti-

<sup>8</sup> Auch im Bereich der Presse leistet sich das ägyptische Regime einen aufgeblähten Staatsapparat: Ende der 1990er Jahre gab es acht staatliche Verlage, die über 50 Zeitungen und Zeitschriften herausbrachten und 28 000 Angestellte beschäftigten.

tel „Meine Schriften. Über Mubarak, seine Ära und sein Ägypten“ (Kairo 2007). Nach der Absetzung Mubaraks gründete Eissa eine weitere Zeitung unter dem Namen „Garida al-Tahrir“ („Zeitschrift der Befreiung“) sowie einen Fernsehkanal.

Schon im Sommer 2009 hatte eine Gruppe unabhängiger Journalisten in Kairo die erste Nachrichtenwebseite gegründet, die lokale Nachrichten für ein globales Publikum aufbereitet. „Bikya masr“ bedeutet so viel wie „Ägypten entrümpeln“. Bis heute arbeitet die Redaktion ehrenamtlich, um unabhängig von privaten Investoren und politischen Parteien zu bleiben. Nur wenige Tage vor Beginn der Proteste auf dem Tahrir-Platz kam im Januar 2011 das ebenfalls selbstfinanzierte Comic-Magazin „Toktok“ heraus.<sup>19</sup> Ein Jahr lang bereitete sich eine Gruppe von acht Künstlerinnen und Künstlern um den Zeichner Shennawy vor, um nach langer Zeit wieder ein reines Comic-Magazin für Erwachsene herauszubringen. „Toktok“ steht für eine Reihe satirischer und humoristischer Kulturprodukte, die in den vergangenen Jahren aus der Region kamen. Auch in den Wirren der Umbrüche hat sich „Toktok“ halten können; im Sommer 2011 erschien die dritte Ausgabe.

## Medien, Masse und Massenkultur

Während in Deutschland Dieter Bohlen und Heidi Klum „Superstars“ suchen, wird in Malaysia der beste Gemeindevorsteher oder in der Realityshow „Stars of Science“ aus Katar werden die besten nahöstlichen Nachwuchswissenschaftler gesucht. 2009 gab es 5600 junge Bewerber aus der Region; ein Jahr später kamen von 7000 Bewerbern 125 in die engere Wahl. Eine Jury reiste in verschiedene Länder, um 16 Erfinder auszusuchen, die anschließend im „Qatar Science and Technology Park“ die Möglichkeit bekamen, mit professioneller Unterstützung und einem üppigen Budget einen Prototypen zu entwickeln. Zwar berichtet auch hier eine TV-Show täglich aus dem Leben im Container, aber es wird nicht in der Art ähnlicher Formate 24 Stunden lang gefilmt. Nur Teile, die mit der Projektentwicklung, der Auseinandersetzung mit den Experten und Designern,

<sup>19</sup> Vgl. Webseite des Magazins: [www.toktokmag.com](http://www.toktokmag.com) (28.8.2011).

Probleme und Anpassungen der Modelle zu tun haben, werden in der Sendung ausgestrahlt. Auch werden keine Kandidaten herausgewählt. Wer nicht mehr weiter kommt, hilft den übrigen bei ihren Projekten. Am Ende stellen sie ihre Erfindung als Team in einer Liveshow vor. Millionen von Fernsehzuschauer entscheiden schließlich zusammen mit der Jury, wem der erste Preis gebührt.

Insgesamt 600 000 US-Dollar werden auf vier Preise verteilt. Die Palette von Ideen umfasste so unterschiedliche Erfindungen wie ein Gerät zur Bestimmung der Qualität von Speiseöl des 26-jährigen Mohammed Orsod aus dem Sudan, ein Scanner für Mobiltelefone, um die persönliche Verträglichkeit eines Lebensmittels zu testen, der 26-jährigen Wahiba Chair aus Algerien oder ein kabelloses Ladegerät für Mobiltelefone des 21-jährigen Marokkaners Yasser Ramil. In der ersten Staffel gewann der 22-jährige Libanese Basam Jalgha mit einem automatischen Stimmgerät für arabische Saiteninstrumente.

Zu den fundiertesten Arbeiten über Massenkultur und Jugend in der arabischen Welt gehören die Publikationen des Kulturethnologen Walter Armbrust, der seit 20 Jahren über Modernität und Massenmedien forscht. In einem Beitrag über die Verbreitung von Musikvideoclips aus dem Jahr 2005 stellt Armbrust genau jene Doppeldeutigkeit dar, die Talentshows und der Popkultur im Allgemeinen innewohnt. Sicherlich ist die Zunahme dieser Art von Unterhaltung Ausdruck einer Kommerzialisierung von Entwürfen des eigenen Lebenswegs im Privaten wie im Öffentlichen. Und es gibt genug Intellektuelle in der arabischen Welt, die diese Kommerzialisierung ebenso verurteilen wie die damit verbundene „Amerikanisierung“. Auf der anderen Seite thematisiert Popkultur auch für arabische Jugendliche viele ihrer gravierenden Probleme wie Ehe und Sexualität, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Autorität und Selbstbestimmung.

Popkultur kann beides: Sie bricht soziale Konventionen auf und stellt neue auf. Aber sie basiert auch auf vorgefertigten, globalen Konventionen. Popkultur verbreitet Elemente des Konformismus ebenso wie der Rebellion. Gesellschaftlicher Wandel manifestiert sich hier kulturell und bringt wiederum gesellschaftlichen Wandel hervor. Sie mag zwar

in manchen Fällen aus einer Subkultur entstehen, sie ist jedoch nicht *per se* eine Subkultur. Es kommt jeweils auf die inhaltliche und symbolische Ausgestaltung an. Natürlich gibt es genug Shows und Clips, die soziale wie ökonomische Unterdrückungsmechanismen perpetuieren: „Videoclips will not undermine the foundations of society, but they are part of longstanding tensions over the status of youth in a patriarchal culture. Nor will video clips liberate the individual and usher in a blossoming of democracy, though there is no question that they are a powerful palette for sketching out ideas about sexuality and the body.“<sup>10</sup> Spielshows, Realityshows, Videoclips, Popsongs können eine Form des kulturellen Widerstands gegen den Puritanismus des saudischen Wahabismus darstellen. So ist es kein Wunder, dass konservative Religionsgelehrte in allen Ländern gegen diese Popkultur agitieren. In manchen Fällen konnten sie sogar das Verbot durchsetzen, wie 2004 bei „Star Academy“ des libanesischen Senders „LBC“ und bei einer Adaption von „Big Brother“ auf „MBC“ im selben Jahr.

Auch die Suche nach dem besten Dichter der arabischen Welt reflektiert die radikalen gesellschaftlichen Veränderungen: 2010 gewann die saudische Dichterin Hissa Hilal den dritten Platz in der Sendung „Poet of Millions“ mit einem Gedicht in traditioneller Versform gegen die menschenverachtenden Gelehrtenmeinungen einiger überalterter Religionsgelehrter. Seit fünf Jahren verfolgen Millionen Zuschauer die wöchentliche Poesieshow aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Man muss die Teilnahme von Hissa Hilal auch als Teil des Kampfs um die Deutungshoheit verstehen, wie er zwar nicht nur, aber auch in der Popkultur ausgetragen wird. Schon gibt es die ersten islamistischen hetzerischen Gedichte gegen Hissa Hilal im Netz. Der Islamwissenschaftler Albrecht Hofheinz merkte 2005 an, dass „Internet is one factor that in tandem with others (satellite tv, youth culture, the ‚globalization‘ of consumer products, social networks, and ideational configurations) is creating a dynamic of change that is helping to erode the legitimacy of traditional authority structures in family, soci-

ety, culture/religion, and also the state, and thus creating pressure for reform. Slowly and not without setbacks, but in the end inexorably, young people are claiming ‚private‘ spaces of freedom that are influencing their social attitudes. In the face of this process, ideas on the relations between state, society, and the individual that may have been generally accepted for generations are changing, and the Internet is the medium where such change is often most vigorously expressed.“<sup>11</sup>

Natürlich gibt es auch klassische Show-Formate, in denen junge Talente singen, tanzen, beatboxen, rappen, Ballet tanzen oder Akrobatik vorführen. So begann der von saudischen Geschäftsleuten finanzierte Sender „Middle East Broadcasting Center 4“ („MBC 4“) am 14. Januar 2011 mit der Adaption einer amerikanischen Talentshow unter dem Titel „Arabs got Talent“. Und Ende Juni 2011 brachte „MBC 1“ den Sängerwettbewerb „Arab Idol“ heraus. „MBC“ wurde 1991 in London gegründet und war der erste panarabische, private und kostenlose Satellitenkanal. 2002 verlegte der Sender seinen Hauptsitz nach Dubai. Wie fast alle arabischen Medien produziert „MBC“ insbesondere für den saudischen Markt. Inhalte werden dementsprechend hergestellt, zensiert, internationale Spielfilme werden gekürzt. Trotzdem ist ein Blick auf diese Formate wichtig, eben weil sie äußerst populär sind und Massen erreichen, von denen das Kino oder der Roman nur träumen kann. „MBC“ spricht von 130 bis 150 Millionen Zuschauern.

Armbrust weist zu Recht darauf hin, dass die Popkultur des 20. Jahrhunderts Erfolg schon immer mit moderner Bildung verknüpft hat; dies ist keine Erfindung des Satellitenfernsehens oder der Spielshows. Trotzdem wurde in der Wissenschaft die Beschäftigung mit der Hochkultur bevorzugt. Verschiedene Wissenschaftler haben dazu angemerkt, dass auch sie das Bild von Hoch-, Massen- und Populärkultur, von Kunst und Kommerz, verzerrten, da sie selbst bestimmte Vorlieben hegten. Armbrust hat dies in Bezug auf Ägypten treffend zusammengefasst: „The chief barrier to studying Egyptian popular culture is

<sup>10</sup> Walter Armbrust, What would Sayyid Qutb Say? Some Reflections on Video Clips, in: American University Cairo Press (ed.), Culture Wars: The Arabic Music Video Controversy, Kairo 2005, S. 28.

<sup>11</sup> Albrecht Hofheinz, The Internet in the Arab World: Playground for Political Liberalization, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Bonn 2005, S. 95.

that it is commercial and oriented toward an Arabic speaking market. Commercial culture is sometimes depicted as erasing authentic non-Western cultures, and in Egypt the dilution of local culture by Western influence is, in fact, a common element in both artistic performance and critical opinion on the part of layman and expert alike. But to interpret Egyptian popular culture either as a straightforward imitation of the West or, conversely, as cryptic resistance to hegemonic power, would as often as not lead one to misunderstand the character of the art.“<sup>12</sup>

## Individuelle Ausdrucksfreiheit durch Massenkultur

Im Zentrum der hier nur cursorisch zusammengestellten Medien vom Comic-Magazin bis zur Talentshow steht der Ruf nach individueller Ausdrucksfreiheit, nach Teilhabe und Wahlfreiheit des Individuums. Wahlfreiheit ist im Übrigen keine Erfindung des Neoliberalismus. Auch Individualismus ist zunächst ein wertfreier Begriff. Er kann positive, emanzipatorische Auswirkungen haben wie auch negative – wie zunehmender Egoismus oder die Vereinzelnung des Menschen. Jahrhundertalte Loyalitäten zerbrechen im Prozess der Individualisierung ebenso wie überkommene Autoritäten.

Spielshows sind nicht allein Ausdruck einer nivellierenden, neoliberalen Massenkultur. Man darf sie nicht nur als Kopie westlicher Wirtschaftsgüter abtun, sondern sollte über die Gemeinsamkeit in der Form hinaus die spezifische Aneignung in lokalen Kontexten erkennen. Im Mittelpunkt dieser Talentshows steht die eigenständige Entscheidungs- und Meinungsbildung. In der Region nutzen verschiedene Medien Shows wie diese, um stolz über das eigene Innovations- und Kreativitätspotenzial zu berichten. Wer 2009 mit einem der 7000 Kandidaten und Kandidatinnen von „Stars of Science“ gesprochen hätte, hätte vielleicht etwas mehr über die Lebenssituation einer Vielzahl junger Menschen, ihre Hoffnungen und Visionen für die Zukunft erfahren.

<sup>12</sup> Walter Armbrust, *Mass Culture and Modernism in Egypt*, Cambridge 1996, S. 3.

*Inken Wiese*

# Arabische Entwicklungspolitik im Jemen: Soziale Reformen zur Stabilisierung

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Katar und Saudi-Arabien scheinen von den jüngsten Aufständen und Unruhen in ihrer unmittelbaren wie mittelbaren arabischen Nachbarschaft bisher weitestgehend verschont geblieben zu sein. Die von ihnen ergriffenen politischen Maßnahmen weisen aber darauf hin, dass sie sich durch regionale Entwicklungen in erheblichem Maße betroffen sehen.

**Inken Wiese**

M. A., geb. 1975; Doktorandin am Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“, Universität Konstanz, Postfach 211, 78457 Konstanz. [inken.wiese@uni-konstanz.de](mailto:inken.wiese@uni-konstanz.de)

Sie sorgen sich um die Zukunft der Monarchien in ihren nahöstlichen autoritären Ausprägungen, welche den jeweiligen Bevölkerungen keine oder nur geringe politische Mitsprache ermöglichen. Dies zeigt unter anderem die militärische Intervention Katars und der VAE an der Seite der Saudis zur Stabilisierung des sunnitischen Herrscherhauses in Bahrain. Hinzu kommt die Ankündigung der im Golfkooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC) zusammengeschlossenen Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, VAE, Katar, Bahrain und Oman im Mai 2011, die beiden anderen Monarchien in der arabischen Welt, Jordanien und Marokko, aufnehmen zu wollen. Innen- wie außenpolitischen Forderungen nach der Einführung einer konstitutionellen Monarchie soll dadurch Einhalt geboten werden.<sup>1</sup> Ein Ende März 2011 annoncierter Fonds in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar, den der GCC in den kommenden zehn Jahren für die soziale Entwicklung in Oman und Bahrain ausschütten will, weist darauf hin, dass vor allem sozioökonomische Unzufriedenheit als Ursache für die Forderungen der Bevölkerungen nach politischer Mitbestimmung gesehen wird.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Al Ahram vom 6.7.2011.

<sup>2</sup> Vgl. Khaleej Times vom 10.3.2011.

Die Verbesserung der sozialen Lage vor allem auf der arabischen Halbinsel gehört daher zu den kurz- und mittelfristigen politischen Prioritäten des GCC.

Am nachhaltigen Nutzen solcher ökonomischer Interventionen bestehen allerdings Zweifel, da sie die strukturelle Abhängigkeit der ärmeren Golfstaaten von ihren Nachbarn perpetuieren. Gerade die Subventionierung von höheren Löhnen im staatlichen Sektor mit Geldern des Fonds wird kritisiert; stattdessen solle man den Privatsektor stärken und das Bildungswesen modernisieren.<sup>¶</sup> Solche Kritik übersieht, dass Katar und die VAE bereits seit einigen Jahren mit Instrumenten experimentieren, um in den wirtschaftlich weniger privilegierten Nachbarstaaten strukturelle Veränderungen in der Sozial- und Bildungspolitik einzuleiten. Der folgende Artikel zeigt am Beispiel des Jemen, wie diese beiden Staaten in enger Abstimmung mit der jemenitischen Regierung stabilisierend und vorbeugend agierten. In diesem Zusammenhang sind nicht nur verschiedene Großprojekte der arabischen Entwicklungsbanken zu nennen, sondern auch die in den vergangenen Jahren von den Herrscherfamilien Katars und der VAE ins Leben gerufenen philanthropischen Organisationen.

## Entwicklungszusammenarbeit als außenpolitisches Instrument

Die finanzstarken Golfstaaten sind seit Jahrzehnten in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) präsent. Kuwait fördert bereits seit 1961 über den Kuwait Fund for Arab Economic Development Projekte, Saudi-Arabien und die VAE folgten Anfang der 1970er Jahre mit ähnlichen Institutionen. Während sie zunächst nur arabische Länder unterstützten, haben alle nationalen Fonds sowie später eingerichtete multinationale Fonds wie der Arab Fund for Economic and Social Development oder die Islamic Development Bank, zu deren einflussreichsten Teilhabern die Golfstaaten gehören, ihre Förderpraxis auf den gesamten Globus ausgeweitet. Bis 2008 flossen auf diese Weise über 270 Milliarden US-Dollar, wobei allein der

saudische Anteil 63,6 Prozent beträgt. Kuwait und die VAE folgen mit 16,3 Prozent und 11,5 Prozent.<sup>¶</sup> Katar engagierte sich in der Vergangenheit vor allem durch Beiträge an multinationale Fonds, bemüht sich jedoch seit einigen Jahren um den Aufbau einer eigenen nationalen Entwicklungspolitik mit entsprechenden Organisationen. Diese Zahlen sind jedoch aufgrund mangelhafter Berichterstattung und Transparenz der arabischen Geberstaaten gerade über ihre bilateralen EZ-Vereinbarungen nur begrenzt belastbar. Obwohl die arabischen Entwicklungsgelder in einigen Staaten der arabischen Welt bis zu 40 Prozent der Gesamtentwicklungshilfe ausmachen (und im Falle des Jemen sogar darüber hinaus gehen), sind die Koordinierungsmechanismen zwischen den arabischen und den OECD-Staaten nicht zuletzt aufgrund der geringen Einbindung der Golfstaaten in den Development Assistance Committee (DAC) unterentwickelt. Trotz diverser Bemühungen in den 1980er Jahren gibt es erst seit 2009 wieder jährliche Koordinierungstreffen zwischen dem DAC und dem Arab Fund.<sup>¶</sup> Allerdings gibt es von arabischer Seite starke Kritik an den wirtschaftlichen und teils auch politischen Konditionen, mit denen DAC-Länder ihre EZ häufig versehen. In diesem Punkt stimmen die arabischen Geberländer mit den *emerging donors* (Länder wie Brasilien, Südafrika oder Indien) überein, die sich von ihrer früheren Empfängerrolle emanzipiert haben und die Frage der EZ-Konditionalisierung aus eigener Erfahrung problematisieren.<sup>¶</sup> Ein weiterer Streitpunkt ist die fast ausschließliche Konzentration arabischer Fonds auf große Infrastrukturprojekte. Auf den jüngsten Koordinierungstreffen wurde daher vereinbart, künftig die jeweiligen Expertisen besser zu kombinieren.<sup>¶</sup> Allerdings fällt auf, dass es auch zu Konkurrenzverhalten unter den Golfstaaten kommt, insbesondere zwischen Katar und Saudi-Arabien, was Koordinierungsbemühungen unter den

<sup>¶</sup> Vgl. The World Bank, Arab Development Assistance, Washington, DC 2010, S. 8.

<sup>¶</sup> Vgl. Chair's Report, Joint Meeting of Coordination Group Institutions and the OECD DAC, Kuwait, 10.5.2009, [www.oecd.org/dataoecd/61/3/44132575.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/61/3/44132575.pdf) (25.7.11)

<sup>¶</sup> Vgl. Sachin Chaturvedi, Aufstrebende Mächte als Akteure der Entwicklungspolitik, in: APuZ, (2010) 10, S. 29–33.

<sup>¶</sup> Chair's Report (Anm. 5), S. 2.

<sup>¶</sup> Vgl. Steffen Hertog, The Costs of Counter-Revolution in the GCC, in: Foreign Policy vom 31.5.2011.

arabischen Gebern selbst erschwert.<sup>8</sup> In den vergangenen Jahren sind jedoch von Seiten der arabischen Geber verstärkt Bemühungen um eine regelmäßige und umfassendere Berichterstattung an den DAC sowie das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (VN) zu beobachten. Besonders die VAE stechen hier hervor.<sup>9</sup> Dahinter steht vor allem der Wunsch, als international verantwortlich agierende politische Akteure wahrgenommen zu werden.<sup>10</sup>

## Philanthropisches Engagement

Das verbesserte Berichtswesen ermöglicht nun eine detaillierte Übersicht über inhaltliche und geografische Förderschwerpunkte der arabischen EZ. Die Übersicht zeigt, dass einige Länder neben der Förderung von Infrastrukturprojekten und bilateralen Krediten auch neue Wege einschlagen. So wurden in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von philanthropischen Organisationen durch die Herrscherhäuser Katars, Saudi-Arabiens und der VAE gegründet. Sie greifen damit den internationalen Trend von EZ-orientierter Philanthropie auf, der durch prominente Vertreter wie die Melinda and Bill Gates Foundation, die sich in der globalen Gesundheitspolitik engagiert, ein großes Medienecho erfährt und sich zunehmend auf Praktiken internationaler EZ auswirkt.<sup>11</sup>

Philanthropie als Trend wird in der Region auch akademisch begleitet, wie die Gründung des Gerhart Center for Philanthropy and Civic Engagement an der Amerikanischen Universität in Kairo zeigt. Darüber hinaus vernetzen sich die Philanthropen regional und global wie etwa im World Congress of Muslim Philanthropists (WCMP), der 2011 schon zum vierten Mal stattfand. Während sich einige arabische Philanthropen auf diese Weise Zugang zu den wirtschaftlichen Netzwerken anderer internationaler Philanthropen erhoffen, steht für andere als leitendes Motiv das

<sup>8</sup> Vgl. Adele Harmer/Ellen Martin (eds.), *Diversity in Donorship*, London 2010, S. 46.

<sup>9</sup> Vgl. Kimberly Smith, *United Arab Emirates Reporting to the OECD DAC*, Paris 2011.

<sup>10</sup> Vgl. Habiba Hamid, *Overseas Development Assistance from the UAE*, Dubai 2009, S. 4.

<sup>11</sup> Vgl. Robert Martin/Witte Jan Martin, *Transforming Development?*, Berlin 2008, S. 9.

religiöse Gebot des wohltätigen Gebens in Form von *sadaqa* oder von religiösen Stiftungen (*waqf*) im Vordergrund. Gerade nach der pauschalen Verurteilung islamischer Wohlfahrtsorganisationen nach dem 11. September 2001 in Bezug auf Terrorismusfinanzierung wollen viele Muslime den Einsatz ihrer Spendengelder nun lieber selbst kontrollieren. Zahlreiche Studien zeigen aber, dass die Förderung politischer Interessen über religiöse Stiftungen bereits in der Geschichte keine Seltenheit war.<sup>12</sup>

Beispielhaft für diesen Trend am Golf sind Silatech in Katar sowie Dubai Cares und die Muhammad bin Rashid Al Maktoum Foundation in den VAE. Diese drei Organisationen fallen durch für die Golfregion innovative Instrumente des Fundraising, der Einbindung der eigenen Bevölkerungen, der Projektarbeit im Empfängerland sowie der Rolle von Forschung zur Grundierung ihrer Arbeit auf.

Dubai Cares: Das Stiftungsvermögen von Dubai Cares in Höhe von einer Milliarde US-Dollar stammt zu 50 Prozent von Sheikh Muhammad bin Rashid Al Maktoum, dem Emir von Dubai. Der Schwerpunkt der Stiftung liegt in der Förderung der Grundschulbildung, um ausgewählte Entwicklungsländer bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele zu unterstützen. In Partnerschaft mit international anerkannten Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Organisationen der VN fördert sie Projekte, die neben der Modernisierung von Lerninhalten und der Schulausstattung besonders die Aspekte Ernährung und Hygiene betonen. Die Projekte sollen wissenschaftlich ausgewertet werden, wobei die Erkenntnisse nicht nur der Verbesserung internationaler EZ-Projekte zugute kommen, sondern auch den Ruf Dubais als Akteur der Entwicklungspolitik festigen sollen.

Muhammad bin Rashid Al Maktoum Foundation (MBRF): MBRF soll mit einem Stiftungsvermögen von 10 Milliarden US-Dollar die arabische Wissensproduktion ankurbeln. Gefördert werden zum einen Übersetzungen

<sup>12</sup> Vgl. Said Amir Arjomand, *Philanthropy, the Law, and Public Policy in the Islamic World before the Modern Era*, in: Warren Ilchman/St Stanley Katz/Edward Queen (eds.), *Philanthropy in the World's Traditions*, Bloomington 1998, S. 109–132.

ins Arabische und Kulturaustausch, zum anderen die Ausarbeitung sogenannter *home grown solutions* für die Herausforderungen, mit denen die arabische Welt konfrontiert ist. Für den Bereich der EZ ist MBRF nennenswert, da es das Problem der Ausbildung für den privaten Arbeitsmarkt angeht. Zu diesem Zweck kooperiert MBRF mit Organisationen und Regierungen zur Reformierung des Berufsbildungswesens in verschiedenen arabischen Staaten.

**Silatech:** Angesichts der Tatsache, dass Menschen unter 25 Jahren einen Anteil von knapp 60 Prozent an der arabischen Gesamtbevölkerung stellen, hat die katarische Organisation Silatech das Thema Jugendarbeitslosigkeit zum Hauptanliegen ihres Engagements gemacht. Im „Silatech Index“, der auf knapp 18000 Interviews des Gallup-Instituts in 19 arabischen Ländern basiert, werden Länderanalysen für die Lage von jungen Menschen in der arabischen Welt erstellt, welche die Grundlage für die Projekte in diesen Ländern darstellen.<sup>13</sup> Silatech arbeitet gemeinsam mit akademischen Institutionen und lokalen Medien daran, das Konzept des sozialen Unternehmertums in der Region zu propagieren, wozu auch die Forderung nach Erleichterungen beim Registrieren von NRO gehört. Die Organisation ist zu Wirtschaftlichkeit angehalten und muss ihre Projekte zu etwa 80 Prozent durch auswärtige Investitionen finanzieren.

## Entwicklungszusammenarbeit im Jemen

Im Jemen sind die GCC-Staaten seit Jahrzehnten entwicklungspolitisch aktiv. Zwischen 1990 und 2004 sollen der Arab Fund, der Saudi Fund for Development, die IDB und der OPEC Fund über eine Milliarde US-Dollar in EZ-Projekte im Jemen investiert haben.<sup>14</sup> Auf der Geberkonferenz für den Jemen 2006 in London stellten die Golfstaaten und arabische Fonds mehr als die Hälfte der zugesagten 4,7 Milliarden US-Dollar in Aussicht, wovon an bilateralen Zusagen 1,2 Milliarden

auf Saudi-Arabien, 650 Millionen auf die VAE und knapp 400 Millionen auf Katar entfielen. Auch die weniger reichen GCC-Mitglieder beteiligten sich. Im Vergleich dazu fielen die europäischen Zusagen mit Großbritannien als größtem Geber mit 230 Millionen geradezu bescheiden aus.<sup>15</sup> Allerdings waren ein Großteil dieser von arabischer Seite zugesagten Gelder bis 2010 nicht verausgabt worden. Als Ursache dafür wird genannt, dass die Abstimmung mit den arabischen Gebern, die in der Regel nicht über lokale Repräsentanten in den Empfängerländern verfügen, schleppend verläuft. Die jemenitische Regierung ist bemüht, unter den europäischen Gebern mehr Akzeptanz für die Infrastrukturprojekte der arabischen Geber zu wecken, um eine Arbeitsteilung zwischen arabischen Gebern für *hardware* und westlichen Gebern für *software* zu sichern. Insbesondere sollen dadurch Einmischungen in die arabischen Projekte verhindert werden, welche von europäischer Seite mit Kritik an fehlender Rechtsstaatlichkeit im Jemen gerechtfertigt wird.

Was die EZ-Großprojekte der GCC-Staaten im Jemen betrifft, konzentriert sich Saudi-Arabien auf den Ausbau des Energiesektors, den Neubau und in bedingtem Umfang die Ausstattung von Krankenhäusern, den Neubau von Schulen sowie Anbauten an Universitäten und technischen Fachhochschulen, den Ausbau von zentralen Versorgungsstraßen im Land sowie Modernisierungen im Gesundheitswesen. Einige dieser Investitionen werden durch rückzuzahlende Kredite, andere durch Schenkungen des Herrscherhauses finanziert. Auch die VAE engagieren sich im Energiesektor, in der Wasserversorgung, im Gesundheitssektor, im Ausbau von Straßen und Häfen und im Neubau von Universitätsgebäuden. Hinzu kommt ein Projekt in Höhe von 60 Millionen US-Dollar in Kooperation mit dem Innenministerium der VAE zur Einführung von elektronischen *Smart Cards* anstelle der bisherigen Identitätsdokumente. Katar wiederum konzentriert ein Drittel seiner Zusagen auf den Ausbau von Straßen, während zwei Drittel in die Al-Saleh Medical City investiert werden sollen. Da alle diese Projekte mit dem jemenitischen Präsidenten

<sup>13</sup> Vgl. The Silatech Index. Voices of Young Arabs, Doha 2010.

<sup>14</sup> Die Zahlen stammen aus einem bisher unveröffentlichten Konferenzbeitrag von Edward Burke aus dem Jahr 2010, der dafür eine Verlautbarung der jemenitischen Regierung vom 26. 9. 2005 angibt.

<sup>15</sup> Vgl. Arbeitspapier für ein GCC-EU-Koordinierungstreffen aus dem jemenitischen Ministry of Planning and International Cooperation, Progress on the Use of Pledged Resources, Sanaa 2010, S. 4.



Ali Abdullah Salih vereinbart wurden, bleibt abzusehen, ob und in welchem Umfang sie kurz- und mittelfristig fortgesetzt werden.

## Humanitäre Projekte im Jemen

Vor allem die VAE und Katar sind über ihre nationalen Organisationen des Roten Halbmonds auch in verschiedene humanitäre Projekte im Jemen involviert. So kümmert man sich um die innerjemenitischen Flüchtlinge aus der Grenzregion mit Saudi-Arabien, die von den militärischen Auseinandersetzungen zwischen der jemenitischen Regierung und den Huthi-Rebellen betroffen sind. In Kooperation mit regierungsnahen jemenitischen Organisationen wurden neue Flüchtlingslager eingerichtet, deren Ausstattung teils weit über das Niveau der von den VN unterhaltenen Flüchtlingslager hinausgeht. Entsprechend wurde Kritik von den VN an diesen Lagern laut.

Die VAE haben zudem im Juni 2011 dazu aufgerufen, jemenitische Familien, die durch die Unruhen betroffen sind, durch Geldspenden an internationale Organisationen und an im Jemen aktive VAE-Organisationen zu unterstützen. Stets bedacht darauf, diese Spenden auch für die internationale Berechnung der EZ-Leistungen zu nutzen, wurde im selben Kontext auch um die Benachrichtigung über eventuelle Spenden an die entsprechende Institution in den VAE gebeten. Zu ähnlichen Spendenaktionen riefen die VAE in den vergangenen Monaten auch für Tunesien und Libyen auf.

## Soziale Projekte im Jemen

Jenseits dieser entwicklungspolitischen Großprojekte und der humanitären Hilfe sind Katar, die VAE und Saudi-Arabien jedoch auch sozial- und arbeitsmarktpolitisch im Jemen engagiert. So loben sie in erheblichem Umfang Stipendien für jemenitische Schülerinnen und Schüler sowie Studierende für Universitäten in der gesamten arabischen Welt aus. Dubai Cares investierte allein 2009 1,5 Millionen US-Dollar in die Projekte von UNICEF zur Verbesserung der jemenitischen Grundschulbildung. Darüber hinaus investieren die GCC-Staaten über 200 Millionen US-Dollar in den staatlichen jemenitischen Social Fund for Development, der unter anderem Mikrokredite vergibt. Besonders Silatech aus Katar, das im Jemen einen ei-

genen Koordinator für seine Projekte beschäftigt, fördert die Kooperation mit der lokalen Mikrokreditbank Bank Al-Amal. Gemeinsam arbeiten Silatech und MBRF zudem an der Übersetzung von Dokumenten und Studien zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, die im Jemen, aber auch in anderen arabischen Ländern zum Einsatz kommen sollen.

Hinzu kommen Projekte, in deren Rahmen Silatech in Kooperation mit mehreren regional aktiven Unternehmen aus der Baubranche Jugendliche für den Bausektor ausbildet. Bereits 1000 Jugendliche konnten so als Trainer qualifiziert werden und sollen nun weitere Jugendliche ausbilden, die sowohl im Jemen als auch in den benachbarten arabischen Ländern Arbeit finden sollen. Im GCC wird derzeit über Möglichkeiten der Arbeitsfreizügigkeit von Jemeniten diskutiert, um die ausgebildeten jungen Menschen aufzunehmen und dadurch die Heimatüberweisungen in den Jemen zu steigern.

## Ausblick

Auch wenn die bisher engen Beziehungen des GCC zum jemenitischen Präsidenten Salih aufgrund seiner Weigerung, auf die GCC-Vermittlungsbemühungen einzugehen, derzeit strapaziert sind, wird der Jemen wegen seiner geografischen Lage auch weiterhin im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit des GCC stehen. Die Unruhen unter der Bevölkerung bestätigten Staaten wie Katar und die VAE in ihrer Problemanalyse und damit in ihrem philanthropischen Fokus auf Themen wie Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildung, die sie als Stiefkinder westlicher EZ und deren Betonung auf politischen Reformen betrachten. Ob die Philanthropen ihre Strategie, in enger, vielleicht allzu enger Umarmung mit den arabischen Regierungen vorzugehen, beibehalten werden, bleibt jedoch abzuwarten. Muslimische Philanthropen warnen vor überstürztem Handeln: „Grassroots activism and civic engagement must mature in order to deliver such change, and that maturation process needs time and thoughtful investment from the public, private and philanthropic sector.“<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Declaration of the 4th WCMP, 23.-24.3.2011 in Dubai.

Christian Hacke

# Deutschland und der Libyen-Konflikt: Zivilmacht ohne Zivilcourage

Essay

Am 17. März 2011 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1973, um die libysche Rebellion gegen

**Christian Hacke**

Prof. em. Dr. phil., geb. 1943;  
Seminar für Politische Wissen-  
schaft der Universität Bonn,  
Lennéstraße 25, 53113 Bonn.  
christian.hacke@online.de

das Gaddafi-Regime zu unterstützen. Frankreich, Großbritannien und die USA forcierten die Einrichtung einer Flugverbotszone. Deutschland hingegen stand nicht nur abseits, sondern antichambrierte gegen seine engsten Verbündeten. Die Sicherheitsratsmitglieder Russland und China verzichteten – zur Überraschung Deutschlands – auf ein Veto. Berlin hatte die Durchsetzungsfähigkeit der Verbündeten ebenso unterschätzt wie die diplomatische Anpassungsfähigkeit der beiden autoritären Mächte China und Russland. Zwar hat sich Deutschland in der Abstimmung zur Resolution 1973 enthalten. Gleichwohl hat die Bundesregierung nie einen Zweifel an der Verwerflichkeit des Gaddafi-Regimes gezeigt – anders als die Interventionsmächte Frankreich und Großbritannien oder die Vetomächte Russland und China –, weshalb sie die politische Stoßrichtung der Resolution durchaus unterstützte. Ihre Bedenken richteten sich „nur“ gegen die Wahl der Mittel, das heißt gegen die Flugverbotszone und das damit verbundene militärische Eingreifen. Dennoch: Welche Auswirkungen hat Deutschlands Enthaltung für seine Rolle in Europa und in der atlantischen Welt? Leitet der deutsche Außenminister eine Absatzbewegung vom westlichen Bündnis ein? Oder ist die Enthaltung im Libyen-Konflikt lediglich ein (un-)diplomatischer Fehler? Praktizierte Berlin gar kluge Zurückhaltung, während die NATO in Libyen ihre ohnehin geschwundenen Kräfte zu überdehnen schien? Diese Fragen sind mit einem zen-

tralen Problembündel verknüpft, das den Westen seit 20 Jahren zu überfordern droht: der humanitären Intervention.

## Problem der humanitären Intervention

Auf die Zeitenwende von 1989/90 folgte eine Epoche der Kriege und Konflikte, auf welche die westliche Staatengemeinschaft mit Interventionen zu humanitären Zwecken reagierte. Bei evidenten Verbrechen gegen die Menschlichkeit soll eingegriffen werden. Doch bis heute herrscht in der Politik wie auch der Politikwissenschaft Unklarheit darüber, wie genau ein „evidentes Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu definieren ist.<sup>1</sup> Vor allem machtpolitische und nationale Interessenvorbehalte verhinderten in der Regel die erforderliche Geschlossenheit des Sicherheitsrats als Voraussetzung für eine gemeinsame Handlungsfähigkeit. Umso überraschender war es, als diese Hemmnisse im Fall Libyens überwunden werden konnten. Erscheint mancher militärische Eingriff des Westens in der weltpolitischen Weite seit 1990 retrospektiv fragwürdig – vor allem im Hinblick auf die kostenintensiven und begrenzt erfolgreichen Interventionen von Somalia bis Afghanistan –, so war dies im Fall Libyens aus nachbarschaftspolitischen und völkerrechtlichen Gründen weniger strittig als bei früheren Anlässen.

Wer hatte nun in Libyen die Moral auf seiner Seite: die *Interventionisten*, die menschenrechtlich-kosmopolitisch und mit „guter Absicht“ handelten, oder die *Isolationisten* wie die Bundesrepublik, die vor der Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten, der Anwendung von Gewalt, den Folgekosten und der unklaren Zielperspektive warnten?<sup>2</sup> Zunächst schienen alle Argumente für die Isolationisten zu sprechen: Niemand wusste, wie die Rebellion in Libyen ausgehen würde, eine militärische Eskalation und der Einsatz von Bodentruppen waren nicht auszuschließen. Klare Konfliktlinien zwischen einem freiheitssehnsüchtigen Volk und dem Gaddafi-Regime fehlten ebenso wie eine Perspektive für *regime change* und Demokratisierung. Zu befürchten war, dass je länger der Konflikt

<sup>1</sup> Vgl. Josef Braml et al. (Hrsg.), Einsatz für den Frieden, München 2010.

<sup>2</sup> Vgl. Sibylle Tönnies, Weltgewalt in Libyen, in: WeltTrends, (2011) 79, S. 7f.

andauern, je mehr Opfer er fordern würde, desto eher das Bündnis an die Grenzen seiner Handlungsfähigkeit stoßen würde. Auch der Wiederaufbau des Landes mithilfe des Westens würde die ohnehin kostenintensive Bürde für ein weiteres *nation building* – nach Bosnien, Kosovo, Afghanistan und Irak – beschweren. Er würde sich weiter militärisch, finanziell und ökonomisch übernehmen.<sup>¶</sup>

Die Bedenken waren nicht abwegig, deshalb wurde die amtierende Bundesregierung – in der Tradition der aufgeklärten Zivilmacht – schon sehr früh zum Mahner in Libyen. Diese nicht unsympathische Einstellung korrespondierte mit der außenpolitischen Kultur der Zurückhaltung, welche die Bundesrepublik seit Jahrzehnten prägt. Im Kalten Krieg war glücklicherweise nur Kampfbereitschaft ohne militärischen Einsatz gefragt. Doch das Prinzip der Abschreckung begünstigte die Ausprägung einer sicherheitspolitischen Trittbrettfahrermentalität, ein sicherheitspolitisches „Konsumentenverhalten“ ohne Verantwortungsbewusstsein. Die Balkan-Kriege zu Beginn der 1990er Jahre belegen den Anachronismus einer Kultur der Zurückhaltung angesichts von Terror, Barbarei und Krieg im Herzen Europas. Deutschland verpasste nach 1990 den Sprung vom passiven Sicherheitskonsumenten zum aktiven Sicherheitsproduzenten<sup>¶</sup> – um aggressive Diktatoren rechtzeitig in die Schranken weisen zu können. Diese Trittbrettfahrermentalität wandelte sich in eine „Scheckbuch-Diplomatie“, die im Golf-Krieg 1990 ihre Bewährungsprobe bestand: Anstatt militärisch mitzuwirken, zahlte Deutschland ein Drittel der Kriegskosten von insgesamt zwanzig Milliarden US-Dollar und lieferte Kriegsmaterial. Ziel war es, der eigenen Bevölkerung zu suggerieren, dass die Regierung alles tat, um das Bild einer friedliebenden Zivilmacht zu bestätigen. Erst im NATO-Luftkrieg gegen Serbien im Kosovo 1998 wurden die pazifistischen Vorbehalte durch das moralische Argument außer Kraft gesetzt. Doch unter dem Eindruck der problematischen Intervention der USA im Irak und des fragwürdigen westlichen Engagements in Afghanistan drehte sich die Stimmung in Deutschland wieder: Außenpolitische Moral

¶ Vgl. August Pradetto, Der andere Preis der Freiheit, in: Internationale Politik (IP), (2011) 4, S. 53–59.

¶ Vgl. Hans-Ulrich Klose/Ruprecht Polenz, Wahre Werte, falsche Freunde, in: ebd., S. 20.

wird wieder isolationistisch und pazifistisch dekliniert. Sicherheitspolitische und politische Entscheidungsträger scheuten sich davor, die eigene Bevölkerung ausreichend über neue Gefahren aufzuklären. Auf diese Weise konnten weder eine angemessene außen- und sicherheitspolitische Debattenkultur noch Verständnis für Bündnissolidarität entstehen. Vielmehr vertiefte sich der Graben im politischen Westen zwischen denjenigen, die bereit waren, militärisch gegen Gräueltaten der Diktatoren vorzugehen, und denjenigen, die wie Deutschland wenig Neigung verspürten, die Lasten mitzutragen.

Dieser Haltung blieb Deutschland über 20 Jahre treu, so dass folgendes Verhaltensmuster entstand: Die „Drückebergerei“ nahm zu, Deutschland wurde selten initiativ, handelte primär reaktiv und oft wie in Somalia zu spät und nur auf äußeren Druck der Partner.<sup>¶</sup> Diese postheroische Einstellung begrenzte die Effektivität aller humanitären Interventionen, da der Wunsch zu helfen nicht mit der notwendigen „Einsatzbereitschaft“ korrespondierte. Wenn wie in Afghanistan der Einsatz deutscher Soldaten am Boden bündnispolitisch unumgänglich wurde, dann sollte dies möglichst ohne direkte Kampfhandlungen ablaufen. Folglich kamen deutsche Soldaten so gut wie nie an der Seite der NATO-Partner zum Einsatz. Die Bundeswehr blieb weitgehend in organisatorischer Selbstbestätigung stecken, anstatt bei humanitären Interventionen zu überzeugen. Deutschland war also für humanitäre Interventionen wie in Libyen schlecht vorbereitet.

## Deutsche Rolle im Libyen-Konflikt

So erstaunt es wenig, dass Deutschland in der Libyen-Krise konsequent seine zivile Sonderwegmentalität beibehielt, selbst als Gaddafi seine Schergen anwies, die Rebellion für Freiheit und Menschenrechte niederzuschlagen. Während die befreundeten Westmächte „kein weiteres Srebrenica“ zulassen wollten und nach Wegen suchten, um das befürchtete Massaker an der libyschen Bevölkerung zu verhindern, beharrte Deutschlands Außenminister Guido Westerwelle auf einer politischen Lösung. Die Bundesregierung machte aus ih-

¶ Vgl. Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2003, S. 391 ff.

rer „großen Skepsis“<sup>16</sup> gegenüber der von den NATO-Partnern geforderten Flugverbotszone keinen Hehl. Hinter dieser Haltung muss auch innenpolitisches Kalkül vermutet werden: Die Regierung stand unter massivem Druck aufgrund der aufgeheizten Anti-Atomstimmung nach der Katastrophe in Japan im März 2011; es herrschte weitverbreitete Angst vor einem wirtschaftlichen Absturz angesichts der europäischen Schulden- und Eurokrise; in den anstehenden Wahlkämpfen wollten sich die Regierungsparteien nicht des Vorwurfs einer „kriegstreibenden Partei“ aussetzen. Neben diesen taktischen Überlegungen gab es auch substantielle politische Argumente und oben erwähnte Bedenken, die gegen ein Eingreifen sprachen. Außenminister Westerwelle wurde nicht müde, diese immerfort ins Feld zu führen – selbst bis kurz vor der Flucht Gaddafis aus Tripolis Ende August 2011.

Die westlichen Demokratien waren angesichts der drohenden Massaker zu militärischer Gegengewalt entschlossen. Wären die Verbündeten und die libyschen Rebellen Westerwelles Ratschlägen gefolgt, wären letztere heute wahrscheinlich tot und der Westen blamiert. Doch die NATO zeigte Selbstbehauptungswillen, weil die Demokratien aus dem Zweiten Weltkrieg andere Schlussfolgerungen gezogen hatten als die Deutschen. Sie handeln nicht nach der Maxime „Nie wieder Krieg“, sondern „Nie wieder Beschwichtigungspolitik wie 1938“. Hier liegt der historisch begründete Knackpunkt zwischen Deutschland und seinen Verbündeten. Deutschlands Scheinneutralität kam faktisch der Parteinahme für Gaddafi gleich, denn „wer sich aus dem innerlibyschen Bürgerkrieg heraushält ergreift praktisch Partei für den Despoten. Es ist das Dilemma, aus dem man durch moralische Appelle zum Gewaltverzicht nicht herauskommt.“<sup>17</sup>

Zur Fehleinschätzung der internationalen Konstellation gesellte sich innenpolitische Fehlkalkulation. Die Enthaltung in New York brachte keine zusätzlichen Wählerstimmen. Im Gegenteil. Endgültig zum Verhängnis wurde dem Außenminister, als er nach dem vor-

läufigen Sieg der Rebellen bei ihrem Einzug in Tripolis öffentlich den Eindruck zu erwecken suchte, Gaddafi wäre durch die von ihm favorisierten Sanktionen in die Knie gezwungen worden, ohne die Opfer und Leistung der Partner mit einem Wort zu erwähnen oder zu würdigen. Diese handwerklichen Fehler und Versäumnisse markieren einen bislang unbekanntes Tiefpunkt deutscher (Un-)Diplomatie in der Geschichte der Bundesrepublik. Dieser Eindruck verstärkt sich mit Blick auf die vorläufigen Ergebnisse der militärischen Intervention in Libyen. So brauchte der libysche Aufstand Hilfe von außen, denn anders als die Tunesier und Ägypter konnten die Libyer ihren Tyrannen nicht aus eigener Kraft abschütteln. Im Gegenteil: Die westlichen Flugzeuge kamen in letzter Minute, bevor die Rebellion von Gaddafi zerschlagen wurde. In Libyen erschienen westliche Mächte nicht als Eindringlinge wie in Afghanistan oder im Irak, sondern als *brothers in arms*, die den Freiheitskampf der Rebellen auf deren ausdrückliches Verlangen hin unterstützten. Auch war die Flugverbotszone kein Angriff oder Eingriff in die Gesamtstruktur des Landes wie beim Irak-Krieg 2003, sondern eine unterstützende Maßnahme, die von den libyschen Rebellen erbeten wurde. Der bewusste Verzicht auf Bodentruppen war zwar militärisch ebenso riskant wie im Kosovo 1998, hat aber von Anfang an jeglichen Eindruck von Fremdherrschaft, wie er in Afghanistan entstand, vermieden. Auch hat der Westen endlich wieder eine „Schlacht um die Freiheit“ gewonnen. Hier schlummert vielleicht die weltpolitische Bedeutung dieser couragierten Intervention. Außerdem hatte sich nach dem 11. September 2001 und dem fehlerkalkulierten Angriff der USA auf den Irak in der arabischen Welt der Eindruck eines Kriegs gegen Muslime verfestigt. In Libyen hingegen ist der Westen für die Freiheit eines muslimischen Volkes in die Bresche gesprungen. „Zehn Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat der libysche Freiheitskrieg ein Zeichen gegen den Kampf der Kulturen gesetzt.“<sup>18</sup>

## Fehler einer Zivilmacht

Was von der Libyen-Politik Deutschlands in Erinnerung bleibt, sind Fehler und Versäum-

<sup>16</sup> Regierungserklärung des Bundesaußenministers Guido Westerwelle zum Umbruch in der arabischen Welt (Mitschrift), 16.3.2011, online: [www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-03-16-westerwelle-arabische-welt.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-03-16-westerwelle-arabische-welt.html) (1.9.2011).

<sup>17</sup> Herfried Münkler, Wer nicht eingreift, hilft Gaddafi, in: Welt am Sonntag vom 13.3.2011.

<sup>18</sup> Jan Ross, Der Weg ist frei, in: Die Zeit vom 25.8.2011.

nisse einer Zivilmacht ohne Zivilcourage. In dieser Form wird Deutschland weder bei der Hilfe für bedrängte Menschen noch bei der eigenen Selbstbehauptung in einer turbulenten Welt bestehen können. Die Regierung hatte es versäumt, trotz schwerer innenpolitischer und innerparteilicher Bedingungen eine humanitäre Intervention in Libyen zu begründen und mitzutragen wie seinerzeit während des Kosovo-Kriegs. Dabei wäre das Vorgehen in Libyen sogar einfacher zu rechtfertigen gewesen, da für eine militärische Beteiligung in Libyen alle rechtlichen, politischen und moralischen Voraussetzungen gegeben waren. Statt die Lage unter bündnispolitischen Prämissen angemessen zu bewerten, überwog taktisches und wahlpolitisches Kalkül.<sup>9</sup>

In der Libyen-Krise wurden die wegweisenden außenpolitischen Koordinaten für Deutschlands Kurs falsch berechnet. Die außenpolitische Priorität auf „neue Kraftzentren der Weltpolitik“ irritiert. Im „ZDF heute journal“ am 25. August 2011 unterstrich der Außenminister, dass er diese als neue „Gestaltungsmächte“ in die internationale Verantwortung einbeziehen möchte. Aus dem Versagen in Libyen hätte aber eine andere Lehre gezogen werden müssen: Für Deutschland kommt es zu allererst darauf an, dass die bewährten Partner nicht weiter vor den Kopf gestoßen, sondern durch Taten wieder davon überzeugt werden, dass Deutschlands Platz an der Seite von verlässlichen Partnern und bewährten Institutionen ist. Die neuen und überwiegend autoritären Kraftzentren sind nicht an der Stärkung von Freiheit und Demokratie interessiert. So forderte Russland auch vier Tage nach der Einnahme von Tripolis eine Machtteilung der Rebellen mit Gaddafi.<sup>10</sup> Die Kritik an der aktuellen Außenpolitik bezieht sich deshalb nicht nur auf handwerkliche Mängel oder undiplomatisches Verhalten. Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl mahnt zu Recht: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht alles verspielen. Wir müssen dringend zu alter Verlässlichkeit zurückkehren, (...) deutlich machen, wo wir stehen und wo wir hin wollen, dass wir wissen, wo wir hingehö-

<sup>9</sup> „Die Unterordnung langfristiger außenpolitischer Interessen unter kurzfristige innenpolitische Überlegungen hat dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik geschadet.“ Heinrich August Winkler, Politik ohne Projekt in: IP, (2011) 5, S. 31.

<sup>10</sup> Vgl. Richard Herzinger, Westerwelle ist untragbar, in: Die Welt vom 31. 8. 2011.

ren (...) und wir müssen das vor allem wieder stärker im Miteinander ausmachen, eine gemeinsame Linie finden und dann auch stehenbleiben, selbst wenn der Wind uns einmal ins Gesicht bläst. (...) Wenn man keinen Kompass hat, dann hängt man auch nicht an dem, was wir unter Kontinuität deutscher Außenpolitik verstehen, weil man keinen Sinn dafür hat.“<sup>11</sup> Deutschland muss für freiheitliche Werte solidarisch eintreten. Sonst bleibt es allein und ohne Freunde. Die außenpolitische Kultur der Zurückhaltung muss zwar weiterhin gelten. Aber sie darf nicht Freibrief sein für einen „moralisch überhöhten Absentismus“.<sup>12</sup>

Bei der Enthaltung der Bundesregierung gerieten zwei Maximen in Konflikt: Zivilmacht versus Bündnismacht. Das Ergebnis ist ein Deutschland, das als unmoralische Zivilmacht dasteht: Denn es war moralisch verwerflich, Gaddafi weiter gewähren zu lassen, statt ihn zu stoppen.<sup>13</sup> Wäre Deutschland als Bündnismacht seinen zivilen Ansprüchen nachgekommen, hätte es hingegen moralisch gehandelt. Außenpolitische Zivilcourage ist bislang nicht zum Attribut der Zivilmacht Deutschland geworden. In den vergangenen 20 Jahren hat Deutschland noch jede Chance ungenutzt gelassen, um zu zeigen, dass es mit Mut für die Freiheit anderer unterdrückter Menschen einzustehen bereit ist. Doch noch nie hat es ein Deutschland gegeben, das selbstgerecht auftrumpft und wegguckt wie in Libyen. Dieser neudeutsche Provinzialismus wird auch nicht dadurch erträglicher, weil er friedfertig daher kommt. Ein Deutschland, das sich aus der Verantwortung stiehlt, ist (fast) genau so unerwünscht wie ein dominierendes. Auch diese Attribut der Zivilmacht ohne Zivilcourage ist Teil eines Exzeptionalismus, der Deutschlands Bündnisfähigkeit beeinträchtigt. Dass ausgerechnet eine schwarz-gelbe Regierung die Tradition der Westbindung aufs Spiel setzt, ist von besonderer Pikanterie – haben doch Union und FDP sich immer als transatlantische Gralshüter, solidarische Bündnispartner und Befürworter einer europäischen Sicherheitspolitik zu profilieren versucht.

<sup>11</sup> Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl im Interview, in: IP, (2011) 5, S. 10–18.

<sup>12</sup> H. A. Winkler (Anm. 9), S. 32.

<sup>13</sup> Vgl. H. Münkler (Anm. 7).

Heinrich Kreft

# Die arabische Welt braucht mehr Jobs, mehr Bildung und mehr Demokratie

Essay

Die Massenproteste in den arabischen Staaten überraschten die jeweiligen Machthaber und die internationale Gemeinschaft.

**Heinrich Kreft**

Dr. phil., geb. 1958; Botschafter und Beauftragter für den Dialog zwischen den Kulturen im Auswärtigen Amt.  
heinrichkreft@msn.com

Doch war zumindest von Expertenkreisen seit Jahren auf die demografische und sozioökonomische Entwicklung und damit auf das Anwachsen eines revolutionären

Potenzials hingewiesen worden. Nahezu alle Länder der arabischen Welt zeichnen sich durch einen großen Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung, eine hohe Arbeitslosigkeit (die besonders unter den Jugendlichen ausgeprägt ist) und hohem Armutsrisiko aus. Hinzu kommt eine politische Verkrustung gepaart mit endemischer Korruption, eingeschränkter Pressefreiheit und bürgerlichen Freiheitsrechten, abzulesen am „Corruption Perception Index“ (CPI) und am „Bertelsmann Transformation Index“ (BTI).<sup>1</sup> Innerhalb weniger Tage überwand eine schnell anwachsende Zahl von gut ausgebildeten, aber perspektivarmen Jugendlichen der Mittelschichten in Tunesien und Ägypten ihre Angst vor den Repressionen der Staatsgewalt. Sie forderten nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe, individuelle Freiheitsrechte sowie verantwortliche Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit. Seit dem Abtritt des tunesischen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali und des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak hat sich viel verändert: In beiden Ländern haben sich unabhängige Medien etabliert; wir erleben eine lebhaft politische Debatte zwischen Säkularisten und Islamisten, zwischen Konservativen und Liberalen über die neuen Verfassungen, die im kommenden

Jahr nach den für den Herbst dieses Jahres vorgesehenen Wahlen entstehen sollen.

Dabei gibt es einen weitgehenden Konsens zwischen den politischen Lagern darüber, dass diese eine starke Legislative und eine Begrenzung der exekutiven Gewalt, eine unabhängige Justiz, die Garantie von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten sowie eine ausgleichende Sozialpolitik vorsehen sollen. Die tunesische und ägyptische Gesellschaft ist erheblich pluraler geworden, während die von vielen, vor allem in Europa, befürchtete Radikalisierung ausgeblieben ist. Mehrere wichtige Schritte zur Transformation der autoritären Regimes in Richtung Demokratie sind inzwischen unternommen worden. Die besten Chancen auf eine Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses bestehen in Tunesien, das im Vergleich zu Ägypten ethnisch und konfessionell homogener ist. Tunesien verfügt darüber hinaus über eine gut ausgebildete Mittelschicht. Auch die staatlichen Institutionen und die Wirtschaft sind verhältnismäßig leistungsfähig. Das mit 83 Millionen Einwohnern achtmal größere Ägypten ist ethnisch und religiös weitaus heterogener und steht vor größeren sozioökonomischen und institutionellen Herausforderungen – eine davon ist die Frage nach der zukünftigen Rolle des Militärs. Die Entwicklungen in Tunesien und Ägypten als Avantgarde des „Arabischen Frühlings“ werden überall in der arabischen Welt und darüber hinaus verfolgt. Sollte die Konsolidierung einer partizipativen und auf soziale Teilhabe ausgerichteten Demokratie in diesen Ländern gelingen, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Region.

Der Demokratisierungsprozess in Tunesien und Ägypten hängt wesentlich von den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und internationalen Rahmenbedingungen ab. Die Übergangsregierungen stehen vor den gleichen sozioökonomischen Problemen wie ihre

*Der Autor vertritt ausschließlich seine persönliche Meinung.*

<sup>1</sup> Vgl. Freedom House, Freedom House Report 2011, online: [www.freedomhouse.org/images/File/fiw/Tables%2C%20Graphs%2C%20etc%2C%20FIW%202011\\_Revised%2011\\_11.pdf](http://www.freedomhouse.org/images/File/fiw/Tables%2C%20Graphs%2C%20etc%2C%20FIW%202011_Revised%2011_11.pdf) (5.9.2011); Transparency International, CPI 2010, online: [www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html](http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html) (5.9.2011); Bertelsmann Stiftung, BTI 2010, online: [www.bertelsmann-transformation-index.de/461.0.html](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/461.0.html) (5.9.2011).

autokratischen Vorgänger. Schlimmer noch: Die Wirtschaft ist in beiden Ländern erheblich von den Umwälzungen in Mitleidenschaft gezogen worden, der Tourismus ist eingebrochen, Streiks führen zu Produktionsausfällen, in- und ausländische Investoren halten sich aufgrund der unsicheren Lage zurück. Um die zusätzlichen Arbeitslosen und die vielen aus Libyen zurückgekehrten Gastarbeiter zu beschäftigen, hat die ägyptische Übergangsregierung die Übernahme von einer Million Arbeitsuchenden in den ohnehin schon aufgeblähten öffentlichen Sektor beschlossen. Diese und die Steuerbefreiung für die notleidende Tourismusbranche erhöhen die hohe Staatsverschuldung. Die Kreditwürdigkeit des Landes leidet massiv. Der jährliche Schuldendienst gegenüber den EU-Staaten beläuft sich auf eine Milliarde US-Dollar. Die Wiederankurbelung der Wirtschaft und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, insbesondere für die unter 25-Jährigen, sind wichtige Bedingungen für den Erfolg der Demokratisierung.

Von nicht minderer Bedeutung für den Demokratisierungsprozess ist der Bildungssektor. In den Schulen werden die Grundlagen sowohl für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft als auch für eine auf breite Partizipation gegründete Demokratie gelegt. Daneben benötigt eine Demokratie entsprechende Institutionen, die es aufzubauen gilt: sowohl gegen die Beharrungskräfte des alten Regimes als auch gegen demokratiefeindliche oder -skeptische Kräfte. Damit der „Arabische Frühling“ gedeihen kann, sind also mehr Jobs, mehr Bildung und mehr Demokratie erforderlich. Angesichts der schwierigen Ausgangslage ist es schwer vorstellbar, dass die Übergangsregierungen ohne umfangreiche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft in allen drei Bereichen gleichzeitig und über einen längeren Zeitraum erfolgreich sein können – und selbst mit ausländischer Hilfe ist der Erfolg keineswegs sicher.

Deutschland und Europa haben ein fundamentales Interesse an erfolgreichen demokratischen und sozioökonomischen Reformen als Grundlage für eine dauerhafte Stabilisierung der südlichen Nachbarregion. Daher ist der Aufbruch in der arabischen Welt von Anfang an begrüßt worden, wenn auch vielfach mit besorgtem Blick auf dadurch ausgelöste beziehungsweise befürchtete größere Flüchtlingsströme nach Europa und die möglichen Folgen für die Sicherheit Israels.

Deutschland: Bundesaußenminister Guido Westerwelle formulierte Mitte Februar 2011 (wenige Tage nach dem Abtritt Husni Mubarak) sechs Punkte für den notwendigen Transformationsprozess, zu dem Deutschland seine Hilfe anbiete: die Verankerung freiheitlicher Werte und eine lebendige Zivilgesellschaft; freie und faire Wahlen sowie der Aufbau von unabhängigen politischen Parteien; der Aufbau einer unabhängigen Justiz; die Schaffung von Bildungs- und Entwicklungsperspektiven; wirtschaftliche Freiheit und Chancen sowie regionale Stabilität.<sup>¶</sup> In einem Strategiepapier formuliert das Auswärtige Amt drei Ziele für die Transformationspartnerschaft mit Ägypten und Tunesien: die fortgesetzte Flankierung der Entwicklung zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Unterstützung einer dynamischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und die „bestmögliche“ Abstimmung beim Einsatz internationaler Ressourcen.<sup>¶</sup>

Unbürokratisch hat die Bundesregierung gemeinsam mit den politischen Stiftungen, Mittlerorganisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) bereits im Frühjahr 2011 mit Projekten begonnen, um den politischen und gesellschaftlichen Wandel in Tunesien und Ägypten vor allem mit Blick auf die für diesen Herbst vorgesehenen freien Wahlen zu unterstützen. Dafür wurde ein Fonds für Demokratieförderung mit einem Volumen von 5,25 Millionen Euro geschaffen. Von Anfang an standen auch Bemühungen auf der Agenda, die durch die Umbrüche stark belasteten Volkswirtschaften wiederzubeleben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein „Regionalfonds für Mikrofinanzierung“ mit einem Volumen von 20 Millionen Euro aufgelegt. Damit soll die Refinanzierung von nationalen Mikrofinanzinstituten gesichert werden, die Kredite an Klein-, Klein- und mittlere Unternehmen vergeben. Darüber hinaus wurde ein Regionalprojekt zur Qualifizierung und Beschäftigungsförderung von Jugendlichen für den Zeitraum zwischen 2011 und 2014 sowie einem Finanzvolumen von 8 Millionen Euro geschaffen.

¶ Vgl. Guido Westerwelle, Die Freiheit muss auch Wohlstand bringen, in: Der Tagesspiegel vom 17.2.2011.

¶ Vgl. Majid Sattar, Berlin erhofft sich von Kairo und Tunis Modellfunktion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.8.2011.

Auf dem G-8-Gipfel Ende Mai 2011 im französischen Deauville kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel zudem einen „Pakt für Beschäftigung (...), das heißt für Ausbildung und Beschäftigung gerade von jungen Leuten“ an. Dafür werde Deutschland ägyptische Schulden erlassen „und daraus Programme finanzieren, die (...) bis zu 5000 Ausbildungsplätze und 10000 neue Arbeitsplätze in Ägypten schaffen können“.<sup>f</sup> Diese Schuldenumwandlung in Höhe von insgesamt 240 Millionen Euro für Entwicklungs- und Reformprojekte wurde anlässlich des Besuchs des ägyptischen Außenministers in einer „Berliner Erklärung“ festgehalten. Im Rahmen der Menschenrechtsfazilität für NRO stehen in diesem Jahr 40 Prozent der Mittel in Höhe von 3 Millionen Euro für einschlägige Projekte in den Transformationsländern zur Verfügung.<sup>f</sup>

Der Aufbau demokratischer Strukturen ist ein langwieriger Prozess, zudem wenn er – wie im Fall Tunesiens und Ägyptens – unter schwierigen ökonomischen und demografischen Bedingungen erfolgen muss. Daher hat die Bundesregierung dem Auswärtigen Amt (vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestags) zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für den Zeitraum zwischen 2012 und 2013 zur Verfügung gestellt. Davon sollen 60 Millionen Euro in Projekte zur Demokratieförderung und 40 Millionen Euro in Bildungsprojekte im weiteren Sinne fließen. Auch in anderen Ministerien (wie BMZ, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) werden im Rahmen der jeweiligen Ressortzuständigkeiten für die kommenden Jahre Projekte mit den arabischen Reformländern geplant.

Europa: Der von der Bundesregierung geprägte Begriff der Transformationspartnerschaft wurde auch von der EU übernommen, die ihrerseits Mittel zur Unterstützung der Transformation in Tunesien und Ägypten zur Verfügung stellt. Daneben stehen Maß-

nahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und des Tourismus. Ein spezifisches Anliegen ist die einvernehmliche Regelung von Fragen der Migration und Mobilität.<sup>f</sup> Daneben hat die EU die Mittel für die Europäische Nachbarschaftspolitik für den Zeitraum zwischen 2011 und 2013 um bis zu 1,24 Milliarden Euro erhöht, um damit in den Transformationsländern unter anderem Projekte zur ökonomischen und sozialen Entwicklung sowie zum Institutionenaufbau und zur Demokratieförderung durchzuführen.

Von großer Bedeutung ist zudem die Entscheidung des Europäischen Rates, das Operationsgebiet der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) auf die Transformationsstaaten in Nordafrika auszuweiten. Gleichzeitig wurde der Europäischen Entwicklungsbank (EIB) gestattet, ihr Kreditvolumen für diese Region für den Zeitraum zwischen 2011 und 2013 um eine Milliarde Euro auf insgesamt sechs Milliarden Euro zu erhöhen.<sup>f</sup> Neben der EU engagieren sich nahezu alle EU-Mitglieder mit eigenen, bilateralen Projekten in der europäischen Transformationspartnerschaft mit den Reformstaaten südlich des Mittelmeeres.

Von weitaus größerer Bedeutung wäre eine Öffnung des EU-Marktes vor allem für Agrarprodukte aus den nordafrikanischen Reformstaaten. Gemeinsam mit Großbritannien und den Niederlanden hat Deutschland die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton aufgefordert, konkrete Vorschläge für umfassende Marktöffnungen gegenüber diesen Staaten zu erarbeiten. Die Bundesregierung unterstützt gegen den Widerstand der südlichen EU-Mitglieder den Abschluss von erweiterten Handelsabkommen mit den Transformationsstaaten, um diesen Zugang zu den europäischen Märkten zu gewähren.<sup>f</sup>

<sup>f</sup> Pressemitteilung vom 27.5.2011, online: [www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-27-statement-bk-g8.html](http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-27-statement-bk-g8.html) (5.9.2011).

<sup>f</sup> Vgl. Webseite des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): [www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/naher\\_osten\\_nordafrika/demokratisierungsprozess/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/demokratisierungsprozess/index.html) (5.9.2011).

<sup>f</sup> Vgl. Europäische Kommission, Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum, Erklärung vom 11.3.2011, online: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/268&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> (5.9.2011).

<sup>f</sup> Vgl. dies., Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Mitteilung vom 25.5.2011, online: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com\\_11\\_303\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_de.pdf) (5.9.2011).

<sup>f</sup> Vgl. Werner Hoyer, Märkte öffnen für die arabische Revolution, in: Financial Times Deutschland vom 14.7.2011.



Internationale Geber: Um die Volkswirtschaft Ägyptens zu stützen und über einen längeren Zeitraum ein Wachstum in einer Größenordnung von 6 Prozent – so viel wird benötigt, um die Jugendarbeitslosigkeit und die weit verbreitete Armut signifikant zu senken – zu generieren, ist viel Kapital und Know-how erforderlich. Zur Mobilisierung von solchen Summen sind nur wenige große internationale Organisationen in der Lage. Dazu gehören in erster Linie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sowie einige Regionalbanken – neben der bereits erwähnten EBRD vor allem die Islamic Development Bank – sowie einige kleinere Institutionen wie die African Development Bank und die United Nations Stolen Asset Recovery Initiative. Diese Institutionen, einschließlich der EIB, sollen zwischen 2011 und 2013 Ägypten und Tunesien Kredite in einer Größenordnung von bis zu 20 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen. Dieses Kreditpaket wurde als „Deauville Partnership Program“ auf dem letzten G-8-Gipfel im Beisein der Premierminister von Tunesien und Ägypten geschnürt.<sup>19</sup>

Diese Hilfen können den Erfolg der Transition in Richtung Demokratie nicht garantieren. Aber ohne substanzielle internationale Hilfe kann eine erfolgreiche Demokratisierung in Ägypten und Tunesien und – so die Hoffnung – in der ganzen arabischen Welt kaum gelingen. Auch wenn die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratisierung 1989 in den Ländern Osteuropas – viele Beobachter vergleichen den „Arabischen Frühling“ mit den Umbrüchen in Osteuropa vor mehr als 20 Jahren – vor allem wegen der damals lockenden EU-Beitrittsperspektive und des hohen Bildungsniveaus der Bevölkerung günstiger waren, war die Hoffnung auf einen nachhaltigen demokratischen Aufbruch in unserer südlichen Nachbarschaft noch nie so groß wie heute. Diese Chance müssen die europäischen und arabischen Gesellschaften über das Mittelmeer hinweg partnerschaftlich nutzen, um eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.

<sup>19</sup> Vgl. Declaration of the G8 on the Arab Spring, Deauville vom 26.-27.5.2011, online: [www.g20-g8.com/g8-g20/g8/english/live/news/declaration-of-the-g8-on-the-arab-springs.1316.html](http://www.g20-g8.com/g8-g20/g8/english/live/news/declaration-of-the-g8-on-the-arab-springs.1316.html) (5.9.2011).

Alan Posener

## „Arabischer Frühling“ – Europäischer Herbst?

Essay

Als Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre in Blut und Chaos versank, meinte der damalige europäische Ratspräsident Jacques Poos: „Dies ist die Stunde Europas.“ Poos wäre längst vergessen, würden Europas verzweifelte Freunde und schadenfrohe Feinde seinen Spruch nicht immer dann zitieren, wenn Europa in der Außenpolitik versagt. Leider gibt der „Arabischer Frühling“ Anlass, an Poos zu erinnern. Dies müsste die Stunde Europas sein.

Und wieder hat Europa versagt. Was hat es falsch gemacht? Die Europäische Union (EU) hat keine gemeinsame Außenpolitik. Und wenn sie eine hätte, würden ihr die Mittel fehlen, sie umzusetzen: Die EU ist ein Papiertiger. Die europäische Haltung gegenüber der arabischen Welt ist imperialistisch geprägt. Und die EU unterschätzt die Rolle der Türkei als Modell für die islamische Welt und sieht zu, wie sich die Türkei von der EU abwendet. Es müsste das Gegenteil des Bisherigen getan werden: Die EU muss ernst machen mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU muss auf die Demokratie in der arabischen Welt setzen, nicht auf die korrupten Eliten. Die EU muss begreifen, dass sie ohne die Türkei kein *global player* sein kann – und daher die Türkei aufnehmen.

**Alan Posener**

Geb. 1949; Korrespondent für Politik und Gesellschaft der Welt-Gruppe; Autor von „Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss“ (2007), „Benedikts Kreuzzug. Der Kampf des Vatikans gegen die moderne Gesellschaft“ (2009); Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin.  
[alan.posener@wams.de](mailto:alan.posener@wams.de)

### Keine gemeinsame Außenpolitik

Am deutlichsten wird das Fehlen einer europäischen Außenpolitik in der Libyen-Frage. Als dieser Essay geschrieben wurde, waren Gegner des Diktators Muammar al Gaddafi dabei, in Tripolis einzumarschieren. Einige EU-Staaten, allen voran Großbritannien,

Frankreich und Italien, hatten die Rebellen mit einem Luftkrieg unterstützt. Das unerklärte Ziel war *regime change* im nordafrikanischen Land. Andere EU-Mitglieder hielten sich heraus. Als im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1973 eingebracht wurde, die den Militäreinsatz zum Schutz der libyschen Rebellen billigt, enthielt sich Deutschland zusammen mit den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China). Die anderen im Sicherheitsrat vertretenen EU-Staaten – Großbritannien, Frankreich und Portugal – stimmten für die Resolution. Bei den Auseinandersetzungen innerhalb der EU um die Haltung zum Libyen-Einsatz standen die osteuropäischen Staaten eher auf der Seite Deutschlands, die west- und südeuropäischen auf der Seite Frankreichs.

Unabhängig davon, wie man zur Libyen-Aktion steht: Hier haben wir es mit einem Debakel zu tun. Der offene Dissens zwischen Deutschland und Frankreich markiert eine Zäsur.<sup>1</sup> Innenpolitische Erwägungen waren für die wichtigsten Akteure ausschlaggebend: Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy stand unter Druck, seit die allzu engen Beziehungen seiner Außenministerin zum tunesischen Diktator Ben Ali ruchbar geworden waren; Angela Merkel stand vor einer Landtagswahl. Darin liegt ein Grundproblem europäischer Außenpolitik: Sie ist eine Geisel der Innenpolitik der Mitgliedsländer.

Doch die Misere hat tiefere Wurzeln. Seit Jahren zeichnet sich ein deutsch-französischer Dissens in der Politik gegenüber den arabischen Staaten ab. Als Sarkozy 2007 seinen Plan für eine „Mittelmeerunion“ vorstellte, die alle Mittelmeeranrainerstaaten plus Mauretanien und Jordanien umfassen (und die nördlichen EU-Länder, darunter Deutschland, außen vor lassen) sollte, wurde die Idee von Merkel torpediert. Die Kanzlerin sah in Sarkozys Projekt den Versuch, eine französische Interessensphäre zu schaffen, die als Gegengewicht dienen sollte zu einer aus Pariser Sicht bedrohlichen deutschen Interessensphäre, die von der Oder bis über den Kaukasus hinweg reicht. Europas Mittelmeerpolitik wird also nicht von gesamteuro-

<sup>1</sup> Vgl. Andreas Rinke, Eingreifen oder nicht?, in: Internationale Politik, (2011) 4, online: [www.internationalepolitik.de/2011/06/09/eingreifen-oder-nicht](http://www.internationalepolitik.de/2011/06/09/eingreifen-oder-nicht) (8. 8. 2011).

päischen Interessen bestimmt, sondern von der strategischen Rivalität der beiden größten Mächte innerhalb der EU.

Europa hat zwar seit 2009 mit Catherine Ashton eine „Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“, aber keine gemeinsame Außenpolitik, die Frau Ashton vertreten könnte; und erst recht keine gemeinsame Sicherheitspolitik. Es wäre zwar falsch, Sicherheitspolitik auf militärische Fragen zu reduzieren. Aber ohne militärische Fähigkeiten bleibt Sicherheitspolitik eine Floskel. Auch hier kann Libyen als negatives Beispiel dienen.

Es waren vor allem Frankreich und Großbritannien, die auf eine Militäraktion gegen Muammar al Gaddafi drängten. Die Amerikaner waren zunächst *not convinced*. US-Verteidigungsminister Robert Gates kritisierte noch Anfang März „loses Gerede“ über militärische Optionen.<sup>2</sup> Als aber zwei Wochen später der Angriff gegen Gaddafis Regime mit einem *shock-and-awe*-Einsatz begann, trugen die USA die Hauptlast der ersten Angriffswelle. Die Amerikaner feuerten 122 „Tomahawks“ ab, die Briten zwei, die Franzosen keine.<sup>3</sup> Nach sechs Tagen hatte die Royal Navy zwölf Marschflugkörper abgefeuert und damit schon ein Fünftel ihres Arsenal aufgebraucht.<sup>4</sup> Nach drei Monaten erklärte der Chef der britischen Kriegsmarine, der Krieg in Libyen sei über den September hinaus „nicht durchzuhalten“.<sup>5</sup> Anfang August kündigte Frankreich den Abzug seines Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“ an; zuvor hatte Italien seinen Flugzeugträger „Garibaldi“ abgezogen; Norwegen hatte seine Beteiligung an der Aktion ganz eingestellt. Ohne Amerika wäre nicht Gaddafi, sondern Europa zusammengebrochen. Ohne Amerika ist Europa ein Papiertiger.

<sup>2</sup> The Guardian vom 3. 3. 2011.

<sup>3</sup> Vgl. My Fox Boston vom 20. 3. 2011, online: [www.myfoxboston.com/dpp/news/international/amid-missiles-and-bombs,-libyas-latest-cease-fire-is-met-with-western-skepticism-25-ncx-20110320](http://www.myfoxboston.com/dpp/news/international/amid-missiles-and-bombs,-libyas-latest-cease-fire-is-met-with-western-skepticism-25-ncx-20110320) (8. 8. 2011).

<sup>4</sup> Vgl. The Telegraph vom 23. 3. 2011, online: [www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/8400079/Libya-Navy-running-short-of-Tomahawk-missiles.html](http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/8400079/Libya-Navy-running-short-of-Tomahawk-missiles.html) (9. 8. 2011).

<sup>5</sup> Mail Online vom 15. 6. 2011: [www.dailymail.co.uk/news/article-2003154/Libyan-war-puts-Britains-defence-risk-Conflict-90-days.html](http://www.dailymail.co.uk/news/article-2003154/Libyan-war-puts-Britains-defence-risk-Conflict-90-days.html) (8. 8. 2011).

Aus dem Libyen-Debakel haben Großbritannien und Frankreich Lehren gezogen und eine von beiden Seiten als „historisch“ bezeichnete Ära der Kooperation eingeleitet. Gemeinsam wollen sie Flugzeugträger, U-Boote und Drohnen nicht nur entwickeln, sondern auch nutzen.<sup>16</sup> Dass Deutschland nicht in diese *Entente Cordiale* einbezogen wird, spricht für sich. Dabei läge es nahe, die französisch-britische Kooperation auszuweiten zu einer gesamteuropäischen Beschaffungsplanung unter Federführung der dafür zuständigen European Defence Agency. Was fehlt, ist der politische Wille zum gemeinsamen Handeln.

Welche Chancen hat da eine gemeinsame Außenpolitik? Mit der Schaffung des Amtes eines „Hohen Vertreters“, der mit „Doppelhut“ sowohl in der Europäischen Kommission als auch im Europäischen Rat die Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren soll, hat die EU ihren abstrakten Willen bekräftigt, eine gemeinsame Politik zu betreiben. Durch die Besetzung dieses Amtes mit der weithin unbekanntem, international unerfahrenen, farblosen und rhetorisch unbegabten „Lady Ashton“ haben Europas Politiker aber dafür gesorgt, dass es nicht dazu kommt. Um hier weiterzukommen, müsste die Amtsinhaberin durch eine bekannte, erfahrene und ambitionierte Gestalt ersetzt werden, die alle Möglichkeiten des Amtes ausschöpfen würde, nicht zuletzt die rhetorischen – etwa einen Joschka Fischer, Tony Blair oder Donald Tusk.

Freilich muss auch die europäische Öffentlichkeit nicht nur die Notwendigkeit gemeinsamer Außenpolitik, sondern auch den arabischen Raum als entscheidendes Feld dieser Politik erkennen. Bislang herrschte in Bezug auf die Region Ignoranz vor, selbst unter den europäischen Eliten. Durchaus typisch dürfte die vom European Council on Foreign Relations – nach eigener Darstellung der „erste paneuropäische Thinktank“ – im März 2011 vorgelegte *European Foreign Policy Scorecard 2010* sein, in der die außenpolitische *Performance* der EU bewertet wird.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Mail Online vom 4.6.2011: [www.dailymail.co.uk/news/article-1394185/Britain-France-share-aircraft-carrier-combat-defence-cuts-says-admiral.html](http://www.dailymail.co.uk/news/article-1394185/Britain-France-share-aircraft-carrier-combat-defence-cuts-says-admiral.html) (9.8.2011).

<sup>17</sup> Vgl. European Council on Foreign Relations (ed.), *European Foreign Policy Scorecard 2010*. London 2011.

Die Autorinnen und Autoren behandeln strategische Fragen wie das Verhältnis der EU zu China, Russland und den USA, und weniger weltbewegende wie etwa das „Krisenmanagement der EU in Kirgistan“. Die arabische Welt kommt nur einmal vor: im Abschnitt über die „Reaktion auf die humanitäre Krise in Gaza“.

Der von den meisten Bürgerinnen und Bürgern Europas begeistert begrüßte „Arabische Frühling“ wird hoffentlich einer solchen atemberaubenden Fehleinschätzung der Prioritäten europäischer Außenpolitik ein Ende bereiten.

## Europa tritt gegenüber der arabischen Welt imperialistisch auf

In seinem Buch „Imperien“ schreibt Herfried Münkler, Europa müsse sich um seine „instabile Peripherie im Osten und Südosten“ kümmern. Als „Subzentrum des imperialen Raums“ der USA stünden die Europäer dabei „vor der – paradoxen – Gefahr, imperial überdehnt zu werden, ohne selbst ein Imperium zu sein“.<sup>18</sup> Nun kann man darüber streiten, ob die EU wirklich kein Imperium sei.<sup>19</sup> José Manuel Barroso jedenfalls, Präsident der EU-Kommission, vergleicht die EU, wie er sagt, „gern mit einem Imperium“.<sup>10</sup> Und auch der Politikwissenschaftler Münkler vergleicht die Aufgaben der EU rund ums Mittelmeer mit jenen früherer Imperien: „Für das Römische Reich etwa war es das Zentrum und nicht die Grenze (...), und das Osmanische Reich war in seiner Blütezeit ein um das östliche Mittelmeer gelagertes Imperium. Es gibt viele Gründe, dass die Europäer das Mittelmeer auch weiterhin als Begrenzung ihrer politischen Integration ansehen, doch das enthebt sie nicht des Zwangs zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gegenüberliegenden Küste.“<sup>11</sup>

Der Blick auf die arabische Welt als die zu stabilisierende „gegenüberliegende Küste“ hat die Strategie der EU in der Region

<sup>18</sup> Herfried Münkler, *Imperien*, Berlin 2005, S. 247.

<sup>19</sup> Vgl. Alan Posener, *Imperium der Zukunft*, München 2007 (bpb-Schriftenreihe Band 662).

<sup>10</sup> Pressekonferenz in Straßburg am 16.7.2007, online: [www.youtube.com/watch?v=c2Ralocq9uE](http://www.youtube.com/watch?v=c2Ralocq9uE) (9.8.2011).

<sup>11</sup> H. Münkler (Anm. 8), S. 251.

bestimmt. Mit großem propagandistischem Aufwand wurde 1995 auf einer Konferenz der EU-Außenminister und aller Mittelmeeranrainerstaaten außer Libyen die „Euro-Mediterrane Partnerschaft“ (Euromed) aus der Taufe gehoben, die nach dem Konferenzort auch Barcelona-Prozess genannt wird. Als Ziel wurde die Schaffung eines „gemeinsamen Raums des Friedens und der Stabilität“ mittels „umfassender Partnerschaft“ ausgegeben. Sogar eine Euromed-Freihandelszone wurde in Aussicht gestellt.<sup>12</sup> Seit 2004 wird der Barcelona-Prozess durch die europäische Nachbarschaftspolitik ergänzt. 2008 wurde Euromed in „Union für das Mittelmeer“ (UfM) umbenannt – eine Konzession an Nicolas Sarkozy und seine grandiosen Pläne einer von Frankreich geführten „Mittelmeerunion“. Bei der UfM handelt es sich freilich, wie es auf der offiziellen Webseite heißt, nur um einen „Relaunch“ der Euromed.<sup>13</sup> Die UfM verfügt über ein Sekretariat in Barcelona mit einem Generalsekretär und sechs stellvertretenden Generalsekretären, von denen noch nie jemand etwas gehört hat.

Wie die frühere spanische Außenministerin Ana Palacio in einer vernichtenden Analyse feststellt,<sup>14</sup> wurden im Rahmen des Barcelona-Prozesses vor allem europäische Anliegen wie Einwanderung und Terrorismus behandelt, während arabische Anliegen wie die Öffnung der europäischen Märkte – vor allem für Agrar- und Textilwaren – unberücksichtigt blieben. Auch bei der „Nachbarschaftspolitik“ legte die EU vor allem Wert auf die Zusammenarbeit mit den unappetitlichen Geheimdiensten der arabischen „Partner“ gegen Terroristen und auf die Verbesserung der Grenzkontrollen. Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, ursprünglich Teil des Barcelona-Prozesses, wurde ausgelagert an das „European Instrument (sic!) for Democracy and Human Rights“ (EIDHR), von dessen Existenz vermutlich die wenigsten etwas wissen. 2010 widmete dieses „Instrument“ zur weltweiten Förderung von Demokratie und Menschen-

rechten laut Palacio gerade einmal 5,55 Millionen Euro – acht Prozent seines Gesamtbudgets – den arabischen Ländern Algerien, Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien und Jemen. Wenn die Europäische Investitionsbank gleichzeitig Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte steckte, die vor allem den korrupten Eliten in Ägypten und Tunesien zugute kamen, so rundet sich das Bild einer auf Ruhigstellung statt auf Transformation bedachten imperialen Politik an der „gegenüberliegenden Küste“.

Vor diesem Hintergrund wirkt der Skandal um Sarkozys Außenministerin Michèle Alliot-Marie wie eine Illustration der durchgängigen europäischen Haltung. Als Ende 2010 die „Jasminrevolution“ in Tunesien tobte, nahm Alliot-Marie das Angebot eines dem Clan des tunesischen Diktators Ben Ali nahe stehenden Geschäftsmanns an, sie und ihre dem Ali-Clan durch Immobiliengeschäfte verbundenen Eltern in seinem Privatflugzeug nach Tunesien in den Sonnenurlaub zu fliegen. Nach Paris zurückgekehrt, bot Alliot-Marie dem bedrängten Ben Ali die Hilfe französischer Spezialkräfte an, um die Revolte niederzuschlagen.<sup>15</sup> Sarkozy musste sich rasch seiner Außenministerin entledigen. Dabei hatte sie jedoch nur die Linie vertreten, die der Präsident vorgegeben hatte, als er im April 2008 bei einem Staatsbesuch in Tunis zusammen mit hundert mitgereisten französischen Unternehmern die Freundschaft beider Länder betonte, seiner Staatssekretärin für Menschenrechtsfragen, Rama Yade, die Zusammenkunft mit einer tunesischen Menschenrechtsgruppe untersagte und Ben Ali für den „Fortschritt auf dem Weg zu mehr Freiheit und Toleranz“ lobte, während er ihm französische Nukleartechnik zu verkaufen versuchte.<sup>16</sup>

Frankreich steht nicht allein da. Eng waren auch die Beziehungen Italiens über Jahrzehnte hinweg zum Öllieferanten Muammar al Gaddafi.<sup>17</sup> Nicht unerwähnt bleiben sollten auch die Überlegungen des ehemaligen deutschen Innenministers Otto Schily, mit Gaddafis Hilfe Auffanglager für af-

<sup>12</sup> Vgl. Webseite des Europäischen Auswärtigen Dienstes: [http://eeas.europa.eu/euromed/barcelona\\_en.htm](http://eeas.europa.eu/euromed/barcelona_en.htm) (9. 8. 2011).

<sup>13</sup> Ebd.: [http://eeas.europa.eu/euromed/index\\_en.htm](http://eeas.europa.eu/euromed/index_en.htm) (9. 8. 2011).

<sup>14</sup> Vgl. Ana Palacio, *Time the EU got its act together on the Arab spring*, in: *Europe's World*, (2011) 18, S. 106–113.

<sup>15</sup> Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 27. 2. 2011.

<sup>16</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. 1. 2011, online: [www.faz.net/-01nasc](http://www.faz.net/-01nasc) (9. 8. 2011).

<sup>17</sup> Vgl. *Spiegel Online* vom 25. 2. 2011: [www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,747656,00.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,747656,00.html) (9. 8. 2011).

rikanische Migranten in Libyen zu bauen.<sup>18</sup> Und schließlich setzte nicht nur Europas Ölindustrie auf die Kooperation mit Diktatoren; auch das riesige Sonnenenergieprojekt „Desertec“ wurde ohne Rücksicht auf Fragen der Demokratie und Menschenrechte konzipiert. Die europäische Haltung brachte der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger auf den Punkt: „Wer auch immer diese Länder künftig regieren wird – es wird sein ureigenes Interesse sein, Sicherheit für Investoren zu schaffen.“<sup>19</sup>

Dieses Denken in Sicherheitskategorien hat Europa in eine unheilvolle Allianz mit den arabischen Despoten manövriert. Dabei wurden – allen Erfahrungen zum Trotz – Europas Geschäfte mit dem Argument gerechtfertigt, die wirtschaftliche Entwicklung der arabischen Länder würde langfristig auch deren Demokratisierung herbeiführen. Aber abgesehen davon, dass in den meisten Ländern Missmanagement und Korruption wirtschaftlichen Fortschritt blockieren, genügt ein Blick auf die ölreichen Länder, um festzustellen, dass Reichtum in den Händen einer Herrscherclique allenfalls dazu benutzt wird, die Mehrheit der arbeits- und rechtlosen Bürgerinnen und Bürger durch Geschenke zu bestechen, um die für Demokratie kämpfende Minderheit umso brutaler unterdrücken zu können. Zum Beispiel mit Hilfe der Panzer, die Deutschland an Saudi-Arabien verkauft.<sup>20</sup>

Was ist also zu tun? Die EU muss ihre imperialistische Politik, die auf die Stützung konservativer Herrscher im Namen der Sicherheit setzt, durch eine „neo-imperialistische“ Politik ersetzen, die im Namen der Freiheit die Stärkung fortschrittlicher Kräfte durchsetzt. Diese Politik leugnet nicht, dass Europa eigennützige Interessen in der Region verfolgt. Aber sie versucht diese Ziele vor allem *bottom up* zu erreichen: Demokratie ist unser wichtigstes Exportgut.

Investitionen sind kontraproduktiv, wenn sie durch die Hände der herrschenden Cli-

<sup>18</sup> Vgl. ebd. vom 26.7.2004: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-31617098.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31617098.html) (9.8.2011).

<sup>19</sup> Ebd. vom 4.2.2011: [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,743519,00.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,743519,00.html) (9.8.2011).

<sup>20</sup> Vgl. ebd. vom 2.7.2011: [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,771989,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,771989,00.html) (9.8.2011).

quen gehen. Auch wenn jene Cliques über „Neokolonialismus“ zetern, sollte das EU-Parlament darum die Vergabe von EU-Investmentsgeldern an strikte Vorgaben binden und deren Einhaltung vor Ort überwachen. Firmen aus dem EU-Raum – wie die italienische Ölfirma ENI oder eben das Desertec-Konsortium – sollten durch europäische Gesetze gezwungen werden, einen Geschäftskodex einzuhalten, der die Förderung kleinerer Unternehmer oder die Anerkennung von Gewerkschaften einschließt. Noch sinnvoller als Investitionen allerdings wäre die Schaffung der versprochenen Freihandelszone, die auch Bauern und Kleinunternehmern die Märkte Europas öffnet.

Was für die Wirtschaft gilt, kann *mutatis mutandis* auf den Erziehungssektor übertragen werden. Es hat keinen Sinn, Schulen und Universitäten zu fördern, an denen intellektuell korrumpierte und eingeschüchterte Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, wo Auswendiglernen und Nachbeten die bevorzugten Methoden sind, wo die Bibliotheken gesäubert und das Internet zensiert werden und Politik- und Geschichtskurse von einem widerlichen Mix aus Nationalismus und Antisemitismus durchdrungen sind. Wenn die EU in Bildung und Ausbildung investieren will, und das sollte sie, dann muss sie entweder die zu fördernden Institutionen selbst schaffen, oder – und auch hier werden die bislang Privilegierten über „Kulturimperialismus“ zetern – als Gegenleistung Reformen der Lehrpläne und Lehrmethoden sowie eine Garantie der Informationsfreiheit fordern. Noch wichtiger aber ist die Öffnung des europäischen Bildungsmarkts für begabte und fleißige Studentinnen und Studenten aus dem arabischen Raum. Das Erlebnis der Freiheit ist die beste Werbung für die Freiheit.

## Die Türkei ist der Schlüssel zur Zukunft der Region

Seit dem Ende des Osmanischen Reichs geistert die Gestalt Mustafa Kemal Atatürks durch die Region. Säkulare Modernisierer, die sich auf die Armee stützten und einen virulenten Nationalismus predigten, gelangten überall an die Macht und waren Partner der einen oder anderen Seite im Kalten Krieg: Gamel Abdel Nasser in Ägypten, Schah Reza

Pahlewi in Persien, Saddam Hussein im Irak, die Assads in Syrien.

Je länger diese Diktatoren an der Macht blieben, je weniger sich ihre Versprechen verwirklichten, je umfassender ihre Geheimdienste die Gesellschaft kontrollierten, desto mehr wurde die Moschee zum Kristallisationspunkt der Opposition. Ayatollah Khomeinis iranische Revolution im Jahr 1979 markiert hier einen Wendepunkt. Den Westen stellte der Aufstieg des politischen Islam („Islamismus“) vor ein Dilemma. Aus Angst vor dem Islam banden sich westliche Mächte noch stärker an die säkularen Diktatoren, was wieder die Islamisten und den antiwestlichen Affekt stärkte. Aus diesem politischen und moralischen Dilemma suchten die USA nach den Angriffen des 11. September 2001 mit der „Bush-Doktrin“ einen Ausweg: Die Welt sollte durch Demokratieexport für die Demokratie sicher gemacht werden.<sup>1</sup>

Die Geschichte wird urteilen, ob Präsident George W. Bush, wie seine neokonservativen Apologeten behaupten, mit seiner Doktrin den „Arabischen Frühling“ antizipierte, oder ob er, wie seine Kritiker sagen, mit den Kriegen in Afghanistan und dem Irak die Demokratie desavouierte. Klar ist jedoch, dass er das Dilemma nicht auflösen konnte. Schließlich konnten die USA nicht in jedes Land einmarschieren, das von einem Diktator regiert wurde. Die Lösung musste aus der Region selbst kommen. Wie die Türkei mit dem Kemalismus den islamischen Ländern ein Modell für das 20. Jahrhundert anbot, so bietet sie nun mit der Überwindung des Kemalismus durch die gemäßigt islamistische AK-Partei unter Recep Tayyip Erdoğan und der Entmachtung der kemalistischen Generalität ein Modell für die Entwicklung einer islamischen Demokratie im 21. Jahrhundert.

Vergessen wir das EIDHR: Die Türkei ist Europas stärkstes Instrument zur Demokratisierung der Region. Dass die Türkei überdies diplomatisch und militärisch, wirtschaftlich

und kulturell zur dominanten Macht der Region aufgestiegen ist und wieder an die osmanisch-mediterrane Vergangenheit anknüpfen will, zeigt, dass eine „Mittelmeerunion“ unter europäischer Führung nicht denkbar ist, wenn die Türkei nicht zu Europa gehört.

Die Argumente der Gegner eines EU-Beitritts der Türkei klingen gerade in diesen Tagen besonders hohl. Es heißt, die EU würde durch die Türkei überdehnt und dadurch handlungsunfähig werden. Doch die gegenwärtige außenpolitische Handlungsunfähigkeit der EU ist nicht durch Überdehnung bedingt, sondern durch den Dissens zwischen zwei Mitgliedern des Gründungskerns: Deutschland und Frankreich. Und während die Ausdehnung der EU nach Osten weitgehend problemlos erfolgte, befindet sich die EU gegenwärtig wegen des Versuchs, mit dem Euro ein unauflöslich miteinander verbundenes „Kerneuropa“ zu schaffen, in einer existenziellen Krise. Um es mit zwei Schlagwörtern zu sagen: Nicht die Erweiterung hat hier Probleme geschaffen, sondern die Vertiefung. Würde ein EU-Beitritt zu einer massenhaften Einwanderung von Türken führen? Kaum. Die Wanderungsbilanz etwa zwischen Deutschland und der Türkei ist negativ, es ziehen also mehr Menschen von Deutschland in die Türkei als in die andere Richtung. Und wenn es schließlich heißt, die Türkei würde nach einem Beitritt kraft ihrer Bevölkerungsgröße in den Organen der EU eine führende Rolle spielen, so fragt man sich angesichts der Fähigkeiten der gegenwärtigen Führungsriege, worin da das Problem liegen soll.

Wenn dem „Arabischen Frühling“ der Demokratie nicht ein europäischer Herbst des Missvergnügens, der Lähmung und des Rückzugs entsprechen soll, muss also alles getan werden, um die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu einem guten Ende zu führen. An der Fähigkeit zu diesem Schritt wird sich zeigen, ob die Europäer bereit sind, in der Region eine führende Rolle zu spielen und langfristig aus dem Mittelmeer, das zurzeit zwei Kulturen trennt, wieder das verbindende „mare nostrum“ zu machen, das Zentrum einer neuen, erst zu schaffenden euro-mediterranen Zivilisation.

<sup>1</sup> Vgl. Rede des damaligen US-Präsidenten George W. Bush in der US-Militärakademie in West Point am 1. Juni 2002, online: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/print/20020601-3.html> (9. 8. 2011).

Jetzt neu:

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

## Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)

# APuZ

Nächste Ausgabe 40–42/2011 · 4. Oktober 2011

## Mexiko

*Franz Smets*

Schlaglichter aus einem Land ohne klare Richtung

*Karl-Dieter Hoffmann*

Calderóns gescheiterter Feldzug gegen die Drogenkartelle

*Günther Maibold*

Zwischen NAFTA-Partnerschaft und Zweckgemeinschaft

*Matthias Jäger*

Schritt zurück nach vorn: Mexikos Demokratie

*Anne Huffschmid*

Alltag statt Apokalypse: Mexiko-Stadt als Labor urbaner Kultur

*Marianne Braig*

Hinterhof der USA? Eine Beziehungsgeschichte

*Alex Gertschen*

Das bessere Leben, erträumt und erlitten (Teil 1)

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



### Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz  
Dr. Asiye Öztürk  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring (Volontärin)  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
9. September 2011

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

### Satz

le-tex publishing services GmbH  
Weißenfelder Straße 84  
04229 Leipzig

### Abonnementservice

**Aus Politik und Zeitgeschichte** wird mit der Wochenzeitung **Das Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

### Nachbestellungen

IBRo  
Kastanienweg 1  
18184 Roggentin  
Telefax (038204) 66 273  
[bpb@ibro.de](mailto:bpb@ibro.de)  
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

*Muriel Asseburg*

## 3–9 Zur Anatomie der arabischen Proteste und Aufstände

Die Proteste verbinden soziale, wirtschaftliche und politische Forderungen. Es ist absehbar, dass es eine Phase der Instabilität geben wird, die zu repräsentativeren Systemen führen könnte, aber auch zu Bürgerkrieg, Staatszerfall oder Sezessionen.

*Cilja Harders*

## 9–15 Ende des autoritären Sozialvertrags

Die Ursachen für die Proteste liegen in der Krise des autoritären Sozialvertrags. Dieser Krise liegt eine „Transformation ohne Transition“ zugrunde: rapider sozialer Wandel bei politischer Stagnation und Repression.

*R. Hajatpour · K. Jaeger · R. Jaeger · K. El Ouazghari · K. Brakel ·  
A. M. El Hussein · K. D. Loetzer*

## 16–35 Länder der Region im Porträt

In diesem Beitrag werden die wichtigsten politischen Entwicklungen und Herausforderungen sowie Akteure und ihre Interessen in Iran, Syrien, Jordanien, Ägypten, dem Libanon und Tunesien vorgestellt.

*Gil Yaron*

## 35–40 Israel und der „Arabische Frühling“

Die Umbrüche in den arabischen Staaten haben aus israelischer Sicht auch besorgniserregende Konsequenzen. Der Sturz der Diktatoren birgt die Gefahr eines Machtvakuum. Der Terroranschlag in Israel im August 2011 war ein erstes Beispiel.

*Sonja Hegasy*

## 40–45 Populärkultur als Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen

Im Zentrum der in diesem Beitrag skizzierten Massenkultur steht der Ruf nach individueller Ausdrucksfreiheit und Teilhabe. Sie ist nicht nur Ausdruck einer Nivellierung, sondern stellt auch überkommene Loyalitäten und Autoritäten infrage.

*Inken Wiese*

## 45–49 Arabische Entwicklungspolitik im Jemen

Die Golfstaaten sehen sich durch die jüngsten Aufstände und Unruhen in erheblichem Maße betroffen. Ihr entwicklungspolitischer Fokus im Jemen weist darauf hin, dass vor allem sozioökonomische Unzufriedenheit als Ursache gesehen wird.

*Christian Hacke*

## 50–53 Deutschland: Zivilmacht ohne Zivilcourage

Die Bundesregierung enthielt sich bei der Abstimmung zur Resolution 1973 der Vereinten Nationen. Die Resolution sah die Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen vor. Das Ergebnis ist ein Deutschland, das als unmoralische Zivilmacht dasteht.

*Heinrich Kreft*

## 54–57 Mehr Jobs, mehr Bildung und mehr Demokratie

Der „Arabische Frühling“ bedeutet eine historische Chance für eine demokratische Zukunft der südlichen Nachbarschaft Europas. Dafür benötigen Tunesien und Ägypten die großzügige Unterstützung Europas und der internationalen Geber.

*Alan Posener*

## 57–62 „Arabischer Frühling“ – Europäischer Herbst?

Europa hat eine ignorante Nahost-Politik verfolgt. In der Libyen-Krise offenbarten sich strategische Differenzen innerhalb der EU. Diese gilt es zu überwinden und mit der Türkei die Zukunftsmacht der Region in die Union zu holen.